



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der Arabische Frühling vor dem Hintergrund der
politischen und sozialen Entwicklungen in
Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien“

Verfasserin

Kristina Fennes

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 190 347 313

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtsstudium UF Französisch,

UF Geschichte, Sozialkunde, Polit. Bildung

Betreuer: Univ. Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS..... 2

VORWORT..... 4

I. EINLEITUNG..... 5

II. DIE ARABISCHE LIGA 14

III. HINTERGRÜNDE DER PROTESTE 17

1. Ursachen für autoritäre Herrschaftsformen in der arabischen Welt..... 17

IV. DIE ROLLE DER MEDIEN..... 25

V. BEWEGUNGEN 33

1. Die Bewegung der Muslimbruderschaft 33

2. Die Jugendbewegung des 6. April 37

3. Die Bewegung „Kifaya“ 39

VI. BETROFFENE LÄNDER 41

1. Tunesien 42

1.1. Historischer Rückblick..... 42

1.1.1. Das Regime Habib Bourguibas (1959-1987)..... 42

1.1.2. Das Regime Zine el-Abidine Ben Alis (1987-2011) 44

1.1.2.1. „Der tunesische Frühling“ 1987-1989 45

1.1.2.2. Der autoritäre Umschwung 1990-1995 47

1.1.2.3. Ausweitung der Macht und internationale Interessensverbände
1996-2009/2010 50

1.2. Die tunesische Revolution 52

2. Ägypten 59

2.1. Historischer Rückblick..... 60

2.1.1. Das Regime Ali Muhammad Nagibs (1953-1954) 60

2.1.2. Das Regime Gamal Abdel Nassers (1954-1970) 60

2.1.3. Das Regime Anwar as-Sadats (1970-1981)	63
2.1.4. Das Regime Muhammed Husni Mubaraks (1981–2011)	65
2.2. Die ägyptische Revolution	67
3. Libyen	79
3.1. Historischer Rückblick	81
3.1.1. Königreich Libyen (1951-1969)	81
3.1.2. Das Regime Muammar al-Gaddafis (1969-2011)	81
3.2. „Die Revolution vom 17. Februar“	87
4. Syrien.....	94
4.1. Historischer Rückblick	96
4.1.1. Baath-Partei.....	96
4.1.2. Das Regime Hafiz al-Assads (1971-2000)	98
4.1.3. Das Regime Baschar al-Assads (2000-)	101
4.2. Der Bürgerkrieg in Syrien.....	106
VII. ISRAEL IM „ARABISCHEN FRÜHLING“	113
VIII. ARABIEN UND DER WESTEN.....	118
IX. RESÜMEE UND AUSBLICK.....	121
X. BIBLIOGRAFIE.....	130
XI. ANHANG	135
Deutsches Abstract	135
Englisches Abstract.....	137
Abkürzungsverzeichnis.....	140
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	143
Curriculum Vitae	144

VORWORT

Die vorliegende Diplomarbeit wurde am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien geschrieben. Meine Motivation für dieses Thema liegt einerseits an meinem Interesse an der Zeitgeschichte und andererseits in meiner Begeisterung für die arabischen Länder.

Zu Beginn möchte ich mich gerne bei Universitätsprofessor Mag. Dr. Peter Eigner für die Ermöglichung des Themas und für die Betreuung meiner Diplomarbeit bedanken. Des Weiteren bedanke ich mich auf diesem Wege bei meinen Eltern, die mir es überhaupt ermöglicht haben, diesen Weg zu gehen sowie für ihre finanzielle und mentale Unterstützung während des Studiums. Durch ihre Hilfe wurde mir während der letzten Jahre viel erleichtert. Anschließend danke ich meinem Bruder, der mir den nötigen Antrieb und Mut für das Studium gegeben hat, und seiner Freundin Julie, die mir mit ihren Französisch-Kenntnissen stets geholfen hat. Zum Abschluss möchte ich noch meinem Freund Oliver danken, der mir immer und besonders in dieser Zeit starken Rückhalt gegeben hat und mich mit der geforderten Motivation oder Ablenkung versorgt hat.

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, habe ich in dieser Diplomarbeit darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen sind in der folgenden Arbeit geschlechtsneutral zu verstehen.

I. EINLEITUNG

Das Jahr 2011 hielt die Welt mit Naturkatastrophen, gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen sowie politischen Entwicklungen in Atem. Angefangen mit dem Arabischen Frühling, der im Dezember 2010 eingeleitet wurde und sich 2011 über mehrere Staaten in Nordafrika verbreitet hat, des Weiteren mit den verheerenden Überschwemmungen in Südostasien (insbesondere in Thailand) und dem enormen Tsunami vor der japanischen Küste, bei dem es in drei Reaktoren des Atomkraftwerks Fukushima zur Kernschmelze kam sowie den diversen Erdbeben wie beispielsweise dem Erdbeben in Christchurch in Neuseeland, das zahlreiche Opfer forderte. Im Mai 2011 wurde Osama bin Laden von US-Soldaten auf Befehl ihres Präsidenten Barack Obama erschossen. Im Sommer kam es in Norwegen zu einer Explosion im Bürogebäude des Ministerpräsidenten in Oslo und zu einem anschließenden Amoklauf in einem Feriencamp auf der Insel Utoya. Im wirtschaftlichen Sektor konnte man den Anstieg der Weltbevölkerung auf 7 Milliarden Menschen und die Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere in Griechenland verzeichnen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem „Arabischen Frühling“ vor dem Hintergrund der politischen und sozialen Entwicklungen vorwiegend seit Beginn der Unabhängigkeit in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien.

Der Arabische Frühling ist eine von vier Perioden demokratischer Entwicklungen in diktatorisch regierten Ländern: Schon im Jahr 1968 gab es den sogenannten Prager Frühling, einen Volksaufstand, bei welchem die Tschechen gegen das kommunistische Regime protestierten. In den späten 60er und den frühen 70er Jahren trat der Kroatische Frühling, eine politische Bewegung, die für Kroatien mehr Rechte und Autonomie in Jugoslawien forderte, ein. Vor einigen Jahren gab es in Syrien einen Damaszener Frühling, der nach dem Tod des Diktators Hafiz al-Assad im Juni 2000 begann, und eine Periode intensiver sozialer und politischer Debatten einleitete.

Der Arabische Frühling, der im Jahr 2011 seinen Anfang fand, erinnert an die drei vorangegangenen Entwicklungen und stellt einen Umbruch dar. Das

Wort Frühling steht für ein Erwachen und einer Veränderung – einen sogenannten Neuanfang –, der sich im arabischen Raum entwickelt. Es geht um einen Aufbruch in eine neue Zukunft, die von Reformen gekennzeichnet sein soll.

Er stellt die evolutionären oder revolutionären Entwicklungen dar, die angefangen mit Tunesien und in weiterer Folge in Ägypten, dem Jemen, Libyen, Marokko, Bahrain, Syrien u.a., also dem Nahen Osten und Nordafrika, eine Wende der politischen Beziehungen hervorgebracht haben (vgl. Pleiner 2012: 688).

Vor 1918 war der Nahe Osten im deutschen Sprachgebrauch das Gebiet des Osmanischen Reiches. Nach dessen Zerfall wurde er auf die Nachfolgestaaten übertragen und vergrößert. Heutzutage schließt der Nahe Osten die gesamte Region vom Iran und Anatolien über die arabische Halbinsel und die Ostküste des Mittelmeeres bis nach Ägypten und die dort existierenden Staaten ein (vgl. Pleiner 2012: 688).

„Mit dem Persischen Golf, dem Roten Meer und dem Suezkanal liegen in diesem Bereich aufgrund der dort vorhandenen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas und der dazugehörigen Transportlinien drei geostrategisch höchst bedeutende Räume, die diese Regionen zu Brennpunkten des strategischen Geschehens machen.“ (Pleiner 2012: 688).

In den 1950er und 1960er Jahren konnte man eine Art neues arabisches Selbstbewusstsein feststellen. Die arabische Welt mischte sich mit der europäischen Idee des Nationalismus und erreichte ihren Höhepunkt unter der Führung von Präsident Nasser¹ in Ägypten im Versuch der „arabischen Einigung“. Allerdings scheiterte das Projekt, und die Folgen waren jahrzehntelange Repression und Spaltung. Doch Anfang 2011 hat die arabische Welt erneut das Interesse der Welt auf sich gezogen, und nicht wenige Deutsche bzw. auch andere Menschen wurden an den Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 erinnert (vgl. Horst 2012: 3).

Seit Jahren bzw. Jahrzehnten gab es schon Gründe zu revoltieren, denn die politischen bzw. sozialen Verhältnisse in den Staaten waren jeweils durch eine schlechte Regierungsführung geprägt, und die arabischen Regime

¹ Gamal Abdel Nasser war von 1954 bis 1970 Staatspräsident von Ägypten.

begingen und begehen heute noch immer Menschenrechtsverletzungen. Die korrupten Regime mit ihrer wachsenden Ungleichheit diskriminieren Frauen und vernachlässigen die Jugend (vgl. Großbongardt 2011: 267).

Die Herrscher klammerten sich seit Jahrzehnten an die Macht, wie Ben Ali seit 1987, Mubarak seit 1981, Gaddafi seit 1969 und der Assad-Clan seit 1970. Diesen Machterhalt verdanken sie ihren Sicherheitsorganen und der Verweigerung von Bürger- und Menschenrechten.

Die Menschen in den arabischen Ländern schienen sich mit ihrem Schicksal abgefunden zu haben. Teilweise wurden sie – bei Auflehnung – vom Regime ermordet. Es regieren in diesem Raum absolute Herrscher, die sich mit Gewalt, Korruption, Lügen und Erpressung an der Macht hielten. Mubarak, Gaddafi und Co. sahen ihr Land als eine Art Privatbesitz an, verwalteten die Einkünfte und bereicherten sich und ihre Verwandten und Angehörigen daran, machten ihre Geschäfte und deponierten ihr Vermögen in ausländischen Banken. Andererseits verfügten diese Regenten über ein spezifisches Charisma, ohne das sich ihre Macht nicht erklären ließe. Und beileibe nicht alle in der Bevölkerung ergriffen für die Aufständischen Partei. Die Menschen in den arabischen Ländern fühlen sich nicht wie freie Bürger, sondern wie Untertanen der Herrscher. Sie haben im Prinzip keinen Namen und bisher auch keine Stimme gehabt und lebten im Prinzip in Überwachungsstaaten (vgl. Ben Jelloun 2011: 22-26; vgl. Armbruster 2011: 9).

Es handelt sich bei den aufständischen Gruppierungen um ethische und moralische Protestbewegungen. Aus Angst vor dem Überwachungsapparat erduldeten die Menschen in den arabischen Ländern Korruption, Autoritarismus, Diebstahl staatlicher Güter, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, politischen Stillstand und Verachtung. Der Protest richtete sich gegen den Nepotismus (auch Vetternwirtschaft genannt), die Günstlingswirtschaft und die Erniedrigung sowie illegitime Machtübernahme. Die Rechte der Bevölkerung wurden nicht respektiert. Die Angst vor Repressionen und Verfolgung konnte erst überwunden werden, als man erkannte, dass man mit der Wut nicht alleine und isoliert war (vgl. Ben Jelloun 2011: 23).

Der wichtigste wirtschaftliche Faktor der Proteste war die hohe Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die insbesondere die jungen Leute betrifft. Und es handelt sich bei den arabischen Ländern um eine sehr junge Bevölkerung. Die Menschen unter 25 Jahre machen einen Großteil der Bevölkerung aus: 42,5% in Tunesien, 51% in Ägypten und 57% in Syrien (vgl. Kraushaar 2012: 109).

Der Alphabetisierungsgrad der 15-24jährigen beträgt in Tunesien, Ägypten und Syrien zwischen 80 und 98% und in Libyen sogar fast 100%. Die jungen Menschen sind fast überall sehr gut ausgebildet, studieren oder verfügen über einen Hochschulabschluss, finden aber trotzdem keine Arbeit.

Als im Frühjahr 2011 in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien und anderen arabischen Ländern die zusammengetragene Wut über die fehlende Demokratie und das Regierungsversagen zum Ausbruch kam, stand die arabische Welt auf dem Kopf. Bis dato konnte niemand ahnen – auch wenn andere Entwicklungen als in Europa oder den USA festgestellt werden konnten –, dass die unnahbaren autokratischen Regime mit ihren Menschenrechtsverletzungen in manchen Ländern zu Sturz kommen sollten.

„Diktatoren herrschen durch Angst. Nur wenn sie erfolgreich Angst und Schrecken verbreiten können, können sie sich an der Macht halten. Man muss also die Angst besiegen. Dann kommt das Regime schnell ins Wanken“, erklärt Otpor-Gründer Srda Popovic in einem Bericht des Weltspiegels (zitiert nach Armbruster 2011: 49).

Als sich Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Tunesien aus Verzweiflung tötete, war das anscheinend jener Funke, der die arabische Welt entflammte. Warum es genau nach dieser Selbstverbrennung zu einem solchen Flächenbrand kam, kann man nicht sagen. Das Regime ist vom Ausmaß des Aufstandes überrascht worden, und der Widerstand wuchs von Tag zu Tag.

Im Jänner 2011 gelang es dann der Bevölkerung in Tunesien durch zahlreiche Aufstände und auch Durchhaltevermögen, durch die sogenannte Jasmin-Revolution², ihren Herrscher Präsident Ben Ali zu stürzen, und damit einen

² Damit bezeichnet man die Revolution Anfang Jänner in Tunesien. Jasmin ist die Nationalblume von Tunesien.

Durchbruch in der Geschichte der arabischen Welt zu erzielen. Ben Ali floh ins saudi-arabische Exil.

Anschließend kam es in anderen Ländern zu Protesten, die allerdings von unterschiedlichem Ausmaß waren und wo nicht alle Unruhen zu Revolutionen führten. Die Tunesier hatten aber die Tür zu einem neuen Leben geöffnet, die Ägypter stießen sie weiter auf.

In Ägypten wurden die Proteste in sehr armen, stark bevölkerten Stadtteilen organisiert, damit große Menschengruppen zum Tahrir-Platz im Zentrum von Kairo vordringen konnten. Sowohl bei allen Bevölkerungsschichten als auch bei allen Generationen war die ägyptische Armee beliebt und hatte ein gutes Image. Da sie von nun an die Polizei auf den Straßen ersetzte, taten die Soldaten alles, um ihren Ruf nicht aufs Spiel zu setzen. Die Demonstranten konnten in Ruhe ihre Parolen auf die Panzer der Armee sprayen. In Suez teilten die Soldaten den Bewohnern auf ihren Fahrzeugen mit, dass sie den Menschen Sicherheit gewährleisten würden. Eine der wichtigsten Slogans der Demonstranten war „Die Armee und das Volk sind eins“. Die Sicherheitskräfte konnten die große Menge nicht mehr aufhalten. Die Polizei zog sich zurück. In Ägypten demonstrierten die Menschen zwei Wochen, bis Mubarak von seinem Amt als Präsident zurücktrat (vgl. derstandard.at vom 1. Februar 2011).

Auf eine andere Art und Weise als in Ägypten fanden die Ereignisse in Libyen und Syrien statt. Diese Herrscher und ihre Regime bombardierten ihre eigene Bevölkerung, als ihre Macht jemand anderem zu übergeben. In anderen Ländern wiederum wurde anstatt zu Protesten zu Reformen aufgerufen (vgl. Großbongardt 2011:19).

In Libyen gab es massive Zerstörungen, tausende Tote, Verletzte und Vermisste. Hier begannen im Februar 2011 die Proteste in der zweitgrößten Stadt des Landes Bengasi, im Osten Libyens. Die Protestanten forderten das Ende der Herrschaft von Revolutionsführer Gaddafi. Dieser verkündete in einer Rede, dass er niemals gehen würde und bezeichnete die Oppositionellen als Ratten und des Weiteren davon, dass jedes Haus

gesäubert werden müsste. Von der Regierung niedergeschlagene Aufstände verwandelten sich in einen Bürgerkrieg, in welchem die NATO auf Seiten der Rebellen eingriff. Mithilfe der NATO gelang es den Revolutionären nach Monaten Tripolis zu erobern. Am 20. Oktober 2011 entdeckten sie Gaddafi und töteten ihn.

Im März 2011 begannen auch in Syrien Massenproteste. Präsident Assad ließ scharf schießen. Sicherheitskräfte hatten Handys im Visier – die neue mächtige Waffe. Tausende wurden getötet. Zeugen stellten Videos ins Netz. Das Regime schottete sich ab, und Journalisten waren zu dieser Zeit unerwünscht. Im Juli 2011 bewegten sich erste Panzer auf die Stadt Hama zu, der Konflikt eskalierte, doch Assad dachte noch immer nicht daran, zurückzutreten.

Diese Bewegung griff angefangen von Tunesien auf mehrere arabische Staaten über, fing eine neue Ära an und hat bis heute noch kein Ende gefunden. Die Menschen – egal ob jung oder alt, aus allen Schichten – kämpften ab diesem Zeitpunkt um ihre Zukunft.

Diese arabische Kettenreaktion zeigt einen starken Zusammenhang der Araber. Nun liegt es an den anderen arabischen Staaten, um ihre Forderungen zu kämpfen. Die arabischen Gesellschaften sind jedoch nicht gleich. Während in Libyen Menschen unter Revolutionsführer Gaddafi selbst die kleinsten politischen Freiheiten verweigert wurden, ging es in Ägypten zusätzlich um die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Menschen. Doch überall richteten sich die Aufständischen gegen die dort autoritär herrschenden Regime und die politischen und sozialen Strukturen (vgl. El-Gawhary 2011: 158f).

Die Medien spielten beim Arabischen Frühling eine wesentliche Rolle. Der Fernsehsender Al Jazeera hat seinen Sitz in Doha und kann in allen arabischen Ländern empfangen werden. Er trug dazu bei, dass sich die Demonstranten verständigen konnten, und griff auf Nachrichten aus dem Internet und den sozialen Netzwerken zurück. In den letzten Jahren haben sich die Medien erweitert. Das Internet wurde als Informations- und Organisationsinstrument

genutzt. Es war zwar ausschlaggebend für die Verbreitung der Geschehnisse, jedoch nicht für die Auslösung der Unruhen. Denn nur wenige Menschen verfügen über dieses Medium. So hat in Ägypten ein nur sehr kleiner Teil Zugriff auf das Internet. Durch die sozialen Netzwerke wurde auch die Polizei früher aufmerksam und über Demonstrationen informiert (vgl. Großbongardt 2011: 267; vgl. Pleiner 2012: 688).

Ein arabisches Sprichwort sagt, dass es drei Arten von Menschen gibt: „*Solche, die unbeweglich sind, solche, die beweglich sind, und solche, die sich bewegen.*“ (zitiert nach Nordhausen 2011: 7). Letztere scheint die Bewegung zu dominieren. Die neue Bewegung des Arabischen Frühlings ist lebendig und kreativ – sie wird von einer neuen Generation von jungen Menschen getragen, von denen mehrere schon im Ausland gelebt haben und wissen, was Freiheit und Menschenrecht bedeutet.

Zu Beginn der Diplomarbeit wird zunächst die Arabische Liga beschrieben, und in weiterer Folge werden die Ursachen für autoritäre Herrschaftsformen in der arabischen Welt erläutert. Hierbei spielen gesellschaftliche, ökonomische und politische Faktoren eine essentielle Rolle, die in den folgenden Ausführungen beschrieben und analysiert werden. Des Weiteren wird die Rolle der Medien hervorgehoben. Ein weiterer Fokus liegt auf der Analyse von religiösen und/oder sozialen Bewegungen wie beispielsweise der Muslimbruderschaft. Vier arabische Länder werden von mir im Detail untersucht.

Tunesien bildet den Anfang der vier Länder. Den Beginn meiner Ausführungen bildet die Erlangung der Unabhängigkeit 1957, als Habib Bourguiba zu regieren begann. Den Abschluss dieses Abschnitts markieren die Koalition der Ennahda, der CPR und der Ettakatol sowie die Ernennung des Staatspräsidenten am 12. Dezember 2011 und die des Ministerpräsidenten am 24. Dezember 2011. In Ägypten wird die Zeit ab dem Jahr 1953 behandelt, als Ägypten zur Republik ausgerufen und Ali Muhammad Nagib zum ersten Präsidenten Ägyptens ernannt wurde. Das Kapitel wird durch das Referendum, das am 19. März 2011 stattgefunden hat, abgeschlossen. Die darauffolgenden Seiten über Libyen werden anfangs noch

das Königreich Libyen von 1951 bis 1969 behandeln, da nach dessen Ende 1969 in den folgenden 40 Jahren Muammar al-Gaddafi Herrscher von Libyen war. Mit seinem Tod am 20. Oktober 2011, der Einführung des zivilen Luftverkehrs am 7. November 2011 und der zurückkehrenden Unzufriedenheit der Bevölkerung nach Gaddafis Tod endet das Kapitel Libyen. Die Ausführungen zu Syrien beginnen mit Hafiz al-Assads Machtübernahme 1971, die abrupt im Jahr 2000 durch seinen Tod beendet wurde. Sein Sohn Baschar al-Assad begann seine Nachfolge im Juni 2000. Da Baschar al-Assad weiterhin an seiner Macht festhält und bisher nicht zurücktrat oder gestürzt wurde, schließt dieses Kapitel mit den Unruhen und den Kämpfen, die noch immer in Syrien herrschen, ab.

Das siebente Kapitel untersucht die Rolle Israels im Arabischen Frühling, da Israel durch die Umbrüche der arabischen Revolution vor neue Herausforderungen gestellt wurde. Das nächste Kapitel handelt von den Beziehungen von Arabien zum Westen. Innerhalb der einzelnen Kapitel werden die relevanten Punkte analysiert und die Forschungsfragen beantwortet. Das Resümee mit einem optionalen Ausblick sowie das Abstract werden die Diplomarbeit abschließen. Mit Mitte 2012 wurden die Forschungen zu dieser Arbeit beendet.

Die arabische Welt, einen ganz anderen kulturellen und sozialen Raum als Europa oder die USA zu verstehen, fällt schwer. Wir vermögen uns von unserer westlichen Perspektive nicht zu lösen. Faktum ist: Die arabischen Länder sind wirtschaftlich, sozial und politisch weit hinter Europa zurückgefallen. In dieser Arbeit soll erforscht werden, warum in den arabischen Staaten eine politische oder soziale Revolution stattfand und warum die Bevölkerung schließlich nach so langer Zeit aufstand und sich durch Proteste gegen das jeweilige Regime wehrte. Es geht mir in erster Linie um die Hintergründe der Proteste, was bewog die Rebellen, ihre Forderungen zu erheben. Wenn man von der arabischen Welt und ihrer Revolution spricht, so drängt sich weiters die Frage auf, ob all diese Länder Gemeinsamkeiten in ihren Protesten und Auflehnungen zeigen. Schließlich haben sich viele Staaten gleichzeitig entschieden, mit Unruhen in ihrem Land

zu beginnen. Welche Faktoren bewogen die Demonstranten auf die Straße zu gehen und waren diese eher wirtschaftlich, sozial oder politisch?

Der Hauptteil fokussiert sich auf die Länder in der arabischen Welt. Denn die Ausgangssituation lässt die Frage aufkommen, was einen Menschen wie Mohamed Bouazizi zu solch einer Tat getrieben hat und warum in Tunesien niemand jene Menschen anhört, die Tag für Tag beispielsweise unter der Armutsgrenze dahinvegetieren.

Präsident Mubarak versicherte sich der Loyalität der USA auch immer mit der von ihm geschürten Angst vor den Muslimbrüdern. Die folgende Arbeit beschäftigt sich unter anderem mit den Muslimbrüdern, wobei die Frage relevant ist, wie viel Macht sie tatsächlich in Ägypten besitzen.

In Libyen war Gaddafi das Problem, dessen Diktatur 40 Jahre lang andauerte und mit dem viele Generationen aufgewachsen sind. In Syrien regierte Hafiz al-Assad 30 Jahre lang, bevor er starb und sein Sohn Baschar al-Assad sein Amt übernahm. Als gelernter Augenarzt stand Baschar nun vor wichtigen Entscheidungen über sein Land. Es ist fraglich, ob es in Zukunft zu einer Ablöse seinerseits kommen wird.

Wichtig ist zunächst, was sich in den kommenden Jahren noch verändern wird und ob die Menschen das erreichen können, wovon sie solange geträumt haben. Ziel ist es, das Land und Gesellschaft zu verändern und nicht mehr in die Vergangenheit zurückzufallen.

II. DIE ARABISCHE LIGA

Als arabische Welt werden in politischer Hinsicht jene Staaten bezeichnet, die sich selbst arabisch nennen und in der Liga der arabischen Staaten zusammengeschlossen sind. Die Arabische Liga umfasst 22 Länder, von Mauretanien im Westen Afrikas bis zum Oman im Südosten der arabischen Halbinsel, wobei auch die Palästinensischen Autonomiegebiete sowie die Komoren dazugehören. Die Arabische Liga wurde 1945 gegründet, um die politische und wirtschaftliche Einheit der arabischen Völker zu fördern, was bedeutet, dass sich die Beziehungen der einzelnen arabischen Staaten annähern und eine Koordination ihre Zusammenarbeit, ihre Unabhängigkeit und Souveränität sichern sowie die allgemeinen Interessen der Länder fördern (vgl. Großbongardt 2011: 1; vgl. ARTE-Dokumentation: Das Jahr des Frühlings vom 23. Februar 2012). Die folgenden sieben Länder sind die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga: Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Nordjemen, Saudi-Arabien und Syrien.



Abbildung 1: Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga (<http://news-nahost.blogspot.co.at/2012/08/geschichte-des-arabischen->

Die Einheit wurde des Öfteren durch den Gegensatz zwischen sozialistischen Staaten, die der UdSSR nahe verbunden waren wie Syrien und Libyen, und anderen, die den USA nahe standen wie die Emirate und Saudi-Arabien, durch den Ausschluss Ägyptens 1979-1989³ nach der Anerkennung Israels im Abkommen von Camp David und durch den zweiten Golfkrieg, nachdem das Mitgliedsland Irak in ein anderes Mitgliedsland, Kuwait, einmarschiert war, auf die Probe gestellt. Außerhalb der Zone liegen noch andere Staaten, die auch der Arabischen Liga angehören: Dschibuti, der Sudan und die Komoren. Es besteht also aus geografischer Sicht keine Einheit (vgl. Großbongardt 2011: 216).

Eine der Amtssprachen ist arabisch. Man sagt, wer arabisch spricht, ist auch Araber. In den Staaten ist die arabische Sprache nicht immer gleich. Wer beispielsweise hocharabisch spricht, spricht die Sprache des Koran. Es gibt aber auch Völker, die sich nicht als Araber bezeichnen: Das sind die Berber in Nordafrika und die Kurden im Irak und in Syrien (vgl. ARTE-Dokumentation: Das Jahr des Frühlings vom 23. Februar 2012).

Die arabische Welt steht in engem Zusammenhang mit dem Islam, die Länder stimmen aber nicht immer überein. Die Mehrheit der Muslime lebt außerhalb der arabischen Staaten. Bei den Mitgliedsländern sind 20% Muslime; es befinden sich auch einige Christen darunter (vgl. ARTE-Dokumentation: Das Jahr des Frühlings vom 23. Februar 2012).

Die Araber trennt ein starkes Gefälle an Lebensbedingungen. Manche Länder der Mitgliedsstaaten zählen zu den ärmsten der Welt, wie etwa Mauretanien oder Dschibuti, und andere wiederum gehören zu den reichsten, die mit Rohstoffen gesegnet sind wie etwa Kuwait und Katar. In der Arabischen Liga fehlt aber noch ein wichtiger Punkt: Es gibt keinen Staat mit einem Präsidenten oder Premier, der von den Volksgruppen demokratisch legitimiert mit freien und vor allem fairen Wahlen gewählt wurde. Die Leute wurden bisher in der arabischen Welt immer fremdbestimmt. Die

³ Als Präsident Sadat 1979 Frieden mit Israel schloss, wurde Ägypten aus der Arabischen Liga eliminiert. Nach ungefähr einem Jahrzehnt wurden sie wieder in die Liga aufgenommen und ihr Hauptquartier wieder an den Nil platziert (vgl. Großbongardt 2011: 216).

Gemeinsamkeit der Länder besteht darin, dass die Regime Demokratie verweigern und deren Staatschefs ihre Macht nicht abgeben wollen (vgl. Großbongardt 2011: 213f).

Mitte März 2011 hat die Arabische Liga den Staat Libyen suspendiert und eine Flugverbotszone über das Land verhängt, um dem libyschen Volk im Kampf gegen das menschenverachtende Regime zu helfen (vgl. Großbongardt 2011: 212).

Wesentliche Unterschiede zwischen der Arabischen Liga und der EU werden in den folgenden Ausführungen und in der Tabelle erläutert:

	Arabische Liga	EU
Mitgliederstaaten	22	27
Gesamtfläche	14 Mio. km ²	4,2 Mio. km ²
Bevölkerungsanzahl	360 Mio.	500 Mio.
Gesamtwirtschaftsleistung	2 Bio. Dollar	16,3 Bio. Dollar

Tabelle 1: Vergleich Arabische Liga und EU, Stand 2011 (vgl. Großbongardt 2011: 212f)

Die Unterschiede zwischen der Arabischen Liga und der EU zeigen sich in der politischen Verflechtung der Mitgliedsländer und ihrer Bereitschaft, nationale Kompetenzen an die Gemeinschaft abzugeben. Bei den EU-Organen hat das nationale Recht Nachrang, im Gegensatz zum erlassenen Recht, welches Vorrang hat. Eine Kommission, ein Rat und ein EU-Parlament festigen gemeinsame Haushaltsvorschriften und politische Richtlinien. Kontrollgremien wachen über den Europäischen Rechnungshof, und die Europäische Zentralbank sorgt für Preisstabilität (vgl. Großbongardt 2011: 213).

III. HINTERGRÜNDE DER PROTESTE

1. Ursachen für autoritäre Herrschaftsformen in der arabischen Welt

Bei den arabischen Staaten handelt es sich nicht um Demokratien, wie sie in Europa oder Nordamerika verbreitet sind. In Tunesien, Ägypten sowie auch im Jemen gibt es eine Autokratie⁴, in Libyen und Syrien eine Diktatur, in Jordanien und Marokko liberale Monarchien und in Saudi-Arabien und anderen Ländern am Persischen Golf erzkonservative Monarchien (vgl. Kraushaar 2012: 157).

Das Handeln autokratischer Präsidenten betrachtet man als sehr unberechenbar. Autokraten stützen sich auf ein System, das Manipulation und Korruption beinhaltet. Sie betreiben Vetternwirtschaft und stellen Rivalen mittels Bestechung ruhig. Ihre Amtstätigkeiten sind meist kostspielig, während ihr Volk unter enormer Armut leidet.

Im Gegensatz zu einem demokratischen Präsidenten, der durch das Volk freiwillig und gewünscht gewählt wurde und der weiß, was er seinem Volk zu verdanken hat, ist es bei einem autokratischen Präsidenten so, dass er dem Volk nichts zu verdanken hat, da man ihn nicht aus eigenem Antrieb gewählt hat (vgl. Aswani 2011: 95).

Durch seine Sicherheitsorgane wird der Diktator während seiner Präsidentschaft von der Öffentlichkeit bis zum „Tag des Unglücks“ abgeschirmt, wo ihn dann eine Revolution stürzt. Die Zurückhaltung und Abschirmung des Diktators ist eine der schlimmsten Fehlentwicklungen des autokratischen Systems. Es stellt sich einem die Frage, ob die Präsidenten wie beispielsweise Mubarak überhaupt eine Ahnung davon hatten, wie schlimm die Lage in ihrem Land tatsächlich war. Wussten sie überhaupt, unter welchen Bedingungen ihr Volk lebt oder kümmerte sie einfach nicht, dass manche Menschen jeden Tag unter prekären Lebensbedingungen überleben müssen? Millionen Menschen leben (in den Slums) ohne Wasser, Elektrizität oder

⁴ Die Autokratie bezeichnet Regierungsformen, bei denen alle Staatsgewalt unkontrolliert in den Händen eines Herrschers liegt und von diesem ausgeübt wird.

Abwassersystem, finden keine Arbeit, sind krank und frustriert (vgl. Aswani 2011: 65-67).

Anzeichen größerer Unzufriedenheit waren schon jahrzehntelang vorhanden, doch die Menschen in den arabischen Staaten sind leidensfähig und gehorchen sehr gut und konnten bisher noch nicht lernen, sich ihre Rechte zu nehmen (vgl. Aswani 2011: 287, 290).

Abdullah al-Mulla, der junge Chef der "Dubai Media City"⁵ machte die Bemerkung, dass fünf Jahre nach dem 11. September in diversen arabischen Ländern eine Generation in den Hierarchien nachrückte, die obwohl sie areligiös ist, ein pragmatisches Verhältnis zu ihrem Glauben hat, und dass ein Islam mit Fortschritt sowie Religion mit Innovation keinen Gegensatz bedeuten müssen. Die US-Journalistin Robin Wright fasste schon im Jahr 2009 zusammen, dass die arabische Jugend sich darüber ärgert, *"vom 11. September in Gefangenschaft genommen zu werden."* Stattdessen bevorzuge sie lieber mehr Bildung und Zugang zu wirtschaftlicher Mobilität und moderner Technik (vgl. Großbongardt 2011: 28).

Im vergangenen Jahrzehnt hatte es in den arabischen Staaten den Anschein, als würde die Bevölkerung nur zwischen einem politischem Islam oder den autoritären Regimen entscheiden können (vgl. Großbongardt 2011: 29). Religion und im Speziellen der Islam sollen Schuld am Autoritarismus in der arabischen Welt und im Vorderen Orient sein – dies wurde mittlerweile weitgehend widerlegt. Vielmehr sind es ökonomische, gesellschaftliche, politische sowie internationale (Einfluss-)Faktoren, die zu autoritären Systemen führen und diese auch bestimmen (vgl. Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 17).

Viele Staaten sind imstande, ihre Bürger gezielt mit Geld zu unterstützen, sei es in Form von Subventionen (z.B. Gesundheitswesen, Bildung, etc.) oder durch Privilegierung bestimmter Gruppen (z.B. Militär, Polizeiapparat, Geheimdienst, etc.). Tunesien ist allerdings ein äußerst rohstoffarmes Land, weist also kaum bis gar keine Öl- bzw. Gasvorkommen auf. Dennoch wurden

⁵ Dubai Media City bezeichnet eine Freihandlungszone, die sich in Dubai befindet.

über die letzten Jahrzehnte hinweg immer wieder Förderungen durchgeführt, um sich die Legitimation gegenüber der tunesischen Bevölkerung schlichtweg zu erkaufen (vgl. Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 17).

Zentrale Aufgabenfelder der internationalen Staatengemeinschaft sind die politische aber auch wirtschaftliche Stabilität in der arabischen Welt sowie im Nahen und Mittleren Osten. Während die USA und die EU schon seit Jahren Geld in die Förderung zum Aufbau von Demokratien in dieser Region investieren, ist das Ergebnis alles andere als berauschend, da der Wunsch nach kurzfristiger Stabilität über jenen nach einer grundlegenden Veränderung in Richtung Demokratiebestrebungen gestellt wird (vgl. Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 19).

Laut dem Autor Hamed Abdel-Samad sind die Hauptursachen der Revolution dieselben wie jene zur Massenauswanderung und zum islamistischen Terrorismus: Demütigungen, Ungerechtigkeiten, Frustration und das Erwachsenwerden einer neuen Generation. Die Frage ist, warum sich eine Masse, die bisher geschwiegen hat, nun in eine kritische Masse gewandelt hat. Denn die arabische Bevölkerung ist nicht ärmer und die Polizei auch nicht brutaler als vor drei Jahrzehnten geworden. Sowohl die Tunesier als auch die Ägypter und Syrer hatten zum Zeitpunkt der Revolution mehr Freiheiten als die Generationen davor (vgl. Abdel-Samad 2011: 62f).

Die gerade aufgelisteten Umstände von Abdel-Samad sind nur ein kleiner Teil der Hintergründe der Proteste in den arabischen Ländern. Die Menschen kämpfen aber nicht nur gegen Demütigungen, sondern auch noch gegen andere Dinge wie soziale Ungleichheit, hohe Jugendarbeitslosigkeit, fortschreitendes schlechtes Bildungswesen, Korruption und Wahlbetrug, massive politische Repression, Unfähigkeit zu wirtschaftlichem Erfolg und politischen Reformen (vgl. Kraushaar 2012: 169).

Da es sich um ökonomische, gesellschaftliche und politische Faktoren handelt, werden nun die drei Indikatoren im Detail behandelt:

Unter ökonomische Faktoren fällt vor allem die sogenannte „Rentierstaatlichkeit“, die sich wie folgt erklären lässt:

„Nahezu zwei Drittel aller weltweit nachgewiesenen Erdöl- und -gasreserven lagern im Vorderen Orient. Die Exporterlöse aus Öl und Gas stellen zum größten Teil ökonomische Renten dar, die wiederum den Staaten direkt zur Verfügung stehen und nicht in den Produktionsprozess reinvestiert werden müssen, sondern nach politischen Kriterien im Inneren verteilt werden können.“ (Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 17).

Ein weiterer Punkt, der unter die wirtschaftlichen Indikatoren fällt, ist die Geburtenrate. In den arabischen Gesellschaften, wo die Geburten kontrolliert werden, konnte man einen Rückgang bei der Geburtenrate feststellen, da sich auch die Beziehungen zwischen Mann und Frau geändert haben. Durch die Veränderungen in der Beziehung zwischen Mann und Frau entstanden auch Autoritätsverletzungen, da die Jungen heutzutage in den arabischen Ländern gut lesen und schreiben können und somit ihren Vätern diesbezüglich überlegen sind, was eine entscheidende Variable darstellt. Syrien und Jordanien sind die am stärksten alphabetisierten Länder der arabischen Staaten (vgl. Todd 2011: 30, 46).

Bei der Geburtenrate lässt sich folgendes erkennen: Muslimische Frauen haben heutzutage mehr Bildung als noch in früheren Zeiten und bringen auch weniger Kinder zur Welt. So waren es 1975 im Durchschnitt noch 6,8 Kinder; bis in das Jahr 2005 sank die Zahl auf 3,7.

In Tunesien beispielsweise ist angeblich die Geburtenrate auf das Niveau von Frankreich abgesunken. Die Bildung der Frauen sorgt für Ungleichheiten in der Familienstruktur und hinsichtlich der traditionellen Werte. Emmanuel Todd und Youssef Courbage stellten fest, dass Alphabetisierung und Modernisierung auf eine Gesellschaft destabilisierend wirken und politische Umwälzungen mit sich bringen sowie der Glaubensverlust eine unmittelbare Folge des Geburtenrückgangs in Russland, China und Westeuropa darstellt (vgl. Abdel-Samad 2011: 68, 71).

Eine ganz wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Unruhen liegt auch in der Arbeitslosigkeit. Einige Bevölkerungsgruppen sind davon besonders betroffen. Bei Hochschulabsolventen ist die Arbeitslosigkeit 10-fach so hoch verglichen mit den Grundschulabsolventen (vgl. Kraushaar 2012: 169).

In Ägypten haben statistisch gesehen von 24 Mio. ägyptischen Frauen rund 4 Mio. eine Arbeit. Insgesamt liegt die Frauenarbeitslosigkeit offiziell bei 12%.

Man kann aber davon ausgehen, dass sie real über 20% beträgt. Die höchste Arbeitslosenrate besteht aber bei Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, wo 40% der 20-30jährigen arbeitslos sind (vgl. Abdel-Samad 2011: 111).

In Bezug auf die Armut zeigt der folgende Länderreport-Vergleich vom Jahr 2010 massive, unterschiedliche Resultate bei den vier arabischen Ländern, und im Vergleich zu China und den USA:

	Tunesien	Ägypten	Libyen	Syrien	China	USA
Bruttoinlandsprodukt	4 198	2 776	11 729	2 803	4423	46 811
Staatsverschuldung	40,5	73,2	0,0	29,4	33,5	98,2
Konsumausgaben	78,8	85,9	-	81,6	47,9	88,7
Bevölkerung	10 547 000	78 700 000	6 378 000	21 393 000	1 341 Mio.	309 733 000
Bevölkerung 15-64 Jahre	72,4	69,6	63,4	65,3	59,2	66,9
Arbeitslosenquote 15-64 Jahre	4,1	13,0	9,2	-	8,6	9,6

Tabelle 2: Vergleich Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, China, USA (WKO Länderreport, Stand 2010)

Wenn man die Arbeitslosigkeit ein Jahr später betrachtet, so kann man im Jahr 2011 folgende Resultate bemerken:

Land	Bevölkerung in % (15-64 Jahre)	Arbeitslosenquote in % (15-64 Jahre)
Tunesien	69,8%	13%
Ägypten	63,6%	12,1%
Libyen	64,9%	-
Syrien	59,8%	8,6% (2010)

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien 2011 (WKO Länderreport)

Zudem kann man anmerken, dass seit 1984, als noch Tunesiens Präsident Habib Bourguiba regierte, die Brotpreise enorm anstiegen. In einer Nacht erhöhte er den Brotpreis um 150%. Später musste er dies widerrufen. 2010 wurde Brot dann noch teurer. Dies lag an den Entwicklungen auf den

Weltmärkten: Sinkendes Angebot an Weizen und steigende Nachfrage. Ein weiterer Bereich der Börsenspekulation wurden 2008/09 nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA und dem Beinahe-Zusammenbruch des Bankensystems in mehreren westlichen Staaten Agrarrohstoffe, was die Preise zusätzlich anheizte (vgl. Lüders 2011: 20f). Wenn man bedenkt, dass Mohamed Bouazizi am Tag ungefähr 5-6 Euro verdiente und ein Baguette 1 Euro kostete, ist es nicht sehr gut vorstellbar, wie man dabei in Würde und ohne Hunger leben soll (vgl. Lüders 2011: 21).

Gesellschaftliche Handlungen und Räume werden zumeist überwacht, um in erster Linie den Aufbau von gesellschaftlicher Autonomie zu unterbinden (vgl. Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 17f).

Ein sozialer Grund könnte das Bevölkerungswachstum sein. Hier konnte man bemerkenswerte Veränderungen bei der Endogamierate feststellen:

Was die Endogamie betrifft, so zählt Ägypten beispielsweise nicht zu den typisch arabischen Ländern. Es ist mit 80 Mio. Einwohnern der bevölkerungsreichste und geopolitisch wichtigste arabische Staat, obwohl Ägypten im Hinblick auf die Endogamie ganz eigene Verhältnisse aufweist: Die Endogamierate in Ägypten ist in den letzten 20 Jahren um 15% gesunken (vgl. Todd 2011: 38f).

Hinsichtlich der politischen Indikatoren lässt sich erkennen, dass die Länder der arabischen Welt zwar zum größten Teil über Parlamente oder politische Parteien verfügen. Dennoch spielt der (Neo)Patrimonialismus⁶ als politischer Faktor – wo eine Führerfigur an der Spitze des Staates steht und es nicht selten zu Klientelbeziehungen kommt – eine wesentliche Rolle.

Als weiterer Faktor sind unter anderem die (Groß-)Familien und in weiterer Folge der Nepotismus hervorzuheben, die in vielen Staaten die Politik bestimmen. In Tunesien beispielsweise dominierten die Familie Ben Ali

⁶ Unter Patrimonialismus versteht man im Allgemeinen einen Herrschaftstyp, der durch die Unterwerfung unter die Autorität einer bestimmten Person gekennzeichnet ist. Einzugliedern ist er frei nach Max Weber zwischen Autokratie und Demokratie.

sowie der Clan seiner Lebensgefährtin das politische und wirtschaftliche Geschehen (vgl. Kreitmeyr und Schlumberger 2010: 18).

Nicht unwesentlich ist auch die Tatsache in Ägypten, dass Mubaraks Sohn im September 2011 bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren hätte sollen. Den Menschen war offenbar bewusst, dass das Regime dann wie bisher weitergeführt würde (vgl. Kraushaar 2012: 164).

Mit der Besetzung durch Angehörige wie Verwandte entsteht immer ein persönlicher Vorteil, der beschafft wird. Wahlen beispielsweise sind materiell und werden ge- oder verkauft und sind somit eine Scheinlegitimierung (vgl. Kraushaar 2012: 159). Solche autoritären Herrschaftsformen werden mittels Machtapparaten unterstützt und durch Gewaltausübung und Einschüchterung am Leben erhalten (vgl. Kraushaar 2012: 160).

In Bezug auf die Korruption wurden bei den Wahlen in den arabischen Ländern Richter eingesetzt, die über Wahlen wachen und schauen, dass es gerecht und ohne Fälschungen zugeht. Im Prinzip führte das Ministerium des Innern die Aufsicht der Wahlen durch. Wenn man es aber genau betrachtet, führten sie nur die Befehle aus. In Wirklichkeit hat der Präsident alleine die Entscheidung über den Wahlausgang. Das Innenministerium gab bisher diese Entscheidung den Staatsangestellten und Polizisten weiter, die die Befehle des Präsidenten dann umsetzten. Sie hinderten die Leute daran, ihre Stimme abzugeben, heuerten Schläger an, füllten ungebrauchte Wahlzettel bzw. solche von bereits verstorbenen Regierungsparteimitgliedern aus, schlossen Urnen und verkündeten die gefälschten Wahlergebnisse. Grundsätzlich sind das Menschen, die tagtäglich beten, die beim Ramadan fasten, usw. Sie erfüllten sozusagen ihre religiösen Pflichten, beteiligten sich aber gleichzeitig an den Wahlfälschungen und sehen dies als keine Sünde an (vgl. Aswani 2011: 69f, 100).

„Eine Revolution wird durch das Bewusstsein der Gründe des Unrechts ausgelöst, und das heißt, dass alles, was die Menschen hindert, sich ihrer Rechte bewusst zu werden, der Despotie in die Hand spielt.“ (Aswani 2011: 143).

Die Ursachen der arabischen Revolution gliedern sich zwar in wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte, jedoch kann man daraus nicht schließen, dass einer dieser Indikatoren im weiteren Verlauf der Revolution entscheidend war. Vielmehr spiegeln sich alle drei in den Hintergründen der Proteste wieder.

Die nachfolgenden Kapitel werden u.a. noch erläutern, wie es dazu gekommen ist, dass sich ein derartiger Flächenbrand über den arabischen Raum entfachte.

IV. DIE ROLLE DER MEDIEN

Mohamed Bouazizi war nicht der Erste, der sich selbst verbrannte. Es gab schon andere Menschen, wie beispielsweise in Algerien, die das auch in die Tat umsetzten. Der Unterschied zwischen ihm und den vorherigen Menschen, die Selbstmord begingen, ist der, dass es dem Regime zuvor gelang, diese Selbstmorde zu vertuschen. Die Medien durften nicht berichten, die Angehörigen wurden zum Schweigen gebracht. Nur dieses Mal, im Fall Bouazizi, verlief es anders, denn mittlerweile existieren Medien wie das Internet und Mobiltelefone und nicht nur die Medien Fernsehen oder Radio. Durch diese Faktoren wurden die Leute von jenen in Kenntnis gesetzt, die die Selbstverbrennung an diesem 17. Dezember 2010 miterlebt hatten. So verbreiteten sich die Geschehnisse auf der ganzen Welt, und nicht einmal die Behörden konnten das verhindern (vgl. Lüders 2011: 16f).

Durch die Ausbreitung der neuen Medien wurde eine neue Ebene der Kommunikationsformen gestartet. Diese Verbreitung ermöglichte eine politische Intervention. Mit dem Internet kann nicht nur zwischen Personen kommuniziert werden, sondern es ermöglicht auch den Austausch von Medien wie Film-, Ton- und anderen Dokumente, die zur Beweislage dienen und in diesem Fall die Bevölkerung und damit Massen mobilisieren (vgl. Kraushaar 2012: 129-131).

Des Weiteren gibt es noch das Bloggen, das dazu da ist, um Meinungen auszutauschen und Analysen zu schreiben. Es entsteht daraus ein Dialog und somit eine Diskussion. Für die Jugend ist Bloggen ein wichtiges Medium, um sich über die politische Zukunft eines Landes mitzuteilen. Es ist ein brillantes Kommunikationsmittel. Ein besonderes Beispiel dafür ist Ägypten, wo das politische Bloggen heute noch immer wichtig ist, obwohl Diktator Mubarak schon gestürzt ist. Man muss das Erreichte noch einmal stützen, und dabei helfen Zeitungen nur wenig, da diese nicht immer alles schreiben und somit die Jugendlichen über essentielle Dinge nicht informiert sind (vgl. Armbruster 2011: 176f, 184).

Die Medien spielen eine bedeutende Rolle, wenn man die Entwicklung der schweigenden zur kritischen Masse hin betrachtet. Die Menschen gingen auf die Straßen, weil sie mobiler geworden sind. In den arabischen Staaten sind die beliebtesten Konsumgüter die der westlichen Staaten geworden, nämlich der Fernseher, der Computer und die Mobiltelefone, was bedeutet, dass die Massen heutzutage mehr Medien konsumieren. Gleichzeitig ist die Zahl der Internetnutzer vergleichsweise gering: In Tunesien verfügen 25-35% aller Haushalte über Internetzugang, in Ägypten nur ungefähr 10%, und in Libyen liegt die Anzahl der Internetnutzer unter 5% (vgl. Abdel-Samad 2011: 81, 86f).

Beginnen wir mit einer Analyse des gewissermaßen alten Mediums Fernsehen und den zwei Fernsehsendern Al Jazeera und Al Arabiya, die für die Revolution nicht unbedeutend waren. Die arabische Version von Al Jazeera ist mit dem amerikanischen Sender Fox zu vergleichen, während die englische Version von Al Jazeera und der Nachrichtensender Al Arabiya mit dem amerikanischen Sender CNN vergleichbar sind. Al Jazeera besteht eigentlich aus zwei vollkommen verschiedenen Sendern mit dem gleichen Namen (vgl. Abdel-Samad 2011: 85).

Al Jazeera befand sich 1994 schon im Aufbau. 1995 kam in Katar ein neuer Emir, Kronprinz Hamad bin Khalifa, ein Student der britischen Militärakademie Sandhurst an die Macht, nachdem er seinen eigenen Vater festhielt und sich zum neuen Emir ernannte. Al Jazeera wurde im November 1996 gegründet. Khalifa gestaltete die Medienlandschaft um, indem er das Informationsministerium und die Zensurbehörde abschaffte. Er steckte jährlich 30 Mio. US-Dollar in das Projekt Al Jazeera und holte viele Mitarbeiter nach der Schließung der arabischen Sektion der BBC zu sich. Das Motto dieses Senders beruhte auf der Prämisse, dass es immer mindestens zwei Meinungen gibt. Zum aktuellen Zeitpunkt verfügt der Sender über Büros und Korrespondenten in aller Welt. Er präsentierte kontroverse Polit-Talks, berichtete über den 11. September und den Irak-Krieg. Es sprachen proamerikanische und proisraelische arabische Gäste in dem Polit-Talk. Es gab kein arabisches Regime, das sich hier vor Kritik sicher fühlen konnte. Der Erfolg von Al Jazeera beruhte auf dessen offener Berichterstattung und

innovativem Umgang mit den aktuellen Nachrichten.

Während die großen US-amerikanischen Privatsender zu Beginn der Revolution nur Expertenrunden und Werbeclips einschalteten, lobte die Außenministerin der USA, Hillary Clinton die Berichterstattung von Al Jazeera und erklärte, dass der Sender Al Jazeera sehr mächtig wäre und die Einstellungen und das Verhalten der Menschen veränderte (vgl. Horst 2012: 59; vgl. Abdel-Samad 2011: 81-83).

In fact viewership of al Jazeera is going up in the United States because it's real news. You may not agree with it, but you feel like you're getting real news around the clock instead of a million commercials and, you know, arguments between talking heads and the kind of stuff that we do on our news which, you know, is not particularly informative to us, let alone foreigners." (Hillary Clinton am 2. März 2011, abgerufen von YouTube).

Mit dieser Rede stellte sich Al Jazeera an die Spitze der Medien und drängte seine Konkurrenten wie den Sender Al Arabiya in den Schatten.

Der saudische Sender Al Arabiya, der im März 2003 zuerst von Kairo, und dann von Dubai aus sendete, orientiert sich an Al Jazeera. Während des Irakkrieges konnte man auf Al Arabiya einen klaren proamerikanischen Unterton hören. George Bush wurde in den ersten Tagen des Krieges vom Sender wie ein Befreier des irakischen Volkes gefeiert. Trotz regelmäßigen Fernsehkonsums durch den Sender Al Arabiya geben im Jahr 2003, 53% der Araber an, ihre erste Quelle vom Sender Al Jazeera zu erhalten und nur 9% beziehen sich auf den Sender Al Arabiya (vgl. Abdel-Samad 2011: 84-86; vgl. Washington Post, October 15th, 2004, „Top Six International News Channels Watched by Arab Viewers“).

Die Revolution in Tunesien wurde von vielen ausländischen Fernsehsendern wie CNN, CBS, BBC sowie France24 „verschlafen“. Als jedoch die ägyptische Revolution begann, verfolgte jeder Sender die Revolution von Beginn an. Die Korrespondenten der Sender gingen mit den Demonstranten jeden Tag auf den Tahrir-Platz und erstatteten Bericht. Somit setzten die Demonstranten und die Korrespondenten jeden Tag die Leute über die Geschehnisse in Kenntnis, auch in der Zeit, als die Internet- und Telefonleitungen nicht aktiv waren (vgl. Abdel-Samad 2011: 93f).

Neben Al Arabiya gab es für Al Jazeera aber noch andere Hauptkonkurrenten wie die Sender Al-Hurra (USA) und Al-Alam (Iran). Diese ermöglichten einen einmaligen medienpolitischen Zustand, indem die freie Berichterstattung neben den autoritären politischen Regimen stand. Diese Spannung zwischen der medialen und politischen Ordnung ist zum Teil auf die revolutionären Prozesse in den arabischen Staaten zurückzuführen (vgl. Horst 2012: 60).

Als die Satellitensender und danach auch der tunesische Staatsender Nessma TV ihre Berichte über Mohamed Bouazizi im Fernsehen sendeten, zog das Regime Konsequenzen und schaltete den Strom vom Fernsehen und vom Internet in der Umgebung ab. Anfang Jänner 2011 begann die Regierung Videos aus dem Internet zu eliminieren, die kritisch gegen das Regime waren. Viele Webaktivisten und andere wurden verhaftet oder verprügelt. Da die Demonstrationen im Land mittlerweile fest verankert waren und auch die Hauptstadt Tunis bereits belagert wurde, besuchte Präsident Ben Ali den schwer verletzten, in Bandagen eingehüllten Mohamed Bouazizi am Krankenbett, um die Massen zu beruhigen (vgl. Lüders 2011: 18f).

Mit der Einführung von YouTube und später auch Facebook entwickelten die Satellitensender ihre Sendungen nach den Blogs der Bevölkerung und waren gezwungen, heiklere Themen wie Folter und Korruption anzuschneiden. Diese sozialen Netzwerke ermöglichen es, mit Menschen in Verbindung zu treten. Während der Revolutionen haben sich die Leute mithilfe der Medien ausgetauscht, mit dem Ziel, das Regime in ihrem Land zu stürzen. Sie diskutieren, machen Vorschläge und sprechen ihre Meinungen aus. Durch ihre Handys verschickten sie SMS mit wichtigen Nachrichten und Informationen, wo Straßen durch die Polizei abgesperrt wurden und wo besser ein Umweg gemacht werden sollte (vgl. Armbruster 2011: 20).

Asmaa Mahfouz, eine arabische Frau und Mitbegründerin der „Jugendbewegung 6. April“⁷, stellte ein Video ins Internet und bat alle Leute, am 25. Jänner auf den Tahrir-Platz zu kommen, um gegen das Regime

⁷ Die „Jugendbewegung des 6. April“ wird durch eine Facebookgruppe angeführt, die zunächst bei einem Arbeiterstreik 2008 und später bei der Revolution 2011 als Unterstützung diente.

Mubarak zu demonstrieren. Da Frauen in den arabischen Staaten generell im Hintergrund stehen, sich im Haushalt betätigen und um die Kinder kümmern, schrieb sie dazu, dass die Männer die Frauen im Falle einer Verprügelung beschützen kommen sollten (vgl. Kraushaar 2012: 111).

Als Ben Ali in Tunesien keinen Ausweg mehr sah und zurücktrat, erfreuten sich auch die Menschen in Ägypten an seiner Flucht. Doch die regierungsfreundlichen Internetaktivisten überfluteten die Internetforen und drohten mit schweren Unruhen, Krawallen und Zerstörungen (vgl. Abdel-Samad 2011: 28).

In Ägypten drehte sich aber nicht nur in Facebook alles um die Frage der Demonstrationen bzw. um die Frage, wie man gegen die Willkür der Polizei ankämpfen könnte. Wahlfälschungen, die korrupte Nationalpartei, Mubaraks Alleinherrschaft und seine Pläne mit seinem Sohn waren alles nur sekundäre Ziele. Zum einen überlegten die Leute auf der Facebook-Seite „We are all Khaled Said“⁸, ob sie auf ihre Banknoten „Nein zu Folter“ schreiben oder ob sie an Polizisten Facebook-Meldungen schicken sollten, in denen sie diese aufforderten, in Zukunft einen gewaltlosen Umgang mit den Bürgern zu vereinbaren. Der Administrator der Khaled Said-Seite, der unbekannt bleiben möchte, hackte rund 200 Accounts von ägyptischen Polizisten und stellte diese den Usern zur Verfügung (vgl. Abdel-Samad 2011: 23f).

Durch die Revolution in Tunesien wurden auch die Menschen in Ägypten hellhörig und glaubten an die Hoffnung. In diesen Momenten wollte die ägyptische Bevölkerung nicht nur eine Demonstration, sondern vielmehr eine Revolution. In diversen Foren wurden der Ablauf und die Ziele der Proteste besprochen. Man überlegte, am Tag der Polizei, dem 25. Jänner, einen Anti-Polizei-Marsch zu vereinbaren, und drei Tage später, am 28. Jänner, den Feiertag zum „Freitag des Zorns“ zu machen. Die Menschen kämpften um „Brot, Freiheit und Menschenwürde“. Zu dieser Zeit war noch keine Rede von einem Diktatorsturz (vgl. Abdel-Samad 2011: 27).

⁸ Khaled Said war ein ägyptischer Blogger, der ein Video online stellte, in dem Polizisten in einen Drogendeal involviert waren. Er wurde eines Tages von Polizisten auf offener Straße zusammengeschlagen und tot getreten. Ihm zu Ehren wurde die Facebookgruppe „We are all Khaled Said“ gewidmet.

Die Facebook-Seite „We are all Khaled Said“ bot den Leuten Gelegenheit über die Willkür der Polizei zu sprechen, indem immer wieder Diskussionsstoff durch Videos und Nachrichten gepostet wurde, die die Brutalität der Staatsbeamten zeigten. Die Leute tauschten sich über ihre Erfahrungen mit der Polizei aus: Sei es ein Taxifahrer, der erpresst wird oder ein Straßenverkäufer, der gejagt wird, oder ein Fußballfan, der ohne Grund verprügelt wird (vgl. Abdel-Samad 2011: 78).

In Ägypten wurden kurz nach Ausbruch der Revolution die sozialen Netzwerke, die Mobiltelefone und der Internetzugang für eine Woche abgeschaltet. Die Menschen trommelten daher auf den Straßen die Leute zusammen, um sich am Tahrir-Platz zu versammeln. Navid Hassanpour, angehender Politikwissenschaftler der Yale University, untersuchte die Mobilisierung in Kairo und stellte fest, dass die Revolution erst so richtig losgegangen wäre, als die Kommunikationsmedien abgedreht wurden und die Menschen auf die Straßen gegangen wären, um sich über Geschehnisse und Neuigkeiten am Platz zu informieren (vgl. Kraushaar 2012: 134).

Durch das Verbot und die Internetsperre meldete sich auch Anonymous⁹ zu Wort. Die Bewegung forderte mit dem Begriff „Operation Egypt“ freien Zugang zu unzensurierten Medien im ganzen Land. Sollte dies nicht geschehen und ignoriert werden, so würde sie die Regierungs-Web-Seiten kappen und die Welt wissen lassen, was tatsächlich im Land geschehe und wie die Regierung mit ihren Leuten im Land umgehe (vgl. Kraushaar 2012: 145; vgl. Matthias Kremp, Internet-Kampagne: Web-AktivistInnen drohen Ägyptens Regierung, Spiegel-Online vom 27. Jänner 2011).

Als alle Telefon- und Internetleitungen gekappt wurden, war Al Jazeera das Kommunikationszentrum der Revolution. Der Sender berichtete über alle wichtigen Informationen und sendete Aufnahmen von Leuten, die von der Polizei mit Tränengas, Wasserwerfern oder dergleichen beschossen wurden bzw. von Polizeiwagen überrollt wurden. Die Armee hinderte die Mubarak-Anhänger auf die Menschen einzuprügeln, und letztendlich konnten die Leute

⁹ Anonymous ist ein Hackerkollektiv ohne offensichtliche Hierarchie. Die Bewegung setzt sich vorwiegend für politische Ziele ein.

wieder ihre Kinder auf den Platz mitnehmen, und tun, was immer sie wollen, solange niemand anderer dadurch belästigt wurde. Die Forderungen der Bürger umfassten folgende Punkte: „Rücktritt Mubaraks, Auflösung beider Häuser des Parlaments, Ende des Kriegsrechts, Neuwahlen und eine neue Verfassung, Bildung einer nationalen Notstandsregierung aus allen politischen Kräften Ägyptens, Anklage gegen alle korrupten Politiker, Anklage gegen die Verantwortlichen der Übergriffe auf friedliche Demonstrationen“, und konnten bis dato noch nicht komplett erfüllt werden (vgl. Abdel-Samad 2011: 59f).

Mubarak veranlasste am 28. Jänner 2011 die Schließung des Büros des Senders Al Jazeera in Kairo. Obwohl die Leitungen getrennt wurden, stellten westliche Internetaktivisten alternative Internetverbindungen zur Verfügung. Die Demonstranten schickten ihre Nachrichten per Fax in den Westen, und dieser veröffentlichte dann diese über Twitter etc. Al Jazeera meldete sich jedoch zwei Tage später auf einer anderen Frequenz zurück und schockte mit brutalen Bildern von den Demonstrationen (vgl. Abdel-Samad 2011: 93, 104).

In Ägypten wogen die User auf der Seite, die Khaled Said gewidmet ist, Vergleiche bezüglich der Geschichte in Tunesien über Mohamed Bouazizi und der in Ägypten über Khaled Said ab und fragten sich, warum es in Tunesien schon eine Revolution gäbe, jedoch nicht in Ägypten, obwohl die Ungerechtigkeit hier größer wäre. Diese Frage stellte man sich damals, im Juni 2009, auch schon bei der grünen Revolution im Iran gegen Ahmadinedschad. Doch die Antwort lag, so Abdel-Samad, auf der Hand: die ägyptische Bevölkerung war dem Regime zu herrschaftstreu und hatte zu viel Geduld und Ausdauer. Die Ägypter konnten sich zwar in den Medien sowohl über die Regierung als auch über Mubarak beklagen, doch brachte dies keine sozialen oder politischen Veränderungen mit sich. Weder Mubarak, noch sein Volk gingen bisher davon aus, dass die Kritik zu etwas führen und Reformen bringen würde (vgl. Abdel-Samad 2011: 25).

"Die gesamte ägyptische Bevölkerung hält sich an der Hand der Regierung fest, wie sich ein kleines Kind an der Hand seiner Mutter festhält, auch wenn diese Mutter unmoralisch ist." (Abdel-Samad 2011: 25).

Mit dem Internet haben sie mehr Mut und Ausdauer bewiesen, obwohl es noch immer kaum vorstellbar ist, wie es ein Land wie Ägypten mit einer Analphabetenrate von mehr als 40% geschafft hat, über Internet und SMS zu einem Sturz des Regimes zu gelangen (vgl. Armbruster 2011: 230).

Die Berichte über die Ereignisse wurden aber rasch von den westlichen Sendern eingestellt, als beispielsweise Ben Ali und Mubarak vom Amt zurücktraten. Somit konnte man im Westen nur schwer die Entwicklung über die weitere politische Situation in Tunesien und in Ägypten verfolgen. Stattdessen begannen die westlichen Medien sich auf weitere Länder wie Libyen zu stürzen (vgl. Abdel-Samad 2011: 94).

Aus Diktaturen wurden Demokratien – eine Regierungsform, die sich bisher nur im Westen etabliert hat. Die Frage wird sein, wie diese Demokratien letztendlich ausschauen werden, und es lässt sich nur vermuten, dass sie nicht dem westlichen Modell ähneln werden (vgl. Armbruster 2011: 231).

V. BEWEGUNGEN

1. Die Bewegung der Muslimbruderschaft

Die Muslimbruderschaft ist eine fundamentalistisch-konservative Organisation, die 1928 (im Geburtsjahr von Mubarak) von Hassan al-Banna (1906-1949) in Ägypten gegründet wurde und heute noch in mehreren arabischen Staaten aktiv ist (vgl. Aswani 2011: 19). Jeder Kandidat, der Mitglied werden wollte, musste folgenden Schwur mit einem Schwert in der Hand, das auf dem Koran lag, leisten:

„Ich verspreche dir im Namen Allahs, dass ich ein treuer Soldat in der Gruppe der Muslimbrüder sein werde und dass ich immer höre und gehorche, in guten wie in schlechten Zeiten, außer es ginge um eine Sünde, und dass ich den Befehl nicht in Frage stelle und dass ich meine Bemühung, mein Geld und mein Blut für die Sache Gottes opfere, Allah sei mein Zeuge!“ (Abdel-Samad 2011: 123).

Ihr Vorhaben war nach ihrer Gründung, dass sie durch ihre Rhetorik die Massen in Ägypten für eine Veränderung des politischen Systems gewinnen wollten. Doch die Muslimbruderschaft hat sehr oft genau das Gegenteil gemacht, sich gegen die Interessen der Bevölkerung gestellt und ihre Loyalität den Machthabern bekundet. Andererseits artikuliert sie ihren Widerstand gegen das Regime durch soziale und karitative Tätigkeit. Sie offeriert soziale Dienste wie medizinische Versorgung und Essensverteilung ohne Gegenleistung, schreckte aber auch nicht vor Attentaten und Terror zurück. Nachdem Hassan al-Banna 1949 vermutlich vom britischen Geheimdienst ermordet wurde, wurde Sayyid Qutb (1906-1966) zu seinem Nachfolger ernannt. Dieser war Publizist und Sozialaktivist aus Ägypten. Er schloss sich im darauffolgenden Jahr der Muslimbruderschaft an. Er sah die Gründe für die Rassendiskriminierung, die fehlende Solidarität und die sozialen Spannungen in der Trennung von gesellschaftlichem Leben und der Religion. Er beabsichtigte nie, die arabischen Staaten zu einer kulturellen Verwestlichung zu bewegen. Nasser schlug Qutb damals für ein Regierungsamt vor, welches dieser verweigerte. 1954 versuchten die Muslimbrüder Nasser nach einer Rede in Alexandria zu ermorden, nachdem dieser sich für den Sozialismus und gegen den Islam entschied. Der Anschlag missglückte, und Qutb, die Führungskräfte der Bruderschaft sowie einige ihrer Anhänger wurden inhaftiert. Qutb schrieb im Gefängnis eine Broschüre,

in der er erklärte, dass der islamische Staat weder einen Präsidenten noch einen König braucht – Gott sei der einzige Herrscher. Er wurde daraufhin zum Tode verurteilt und am 29. August 1966 hingerichtet. Außerdem wurde die Muslimbruderschaft eine Zeit lang verboten. Im Anschluss daran flohen ihre Führer nach Saudi-Arabien. Während der Regentschaft Nassers wurde die Muslimbruderschaft daran gehindert, sich zu einer politischen Partei zu formieren (vgl. Aswani 2011: 19; vgl. Lüders 2011: 62f; vgl. Abdel-Samad 2011: 125).

Nach Nassers Tod hatte sein Nachfolger Sadat das Vorhaben, Ägypten in Richtung Westen zu öffnen, doch die Nasseristen und Marxisten wehrten sich. Nun war Sadats Idee, die Islamisten aus den Gefängnissen zu entlassen, um die Marxisten zu schwächen. Dies gelang ihm auch, allerdings waren die Islamisten gegen Sadats Friedenspolitik mit Israel und ermordeten ihn (vgl. Abdel-Samad 2011: 127f).

Mubarak und die Muslimbruderschaft befanden sich die meiste Zeit in einem versöhnlichen, allerdings gespaltenen Verhältnis. Es gab Tage, wo er die Bewegung verbot und die Führungskräfte einsperrte, oder Tage, wo er der Bruderschaft einige Plätze im Parlament anbot. Wie es Abdel-Samad in seinem Buch beschreibt, waren sie Mubaraks Lieblingsoppositionsguppe. Solange sie sichtbar waren, konnte er sich dem Westen gegenüber als einzige Garantie für den säkularen Staat und die Fortführung des Friedens mit Israel präsentieren (vgl. Abdel-Samad 2011: 128).

Mubarak und die Muslimbrüder machten 2005 einen bizarren Deal: Entgegen der Verfassung, die besagt, dass es keine religiösen Parteien in Ägypten geben darf, ermöglichte Mubarak einigen der Muslimbrüder an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Letztendlich wurde die Opposition aus dem Parlament verbannt und die Muslimbrüder mit 80 Sitzen belohnt. Der damalige Chef der Muslimbrüder, Mahdi Akef, kündigte 2008 seine Unterstützung zur Wiederwahl Mubaraks an, während andere Oppositionsgruppen aktiv gegen die Wiederwahl oder die Weitergabe an seinen Sohn reagierten. Als der 25. Jänner 2011 als Tag der Revolte angekündigt wurde, wollten sich die Muslimbrüder nicht beteiligen. Als dann

aber die Revolution Erfolge zeigte und es schien, als würde Mubarak gehen, behaupteten sie, ein essentieller Bestandteil der Revolution gewesen zu sein. Beweisen wollten sie das mit ihrer Rolle während der „Schlacht des Kamels“¹⁰ und dass der zweite Administrator der Facebookseite „We are all Khaled Said“ ein Muslimbruder sei (vgl. Abdel-Samad 2011: 132f).

Am 28. Jänner 2011, drei Tage nach Beginn des Aufstandes, forderte die Bruderschaft Mubarak auf, substantielle Reformen durchzuführen (vgl. Lüders 2011: 153).

Auch die Muslimschwesternschaft half den Demonstranten während der Revolution und übernachtete auf dem Tahrir-Platz, was vor der Revolution als unmöglich galt, da sie Übergriffen und Demütigungen ausgeliefert waren. Auf dem Tahrir-Platz spielte es keine Rolle mehr, ob man Mann oder Frau ist, und welcher Religion oder Partei man angehörte. In diesem Zeitraum wurden Freundschaften hervorgerufen (vgl. Lüders 2011: 154).

Zu jenem Zeitpunkt, als der Militärrat Verfassungsänderungen vornahm und die Bevölkerung sechs Wochen nach dem Sturz Mubaraks in einem Referendum befragen wollte, ermunterte die Muslimbruderschaft die Leute, sich daran zu beteiligen und mit „ja“ zu stimmen. Der Militärrat belohnte daraufhin die Muslimbrüder, indem er den Artikel 2 in der Verfassung bestehen ließ, der beinhaltet, dass *„der Islam als Staatsreligion und die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung sei, sowie die Umgehung des Artikels, der die Gründung einer politischen Partei auf religiöser Basis unterbindet“* (Abdel-Samad 2011: 133).

Das Referendum war mit 50% Wahlbeteiligung sehr hoch, und 77% stimmten für eine Verfassungsänderung. Manche Unterstützer waren Anhänger der Muslimbrüder, und manche wollten den Militärrat nicht so lange an der Macht haben (vgl. Abdel-Samad 2011: 135).

¹⁰ Am 2. Februar 2011 hatten Anhänger von Präsident Mubarak Männer auf Kamelen und Pferden zum Tahrir-Platz in Kairo geschickt. Diese schlugen auf die Demonstranten mit Knüppeln und Messern ein.

Diese Gruppe gründete daraufhin eine Partei mit dem Namen „Partei der Gerechtigkeit und Freiheit“ in Anlehnung an die Partei des türkischen Premierministers Erdogan, die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ heißt. Trotz der vielen Anhänger wollen sie aber aus Angst vor den Erwartungen der Ägypter nicht an die Macht. Aus diesem Grund lehnten sie das Angebot des Militärrates, zwei Ministerposten in der Übergangsregierung zu übernehmen, ab. Sie entschieden außerdem, nur in der Hälfte der Wahlkreise Kandidaten für die Parlamentswahlen aufzustellen, um eine eigene absolute Mehrheit zu verhindern (vgl. Abdel-Samad 2011: 138).

Die libysche Muslimbruderschaft ist im Nationalen Übergangsrat präsent und die größte stammesübergreifende Partei. Einige Tage nach Beginn des Aufstandes im Februar 2011, riefen sie zu Protesten gegen das Gaddafi-Regime auf (vgl. Lüders 2011: 111).

In Syrien entstand die Muslimbruderschaft im Jahr 1946. Es war eine Geheimorganisation, die paramilitärisch ausgerichtet war und sich zum Ziel gesetzt hatte, gegen die „ungläubigen“ Reformer anzukämpfen sowie den säkularen Staat in eine islamische Republik zu verwandeln. Von Beginn an standen sie mit den syrischen Nationalisten und Modernisten im Wettstreit (vgl. Schweizer 1998: 281f).

1982 erhoben sich die Muslimbrüder in der mittelsyrischen Stadt Hama gegen Assad und machten einen Aufstand. Assad setzte infolgedessen seine Panzer und Kampfflugzeuge ein. Danach wurde die Stadt tagelang bombardiert. Das bedeutete den Tod von 20 000 Menschen, und die Altstadt von Hama musste daraufhin neu aufgebaut werden. Schließlich gab es bis zum Jahr 2011 Ruhe im Land (vgl. Lüders 2011: 165; vgl. Armbruster 2011: 101).

Man muss die Muslimbrüder auch vor bzw. nach der Revolution unterscheiden: Am Anfang waren sie nationalreligiös und eine gewaltbereite „Erweckungsbewegung“. Im Laufe der Jahre wurden sie dann eine systemkonforme Partei. Nasser hat bei der Gründung der Muslimbrüder in Ägypten 1928 die Bewegung verboten, Sadat hingegen verbat ihnen zwar,

eine eigene Partei zu gründen, jedoch erlaubte er ihnen, sich neu zu organisieren und sah sie als eine Unterstützung im Hinblick auf die Linken und Nasseristen, die er aus den Gewerkschaften und Universitäten verdrängen wollte. Mubarak setzte sie als Hilfe bei Wahlmanipulationen ein, hielt sie dann teils vom Parlament fern, setzte aber auch eine bestimmte Anzahl von ihnen als Abgeordnete ein. Im Prinzip haben sie bei der Landbevölkerung, den Armen, den Hochschulen und den Berufsverbänden Rückhalt gehabt. Es gelang der Muslimbruderschaft in Ägypten als stärkste Oppositionsgruppe zu agieren, obwohl sie offiziell gar nicht existierten (vgl. Lüders 2011: 147).

Seit ihrer Gründung vor 80 Jahren versuchen sie die ägyptische Bevölkerung für eine islamische Revolution zu mobilisieren, doch es funktionierte bisher nicht. Die Bruderschaft vertritt die Ideologie, dass der Islam eine Religion sei, die die Menschen nicht rassistisch behandle. Man darf nicht nach der ethnischen Herkunft oder Hautfarbe gehen. Aus diesem Grund verbinde der Islam die Menschen (vgl. Wolff 2008: 137).

Noch heute steht das Freiheits- und Meinungsrecht für die Muslimbruderschaft an oberster Stelle. Die Vielfalt der Meinungen soll sich in der Gesellschaft ausdrücken und die Demokratie durchsetzen (vgl. Abdel-Samad 2011: 49; vgl. Wolff 2008: 137).

First, we don't care about coming into power. We only care about public freedom, the ending of the emergency laws and military courts. We care about the independence of the judiciary. We care about just elections. We want to create public opinion capable of regaining it's rights (Interview von Joseph Mayton mit Mohamed Habib, stellvertretender Führer der Muslimbruderschaft vom 6. Juni 2007).

2. Die Jugendbewegung des 6. April

Die Jugendbewegung des 6. April ist eine ägyptische Protestbewegung, die vom Ingenieur Ahmed Maher und der Personalsachbearbeiterin Israa Abdel Fattah im März 2008 gegründet wurde. Die beiden kannten sich vom Wahlkampf im Jahr 2005. In diesem Jahr hatte Mubarak auf internationalen Druck Oppositionsparteien wie beispielsweise die Al-Ghad-Partei zur Wahl zugelassen. Zusammen arbeiteten die beiden in dieser Parteizentrale. Die Wahl hingegen erfolgte weder demokratisch noch frei. Die beiden setzten sich am 6. April 2008 bei einem Streik für Arbeiter in Ägypten ein und

organisierten eine Facebookgruppe unter diesem Datum. Innerhalb der Gruppe wurden und werden immer noch Videos der Proteste hochgeladen, die Geschehnisse und weitere Entwicklungen präsentieren. Anlass des Streiks waren die stark gestiegenen Lebensmittelpreise. Doch die Bewegung setzte sich generell gegen die autoritären Regime und für die Demokratie ein. Sie forderte, Parteien gründen zu dürfen, das Ende der Notstandsgesetzgebung sowie eine neue, ideologiefreie Verfassung. Angeführt wird die Gruppe – wie der Name schon ausdrückt – durch Jugendliche. Sie alle haben zwar eine gute Ausbildung, hatten jedoch bis zu diesem Zeitpunkt kaum etwas mit Politik zu tun. Das zeigt eine Studie von 2004, in der vermerkt wurde, dass sich zwei Drittel der jungen Menschen nie für eine Wahl registriert bzw. 84% der Jugendlichen nie an einer Demonstration beteiligt hatten (vgl. sueddeutsche.de vom 31. Jänner 2011).

Wichtig scheint in diesem Zusammenhang, dass von den 80 Millionen Einwohnern in Ägypten ein Drittel zwischen 15 und 29 Jahre alt ist und diese somit nie einen anderen Präsidenten als Mubarak gehabt hatten (vgl. sueddeutsche.de vom 31. Jänner 2011).

Die Gruppierung ist ihrer Eigendarstellung zufolge *„unabhängig von politischen Richtungen oder politischen Trends“*. Ihre Mitglieder eint nur *„die Liebe zu unserem Land und das Verlangen, es zu reformieren“* (Facebookgruppe „Jugendbewegung des 6. April“).

Sie zeigen sich offen für die Muslimbrüder, bekennen sich aber auch zu Mohamed ElBaradei.¹¹ Er hatte damals eine Regierung der nationalen Einheit unter seiner Führung gefordert (vgl. sueddeutsche.de vom 31. Jänner 2011).

Ihre Bewegung wird ausschließlich über das soziale Netzwerk Facebook betrieben. Sie sind selbstständig und organisieren sich selbst. Am „Tag des Zorns“ in Ägypten, am 28. Jänner 2011, holten sie mit der Facebookgruppe „We are all Khaled Said“ tausende Menschen auf die Straße, um zu

¹¹ Mohamed ElBaradei ist ein ägyptischer Diplomat. Er war Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation und erhielt im Jahr 2005 den Friedensnobelpreis für den Einsatz gegen den militärischen Missbrauch von Atomenergie sowie für die sichere Nutzung der Atomenergie für zivile Zwecke.

protestieren. Sie führten eine Wanderung zum Präsidentenpalast durch. Als das Internet abgeschaltet und SMS kurzzeitig vom Regime geblockt wurden, um weitere Demonstrationen zu verhindern, schrieb der Blogger Wael Abbas über sein Handy auf dem Microblogging-Dienst Twitter eine Nachricht mit den Worten „We want our Internet back“ (vgl. sueddeutsche.de vom 31. Jänner 2011).

Nach einer Woche der Demonstrationen zählten sie schon mehr als 87 000 Mitglieder in ihrer Facebookgruppe. Aus Sicherheitsgründen gaben diese Mitglieder kaum Angaben zu ihrer Person an, um nicht erkannt zu werden (vgl. sueddeutsche.de vom 31. Jänner 2011).

3. Die Bewegung „Kifaya“

Kifaya ist eine ägyptische Oppositionsgruppe. Auf Deutsch bedeutet Kifaya „Genug“. Die Gruppe besteht aus Islamisten, Marxisten und Liberalen. Anlässlich ihrer Gründung machte sie auf zwei Gefahren aufmerksam: Zum einen die Besetzung Palästinas durch Israel und den US-Feldzug im Irak und zum anderen auf den repressiven Despotismus.

In den Jahren 2000 und 2001 kam es zu Solidaritätsmärschen für die Palästinenser. Der „Zweite Aufstand“ bzw. die „Zweite Intifada“ der Palästinenser führte zu Straßenschlachten in den besetzten Gebieten, palästinensischen Selbstmordanschlägen und israelischen Militäraktionen. Im März 2003, als der Irakkrieg begann, besetzten tausende Menschen in Kairo den Tahrir-Platz. Später räumte die Polizei den Platz. Bei all diesen Protesten wurden auch Parolen gegen Mubarak und sein Regime angeführt. 2004 führte die Gruppe „Kifaya“ ihren ersten Protest an.

Die Oppositionsgruppe forderte zu Rechtsstaatlichkeit auf und verlangte ein Ende von Mubarak und seiner Partei, der Verschwendung des Reichtums der Nation und ein Ende des „wirtschaftlichen Monopols“. Während sich Mubarak 2005 auf seine Wahlen vorbereitete, organisierten Gruppen wie Kifaya via Internet Demonstrationen. Als Mubarak 2005 bei der Wahl gewann, verlor die Gruppe immer mehr an Bedeutung. Erst als im Jänner 2011 die Revolutionen

in den arabischen Staaten losgingen, gewannen sie wieder mehr Zusprache (vgl. Schneider 2012: 20-22).

VI. BETROFFENE LÄNDER

Als sich im Dezember 2010 Mohamed Bouazizi vor dem Provinzregierungsgebäude selbst verbrannte, löste das einen Flächenbrand in Tunesien aus. Das Geschehen in Tunesien hat in weiterer Folge einen Dominoeffekt ausgelöst. Im Jänner begannen die Demonstrationen in den Ländern Algerien, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, Jemen und Mauretanien. Danach folgten der Sudan, die Palästinensischen Gebiete, Bahrain, Dschibuti, Kuwait, Libyen, der Oman, Marokko, der Irak und schließlich Syrien.

Nachdem im Jänner 2011 die Revolution in Tunesien begann, griffen Aufstände auf etliche andere Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika über. Sie alle richteten sich gegen die dort autoritär herrschenden Regime sowie die politischen und sozialen Strukturen.

All diese Länder sind wirtschaftlich, politisch und kulturell sehr unterschiedlich: Tunesien blickt auf eine lange laizistische Tradition zurück, in Ägypten und Algerien liegt die Macht bei den Militärs, bei Marokko und Jordanien liegt die Führung in der Hand eines Monarchen, und Saudi-Arabien hat ein stark religiöses Regime. Libyen hat viel Öl und der Jemen ist sehr arm. Somit sind auch die Ausprägungen und die Aussichten der Revolutionen verschieden (vgl. Nordhausen 2011: 11).

In Algerien haben sich bisher auch schon einige Menschen selbstverbrannt. Ein Beispiel, das dem des Tunesiers Mohamed Bouazizi ähnelt, ist das von Missoumi Hichem aus Tiaret, westlich von Algier. Er war auch Gemüsehändler und zündete sich am 26. Jänner 2012 an, weil auch er von Polizisten vertrieben wurde. Genauso wie Bouazizi starb Hichem nach zwei Wochen im Krankenhaus. Der Unterschied liegt nur darin, dass in Algerien zwar danach Demonstrationen stattfanden, jedoch keine Revolution begann (vgl. Horst 2012: 33f).

Die Aufstände in Libyen und Syrien unterscheiden sich von jenen in Tunesien und Ägypten. Diese Herrscher und ihre Regime bombardieren die eigene Bevölkerung (vgl. Großbongardt 2011: 19).

Auf vier Länder möchte ich in den folgenden Kapiteln genauer eingehen: Tunesien, Ägypten, Syrien und Libyen.

1. Tunesien

Hauptstadt:	Tunis
Staatsoberhaupt:	Übergangsregierung
Politisches System:	Präsidentialrepublik
Bevölkerung:	10,5 Mio.
UNO-Entwicklungsindex:	Rang 81
BIP pro Kopf:	8273 US-Dollar

Tabelle 4: Tunesien (Großbongardt 2011: 298f)

1.1. Historischer Rückblick

1.1.1. Das Regime Habib Bourguibas (1959-1987)

Habib Bourguiba hatte Frankreich die Unabhängigkeit seines Landes in Verhandlungen abgerungen. Bereits fünf Tage nach Ausrufen der Unabhängigkeit wurde die konstitutionelle Nationalversammlung gewählt, 1957 allerdings die Monarchie abgeschafft und Tunesien zur Republik erklärt.

Habib Bourguiba wurde 1959 tunesischer Staatspräsident und ließ sich 1975 zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen. Allerdings wurde er zwölf Jahre später von Ben Ali, einem ehemaligen General des Sicherheitsdienstes, in einem unblutigen Putsch ohne Gegenwehr in der Nacht zum 7. November 1987 gestürzt (vgl. Ben Jelloun 2011: 30; vgl. Erdle 2010: 94).

Bourguibas Vorbild war der ehemalige General und spätere Präsident Frankreichs, Charles de Gaulle. Während seiner Amtszeit steuerte er Tunesien in Richtung einer modernen Gesellschaft, was in arabischen Ländern zu dieser Zeit äußerst selten vorkam. Als erstes änderte er den Familienstatus ab: Frauen sollten mehr Rechte zugestanden werden. Die Polygamie wurde verboten, zugleich wurden Scheidungen und Abtreibungen legalisiert, was zu dieser Zeit beispielsweise in Frankreich noch nicht der Fall war. Bourguiba war auch der einzige Staatsmann, der den Staat und die Religion trennte: Er kritisierte die Leute nicht, wenn sie in der Zeit des Ramadans nicht fasteten. Es konnte jeder tun und lassen, was er selbst für

richtig hielt. Deshalb öffneten Kaffeehäuser und Restaurants auch während dieser Zeit ihre Türen. Bourguiba empfahl auch den Arabern, ihre Beziehung zum Staat Israel zu normalisieren, da „*die Politik des Alles oder Nichts die Palästinenser nur in eine Niederlage geführt habe*“ (Bourguiba in einer Rede vom 3. März 1965, zitiert nach Ben Jelloun 2011: 31).

Er versuchte in Tunesien ein sozialistisches Modell zu installieren: Die übermächtige und auch einzige Staatspartei, die „Parti Socialiste Déstourien“ (PSD), war in diesem Sinne nicht mehr als die rechte Hand des Präsidenten bzw. das ausführende Organ seiner Entscheidungen. Die „sozialistische Phase“, wie sie Steffen Erdle in seinen Ausführungen beschreibt, war allerdings mehr oder weniger zum Scheitern verurteilt. Bourguiba zögerte auf der anderen Seite aber nicht, enge Beziehungen und Kontakte, vor allem in außenpolitischer Hinsicht, beispielsweise zu den USA und etlichen europäischen Staaten, aufzubauen bzw. zu knüpfen. Das hatte letztlich auch den Hintergedanken, sich zu dieser Zeit vor den unberechenbaren Nachbarn wie beispielsweise Algerien zu schützen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. Mai 2005).

Das Regime rechtfertigte seine Handlungen immer wieder durch, wie sie es nannten, gesellschaftlichen Fortschritt. Darunter verstanden die Machthaber im Großen und Ganzen ökonomische Entwicklung und materiellen Wohlstand. Dieser Anspruch war allerdings gleichzeitig sozusagen die Achillesferse für den Präsidenten, da die Wirtschaft im Land von großer Instabilität und vor allem von einer äußerst dominanten, aber kaum gewinnbringenden Landwirtschaft geprägt war. Aufgrund von einigen schwerwiegenden Missernten kam es in weiterer Folge zu massiven Konjunkturreinbrüchen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. Mai 2005).

Die tunesische Wirtschaft war stets stark an ausländische Märkte und Investoren gebunden, wodurch sowohl der Industrie- als auch der Dienstleistungssektor (insbesondere der Tourismus) an Bedeutung gewannen. Es ergab sich somit ein deutlicher Entwicklungsunterschied zwischen dem Landesinneren – wo Arbeitslosigkeit bereits in den 1950er und

1960er Jahren auf einem sehr hohen Niveau war – und den Küstengebieten. Immer mehr Menschen verarmten, die Missernten wurden immer schlimmer, und auch die Auslandsschulden stiegen rapide an. Spät aber doch sollte sich nun in den 1980er Jahren zeigen, dass das Regime unter Bourguiba nicht mehr in der Lage war, politische oder ökonomische Lösungen für all diese Probleme zu finden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. Mai 2005).

Nachdem die Menschen 1965 auf die Straße protestieren gingen, forderte Bourguiba daraufhin die UNO auf, „eine Föderation der arabischen Staaten in der Region mit Israel zu schaffen“ (zitiert nach Ben Jelloun 2011: 32). Zwei Jahre später führten Ägypten, Syrien, Jordanien, der Libanon und Israel einen Sechstagekrieg, den Israel gewann (vgl. Ben Jelloun 2011: 32).

1.1.2. Das Regime Zine el-Abidine Ben Alis (1987-2011)

Zine el-Abidine Ben Ali wurde 1936 in Hammam Sousse geboren. Sein Vater war Analphabet und arbeitete als Docker im Hafen. Drei Jahre vor seiner Matura verließ Ben Ali das Gymnasium, bekam aber nach einem halben Jahr - nachdem Tunesien die Unabhängigkeit von Frankreich im Élysée-Palast verliehen bekam - eine Chance auf eine 12-monatige militärische Ausbildung in Saint-Cyr in Frankreich und besuchte danach die US Army Intelligence School in Fort Holabird in Maryland. Er war von 1958 bis 1974 Chef des militärischen Sicherheitsdienstes, die nächsten Jahre Militärattaché in Marokko und in Spanien sowie Botschafter seines Landes in Polen. Im Dezember 1977 wurde er Direktor für Nationale Sicherheit im Innenministerium, nach ca. einem Jahr wurde er zum General befördert, 1985 wurde er erneut Sicherheitschef, weiters Staatssekretär, 1986 Innenminister und am 2. Oktober 1987 Ministerpräsident. Er wurde nach einem Militärputsch gegen Bourguiba – nach welchem er sieben medizinische Gutachten vorlegte, in denen Bourguiba als amtsunfähig eingestuft wurde – im November 1987 neuer Präsident Tunesiens. Außerdem stand in einem vorgelegten Protokoll, dass die Ärzte Bourguiba schon seit zwei Jahren nicht mehr gesehen hätten. Dieser Staatsstreich ging als „Medizinischer Putsch“

von Ben Ali in die Chronik ein (vgl. Nordhausen 2011: 19f; vgl. Abdel-Samad 2011: 73f).

Seine Zeit als tunesischer Präsident wurde in drei Phasen gegliedert:

- Der tunesische Frühling (1987-1989)
- Der autoritäre Umschwung (1990-1995)
- Ausweitung der Macht und internationale Interessensverbände (1996-2009/10)

1.1.2.1. „Der tunesische Frühling“ 1987-1989

Die erste Phase des neuen Regimes war vor allem durch einen Liberalisierungsprozess und eine vorsichtige Öffnung des politischen Systems geprägt. Ben Ali musste zunächst versuchen, die Bürger des Landes auf seine Seite zu ziehen. Zahlreiche Oppositionelle, die zum damaligen Zeitpunkt hinter Schloss und Riegel gehalten wurden, kamen frei, besonders verhasste Personen des alten Regimes wurden mundtot gemacht oder gar eingesperrt. Er begrenzte die Untersuchungshaft auf maximal vier Monate, ließ Amnesty International ein Büro in Tunis eröffnen. Ben Ali begrenzte die Armee auf 30 000 Mann, rüstete sie also aus Angst kaum auf, um nicht aus dem Amt vertrieben zu werden; er stockte aber die Polizei auf ungefähr 600 000 Mann auf und richtete ihnen noch zahlreiche Privilegien ein. Zugleich machte es sich Ben Ali zur Aufgabe, ein säkulares System aufzubauen bzw. die Gleichheit der Geschlechter vor dem Gesetz (schon Bourguiba setzte sich für eine Gleichstellung ein) zu verankern (vgl. Erdle 2010: 97f; vgl. Nordhausen 2011: 19f; vgl. Abdel-Samad 2011: 73f).

„Islam should be given the place it deserves in society, but it should not be given the power to rule that society“ (Erdle 2010: 98).

Das Jahr 1988 kann als eines der zentralen Reformjahre in der tunesischen Geschichte nach der Unabhängigkeit bezeichnet werden. Im Februar benannte sich die PSD in RCD um und nahm sich zum Ziel, politische und gesellschaftliche Forderungen und (neue) Strömungen zuzulassen. Eine grundlegende Änderung war die Abkehr vom Einparteiensystem hin zur Installierung eines Mehrparteiensystems im April 1988. Verboten wurden

allerdings Parteien, die „[...] auf religiösen, sprachlichen, rassischen und/oder regionalen Kriterien beruhten bzw. die allgemeinen Menschenrechte sowie die nationalen Errungenschaften ablehnten“ (Erdle Steffen, zitiert nach Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. Mai 2005). Einen legalen Status hatten ab nun die folgenden Fraktionen: Democratic Socialist Movement (MDS), Tunisian Communist Party (PCT), Popular Unity Party (PUP), Progressive Socialist Rally (RSP), Liberal Social Party (PSL) und die Unionist Democratic Union (UDU). Ferner kam es ebenfalls zur Gründung unterschiedlicher Studentenbewegungen, Frauenorganisationen und im selben Jahr als erstes arabisches Land zum Beitritt zur Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen (vgl. Erdle 2010: 98f; vgl. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20. Mai 2005).

Hatte sich damit das Demokratieverständnis im Land nun zum Positiven verändert? Wohl eher nicht, wie die nächsten Ausführungen zeigen werden. Ben Ali entließ die Mehrheit der Politbüromitglieder und verhalf vielen engen Vertrauten und Familienmitgliedern zu hohen Ministerposten. Die viel kritisierte und verhasste „Vetternwirtschaft“, die ein wesentlicher Grund für die Proteste im Zuge der Revolution 2010/2011 war, nahm allmählich konkrete Formen an. Auch machte man sich mit dem „National Pact“, der 1989 als Basisgesetz des neuen Regimes verabschiedet wurde, dementsprechend unbeliebt. Von nun an musste jede Person, die einen legalen Status in der politischen Landschaft Tunesiens anstrebte, dieser Konstitution ihre Zustimmung geben. Die neuen Machthaber hatten darüber hinaus jetzt mehr Interesse an interarabischen Kooperationen als noch während der bourguibistischen Ära. So wurde beispielsweise die Arabische Maghreb Union (AMU bzw. UMA im Französischen) gegründet, wo es insbesondere um politische und wirtschaftliche Kooperationen, speziell um Sicherheit und Stabilität, geht. Neben diesen politischen Reformen wurde auf der anderen Seite die ökonomische Neugestaltung äußerst schleppend vorangetrieben. Die größten Ziele waren (a) die Wiederherstellung der makroökonomischen¹²

¹² Die Makroökonomie setzt sich mit den gesamtwirtschaftlichen Faktoren einer Volkswirtschaft auseinander. Zentral sind Aspekte wie beispielsweise der Markt, die Sektoren, die Frage nach Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Sparen, Investieren, usw.

Stabilität, (b) die Reduktion des Defizits sowie (c) die Reduzierung von Marktversagen bzw. marktverzerrenden Maßnahmen.

Jene, die sich noch nicht ins Exil abgesetzt hatten, warf er ins Gefängnis. Ben Ali verwandelte Tunesien in seinen Jahren als Staatspräsident in einen Polizeistaat, der mittels eines Spitzelsystems die Gesellschaft kontrollierte (vgl. Nordhausen 2011: 20f; vgl. Kraushaar 2012: 154).

Ben Ali war von 1964 bis 1988 mit seiner ersten Frau verheiratet. Mitte der 80er Jahre lernte er seine jetzige zweite Ehefrau Leila Trabelsi kennen.

1.1.2.2. Der autoritäre Umschwung 1990-1995

Ben Ali versuchte Anfang der 1990er Jahre eine Ankurbelung der Wirtschaft, was ihm auch durchaus gelang. Da man sich aber fast ausschließlich auf die makroökonomische Seite konzentrierte, bedeutete dies Probleme für die Mehrheitsbevölkerung. So entstanden mit der Zeit immer größere Schwierigkeiten, die vorwiegend den Innovationssektor betrafen. Außerdem, und in diesem Fall wahrscheinlich weit schwerwiegender, kämpfte man wieder einmal mit hohen Arbeitslosenraten (vgl. Erdle 2010: 98, 101ff).

Die erste Hälfte der 1990er Jahre könnte man als repressive Phase in Kombination mit ökonomischen Reformen bezeichnen. Der einzige, aber durchaus ernst zu nehmende „Gegenspieler“ des nunmehr drei Jahre herrschenden Regimes war der deutlich im Aufstieg begriffene Islamismus. Spätestens bei den Kommunalwahlen im Jahr 1989 zeigte sich, dass die Islamistenpartei MTI¹³, die zwischen 20 und 25 % der Stimmen lukrieren konnte, sichtlich stärker war als bisher angenommen. Die säkularen und gemäßigten Oppositionsparteien hingegen waren zu schwach. Ben Ali blieb im Prinzip nichts anderes übrig, als mit aller Härte gegen die MTI und ihre Mitglieder vorzugehen. Durch dieses Handeln kam allerdings deutlich ans Licht, dass es mittlerweile eine große Spaltung innerhalb der tunesischen Gesellschaft gab, was weder der Präsident noch seine Regierungsvertreter

¹³ Die MTI (Mouvement de la Tendance Islamique), die Partei der Islamistischen Ausrichtung, wurde 1981 gegründet und kann als Vorgänger der heutigen Ennahda Partei verstanden werden.

wahrhaben wollten. Dem nicht genug zeigten der Golfkrieg und die mit ihm ausgebrochene Krise vielen arabischen Staaten, vor allem in politischer und ökonomischer Hinsicht, ihre Grenzen auf. Man musste feststellen, dass die arabische Welt besonders sensibel auf externe Einflüsse reagierte (im Zuge des Arabischen Frühlings waren es im Speziellen interne Faktoren). Tunesien ist im Vergleich zu den übrigen Staaten Nordafrikas ein relativ kleines und rohstoffarmes Land. Die unmittelbaren Nachbarn, Algerien im Westen und Libyen im Osten, sind nicht zuletzt militärisch deutlich „stärker“ und vor allem unberechenbar. Mit dem Kollaps der Arabischen Maghreb Union wurde den Tunesiern vor Augen geführt, dass es eigentlich überhaupt keine Kooperation in puncto Sicherheit in der Region gab (vgl. Erdle 2010: 104ff).

Die Folgen der eben beschriebenen einsetzenden Gefahren und Spannungen waren Richtungsänderungen und eine grundlegende Neugestaltung, sozusagen ein autoritärer Umschwung des politischen Systems. Das Regime musste Stärke zeigen und sich politisch behaupten. Durch die Krise am Golf und das Vorgehen gegen die Islamisten kam es immer wieder zu Zusammenstößen und Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der MTI. Dieser „Kampf“ zwischen den pro-westlich auf der einen und anti-westlich auf der anderen Seite eingestellten Gruppierungen führte zudem zu zahlreichen Verhaftungen. Überdies wurden Frauen- und Menschenrechte zu Schlüsselthemen der „benalistischen“ Administration gemacht. Ebenso wurde das Bildungssystem reformiert, wodurch man von Seiten der Bevölkerung größtenteils Lob erntete (vgl. Erdle 2010: 108ff).

1992 heiratete er seine damalige Geliebte Leila Trabelsi. Sie ist im Jahr 1957 geboren, gelernte Frisörin und – folgt man der Literatur – strotzt nur so vor Gier. Zusammen mit ihrer Familie plünderte sie während Ben Alis Amtszeit Tunesiens Konten und machte sich damit ein schönes Leben (vgl. Lüders 2011: 43-45).

1992 wurde das Ministerium für Internationale Kooperation und Ausländische Investitionen gegründet, wodurch Mohamed Ghannouchi (Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Praktikant im französischen Finanzministerium und ehemaliger tunesischer Finanzminister sowie Leiter der

Übergangsregierung nach dem Sturz Ben Alis) eine tragende Rolle zugesprochen bekam. Ab 1993 wurden sämtliche Unternehmen privatisiert und auch die bürokratischen Hürden zurückgeschraubt, womit Investitionen, sowohl für In- als auch für Ausländer, enorm erleichtert wurden.

Die Wahlergebnisse verdeutlichen eindringlich den Charakter des Regimes. Bei den Wahlen 1994 wurde Ben Ali mit 99,91% im Amt bestätigt. Im Übrigen wurde er im Jahr 1999 mit 99,45%, 2004 mit 94,49% und 2009 mit 89,28% wieder gewählt (vgl. Nordhausen 2011: 20f). Einer der Kerngedanken der führenden Kräfte 1994 war es, den Bürgern des Landes Demokratie vorzugaukeln, indem man beispielsweise 19 von insgesamt 144 Sitzen im Parlament für die „legale“ Opposition reservierte (1999 waren es 34 von insgesamt 182 Sitzen).

Der Fokus des Systems von Ben Ali lag allerdings ganz klar auf den ökonomischen Reformen. Die Wirtschaft sowie auch die Märkte waren zu Beginn und in der Mitte der 1990er Jahre bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum überaus schwankend. Es waren heimische und im Besonderen ausländische Investitionen nötig, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dieser Sachverhalt bekräftigte die Machthaber, die Wirtschaft in ihren Grundfesten zu liberalisieren bzw. für Unternehmer aus aller Welt zu öffnen.

Im Verlauf der nächsten Jahre wurde Tunesien allerdings für ausländische Unternehmen immer weniger attraktiv. Die angestrebte Aufstockung von Arbeitsplätzen konnte nicht vorangetrieben werden, wodurch die Arbeitslosigkeit Mitte der 90er Jahre bei 15-25%, bei der jungen Bevölkerung sogar doppelt so hoch lag. Der letzte Ausweg war daher die Wiedereingliederung Tunesiens in den Weltmarkt, der Aufbau einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatengemeinschaft und den Mittelmeerländern und letztlich der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995. Zusammenfassend lässt sich demnach feststellen, dass es bis zu diesem Zeitpunkt grundlegende sowie essentielle politische und wirtschaftliche Veränderungen gab. Man entwickelte sich von einer

geschlossenen und statischen Wirtschaft hin zu einer offenen Marktwirtschaft (vgl. Erdle 2010: 111ff).

1.1.2.3. Ausweitung der Macht und internationale Interessensverbände 1996-2009/2010

Für diesen Zeitraum, der in etwa bis zum Beginn des Umbruchs bzw. bis kurz davor andauerte, hatte sich das Regime unter Ben Ali zwei konkrete Ziele gesteckt. Auf der einen Seite entschloss man sich dazu, eine politisch nachhaltige „Formel“ zu entwickeln, die es erlauben sollte, die aufkommenden (neu entstandenen) sozialen Kräfte in das bestehende soziale Setting zu integrieren, ohne dabei jedoch die allgemeinen Parameter zu gefährden bzw. das politische System grundlegend verändern zu müssen. Auf der anderen Seite stand die Bildung bzw. Einführung brauchbarer bzw. rentabler Regeln im Fokus, um das so sehr notwendige ökonomische Wachstum zu sichern bzw. zu gewährleisten, ohne dabei allerdings die bereits im großen Stil betriebene Vetternwirtschaft zu zerstören (vgl. Erdle 2010: 119).

1997 wandte sich Präsident Ben Ali mit einer Rede voller Versprechungen vor allem an die Opposition. Dabei ging es beispielsweise um mehr Mitspracherechte.

Viele dieser Vorhaben, wie beispielsweise die Aufhebung der Zensur oder die Partizipationsmöglichkeiten im politischen Geschehen wurden – wie man spätestens am 17. Dezember 2010 aus den Medien vernehmen konnte – nie wirklich in die Tat umgesetzt. Ben Ali wurde im Grunde von zwei Seiten unterstützt: Zum einen hatte er die Sicherheitskräfte, also die Polizei und den Geheimdienst, und zum anderen seinen mächtigen Staatsapparat in Tunis hinter sich. Eine ganz wesentliche Rolle dabei spielten die persönlichen Berater. Ende der 1990er Jahre bzw. zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde das Regime verjüngt. Der „letzte Rest“ der Bourguiba-Elite wurde durch junge Technokraten¹⁴ ersetzt. Ziel des Regimes war es nicht, das politische

¹⁴ Die Technokratie kann als jene Regierungsform verstanden werden, die auf wissenschaftlichem und technischem Wissen beruht. Ihre Mitglieder sind vorwiegend

System zu verändern, sondern zu stabilisieren. So gab es mit der Zeit Unstimmigkeiten zwischen Liberalen und Hardlinern. Es kam ebenfalls zu ersten spürbaren Unmutsäußerungen innerhalb der Landesbevölkerung, die immer weniger dazu bereit war, die Herrschaft in dieser Form zu dulden. Mit den ersten Protesten gegen den Autoritarismus entstanden auch einige Organisationen innerhalb der Zivilgesellschaft sowie vier weitere Oppositionsparteien, die eine Plattform für eine „Demokratische Allianz“ bildeten (vgl. Erdle 2010: 121f).

Im Zuge der Präsidentschaftswahlen 1999 durften nun auch andere Leute kandidieren, wobei es für eine solche Kandidatur drei wesentliche Bedingungen gab. Der jeweilige Kandidat durfte nicht über 70 Jahre alt sein; die Partei, der er sich zugehörig fühlt, musste in der Nationalversammlung vertreten sein und der Kandidat musste ihr Vorsitzender sein. Schließlich erfüllten gerade einmal zwei Personen diese Modalitäten, die allerdings schon im Vorhinein mehr als chancenlos waren. Auch das Ergebnis spiegelte diesen Sachverhalt deutlich wider, da Ben Ali mit 99,45% (!) wiedergewählt wurde. Daher wurde die Amtszeit verlängert (es gab somit wieder die Präsidentschaft auf Lebenszeit sowie lebenslange Immunität) und das Antrittsalter auf über 70 Jahre angehoben (vgl. Erdle 2010: 120).

An oberster Stelle seiner nächsten Amtszeit standen für Ben Ali die Errichtung neuer Jobs, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Förderung von Investitionen, die Verbesserung der Infrastruktur, die Liberalisierung für mehr politische Partizipation, die Verbesserung der Pressefreiheit und Menschenrechte sowie die Modernisierung des Bildungs- bzw. Ausbildungssektors (vgl. Erdle 2010: 120f).

Nach der Wiederwahl Ben Alis bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 gab es kaum noch politische Reformen, der Nepotismus wiederum geriet aber nie wirklich in Gefahr. Der ökonomische Liberalisierungsprozess wurde fortgesetzt, sämtliche Unternehmen wurden privatisiert und von ausländischen Firmen und Investoren übernommen. Massive Änderungen

Wissenschaftler, Akademiker oder Ingenieure, die Politiker und Geschäftsleute ersetzen (vgl. Berndt 1982).

gab es prinzipiell nur in Form von internationaler Zusammenarbeit. Da zahlreiche einheimische Unternehmen dem freien Wettbewerb nicht mehr gewachsen waren, wurden Kooperationen auf wirtschaftlicher Basis mit beispielsweise den Vereinigten Staaten, Nordeuropa und sogar mit einigen Ländern aus dem ostasiatischen Raum geschlossen. Im Verlauf des 20. sowie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sollte sich also schon ziemlich genau abzeichnen, warum es schließlich im Dezember 2010 zur „Tunesischen Revolution“ bzw. zum Arabischen Frühling gekommen ist. Nicht nur die gravierenden politischen Entwicklungen und Veränderungen während der Ära Bourguibas und des Autokraten Ben Ali, sondern auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstände trugen zum Beginn der Auflehnung gegen das despotische Regime bei (vgl. Erdle 2010: 123ff).

Durch die Anschläge vom 11. September 2001, die Angriffe gegen Touristen auf der Insel Djerba 2007 und den im Aufstieg befindlichen Terrorismus wurde die tunesische Wirtschaft, und hier insbesondere der Tourismus als ihr Aushängeschild, entscheidend geschwächt. Dies genügte dem System Ben Ali als Vorwand, die Macht des Präsidenten auszuweiten, um einmal mehr für Stabilität im Land zu sorgen (vgl. Erdle 2010: 123).

Die Regierung gab seiner Frau Leila im Sommer 2007 ein Grundstück, auf dem sie eine internationale Schule hätte bauen lassen sollen. Es wurden ihr 1,8 Millionen Dinar (1,5 Millionen Dollar) zur Verfügung gestellt. Sie verkaufte es aber letztendlich an belgische Investoren und behielt die Summe der Baukosten (vgl. Lüders 2011: 43-45). Nachdem die Revolution in Tunesien ausgebrochen war, sorgte sich seine Ehefrau um ihr Vermögen und überwies 400 Millionen Euro nach Dubai und organisierte nebenbei auch noch den Transport des Goldes der Zentralbank zum Flughafen. Da der Präsident schon längere Zeit an Krebs erkrankt war, vermutete man, dass Leila nach dem Tod ihres Mannes das Amt übernehmen wollte, um es später ihrer Tochter zu überlassen (vgl. Lüders 2011: 47f).

1.2. Die tunesische Revolution

Zunächst hatte Ben Ali Bourguibas Reformen, vor allem die im Bereich der Bildung, beibehalten. Die Schulbücher wurden im Geist der Aufklärung und

einer kritischen Öffnung überarbeitet und neu gestaltet. Ben Alis Land wurde dennoch von willkürlichen Verhaftungen, Folter in den lokalen Polizeistationen und grausamen Haftbedingungen überschattet. Das Regime von Ben Ali war mit einer kolonialen Besatzung vergleichbar, denn es war illegitim und gewaltsam. Er strukturierte sein Land so, wie er es brauchte, letztendlich so, dass das Land gewissermaßen seinen Privatbesitz darstellte. Man wusste in der ganzen Welt, dass es im Land Folter gab und Oppositionelle verschwanden. Er verbreitete im Land, dass er die islamistische Gefahr bekämpfen wollte, und übte auf diktatorische Weise Angst und Schrecken aus (vgl. Ben Jelloun 2011: 27-34).

Erstaunlich ist es, dass Tunesien der erste Staat war, in dem die Revolution ihren Anfang nahm, wenn man bedenkt, dass die Wirtschaft und das Bildungssystem hier besser funktionierten als in den meisten anderen arabischen Staaten. Nichtsdestotrotz begann in Tunesien der Arabische Frühling.

Die Unruhen im Land sowie in weiterer Folge alle Proteste und Demonstrationen, die Woche für Woche im Fernsehen, im Internet, im Radio und in den Zeitungen veröffentlicht wurden, fanden mit der Selbstverbrennung des 26-jährigen fahrenden Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi aus Sidi Bouzid in Zentraltunesien ihren Anfang, der sich am 17. Dezember 2010 auf offener Straße mit Benzin übergossen und angezündet hatte. Am 4. Jänner 2011 erlag er schließlich seinen schweren Verletzungen. Mit seinem Selbstmord protestierte er gegen die Konfiszierung seines Standes und wollte auf die Arbeitslosigkeit und Aussichtslosigkeit zahlreicher, hauptsächlich junger Menschen im Land aufmerksam machen.

So ging es auch Mohamed Bouazizi selbst. Er konnte keine adäquate Arbeit finden. Er versuchte deshalb das Land zu verlassen, doch man hielt ihn an den Grenzen auf und verfrachtete ihn zur Strafe für zwei Wochen ins Gefängnis. Da er kein Geld besaß, um sich einen Laden einzurichten, fuhr er jeden Tag auf den Straßen mit seinem mobilen Marktstand herum, um Früchte und Gemüse zu verkaufen. Die Polizisten bedrängten ihn, weil er keine Genehmigung hatte. Durch die Konfiszierung seiner Waren, seiner Arbeitsgeräte, mehrerer

Geldstrafen – wovon eine drei seiner Monatseinnahmen betrug – und den Polizisten, der ihn bespuckt, und die Polizistin, die ihn geohrfeigt hat, fühlte er sich von seinem eigenen Land schikaniert, gedemütigt und verletzt und suchte später bei der Gemeinde und anschließend beim Gouverneur um Hilfe, die ihn jedoch alle abwiesen (vgl. El-Gawhary 2011: 31; vgl. Kraushaar 2011: 17,23; vgl. Ben Jelloun 2011: 37f).

Durch den Cousin von Mohamed Bouazizi, der die Selbstverbrennung mittels seiner Handykamera aufnahm, die dann von der Bloggerin Lina auf Facebook gepostet wurde, schaltete sich Al Jazeera ein und berichtete über das Geschehen mit Hilfe von Videos, die tunesische Aktivisten auf Facebook oder in anderen Blogs veröffentlichten (vgl. Abdel-Samad 2011: 88).

Einige Tage nach der Selbstverbrennung und kurz vor Bouazizis Tod demonstrierten die Einwohner von Sidi Bouzid. Die Tunesier hatten sich bisher daran gewöhnt, die Rolle des Opfers anzunehmen und sich gegenüber dem Regime passiv zu verhalten. Nun erwachten sie aus ihrer Passivität und beschlossen gegen das eigene repressive Regime anzukämpfen. Das tunesische Volk verlangte nach Freiheit und Demokratie. Sie kämpften gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Armut, Korruption sowie die hohen Lebensmittelpreise. In Tunesien begann die Armee, die Kontrolle zu übernehmen (vgl. El-Gawhary 2011: 32-49).

Am 28. Dezember 2010 besuchte Ben Ali das Krankenbett Mohamed Bouazizis. Danach hielt er im Fernsehen eine Rede, in der er von einer „Minderheit, von Extremisten und Unruhestiftern im Solde des Auslands“ sprach. Die Leute waren über diese Auslegung entsetzt und gingen weiter auf die Straßen, um zu demonstrieren. Auch tausende Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Postangestellte protestierten mit. In einer erneuten Rede am 10. Jänner 2011 versprach Ben Ali 300 000 neue Arbeitsplätze innerhalb der nächsten zwei Jahre zu schaffen. Aber auch das berührte die Leute nicht. Somit entließ er zwei Tage später seinen Innenminister Rafik Haj Kacem und ersetzte ihn durch einen Liberalen namens Ahmed Friaâ. Er kündigte zusätzlich gleich die Bildung zweier Kommissionen an: Eine sollte polizeiliche Übergriffe untersuchen und die andere das Geflecht der Korruption. Er

entließ anschließend seinen Armeechef General Rachid Ammar, der sich zuvor geweigert hatte, auf Demonstranten zu schießen. Er verhängte eine Ausgangsperre ab 20 Uhr, was zu Plünderungen und Brandschatzung von Lokalen und Geschäften führte, die durch Anhänger des Regimes betrieben wurden. Am Donnerstag, dem 13. Jänner, versprach er in seiner dritten Rede eine Senkung der staatlich festgesetzten Lebensmittelpreise, was bis zu dem Zeitpunkt aber keine Forderung der Demonstranten war, und kündigte auch vollkommene Pressefreiheit sowie einen Internetzugang an. Er erklärte dem Volk weiters, dass er dem Innenminister bereits gesagt hätte, nicht weiter mit scharfer Munition schießen zu lassen, und als Letztes kündigte er an, nach Ablauf seines Mandats 2014 nicht mehr als Präsident zu kandidieren.

Wie bereits oben angeführt, erlag Mohamed Bouazizi seinen schweren Verletzungen am 4. Jänner 2011. Eine Woche später griffen die Proteste auf Tunis über. Ben Ali versprach weitere Zugeständnisse schon in den nächsten Tagen. Er garantierte die Einrichtung einer Kommission, um etwaigen Korruptionsfällen auf den Grund zu gehen. Am 14. Jänner 2011 gab Ben Ali schließlich sein Amt auf und verschwand nach Saudi-Arabien, wo er im Exil lebt. Sein Vermögen liegt unter anderem bei europäischen Banken. Als geschäftsführendes Staatsoberhaupt sollte der Parlamentspräsident Fouad Mebazaâ¹⁵ während der Übergangszeit amtieren (vgl. Kraushaar 2012: 24; vgl. Ben Jelloun 2011: 18,42).

Am selben Tag übernahm der Premierminister Mohamed Ghannouchi vorübergehend das Präsidentenamt. Es folgten Plünderungen der Villen und der Supermärkte des Präsidentenclans sowie Brandstiftungen des Bahnhofs in der Hauptstadt und von zwei Krankenhäusern. Am 15. Jänner 2011 wurde der Präsident der Abgeordnetenkommission des Parlaments Interimspräsident, und Ghannouchi kehrte zu seinem Amt als Ministerpräsident zurück. Ghannouchi gab später auch sein Kabinett bekannt: Einige Minister wurden übernommen, andere gehörten der verhassten Staatspartei RCD an. In der Übergangsregierung saßen zu viele Köpfe des alten Regimes, worauf die

¹⁵ Fouad Mebazaâ war vom 15. Jänner 2011 bis zum 12. Dezember 2011 der vierte Staatspräsident von Tunesien.

Menschen nun gegen die neue Übergangsregierung demonstrierten (vgl. El-Gawhary 2011: 38, 50).

Ghannouchi gab des Weiteren die Gründung dreier Kommissionen bekannt, die Ende Jänner ihre Arbeit begannen. Die erste Kommission regelte die politischen Reformen wie den Übergang bis zu den Wahlen und deren Durchführung, die zweite die Untersuchungen der Korruption und der Veruntreuung von Staatsgeldern, und eine dritte die Ermittlung der Verantwortlichen während der Revolten. Außerdem verkündete er die Freilassung aller politischen Gefangenen, und die Menschenrechtsorganisationen durften ab jetzt wieder frei arbeiten. Am 18. Jänner beschlossen drei UGTT-Mitglieder aufgrund des Drucks der Gewerkschaftsbasis und durch die Nicht-Neubesetzung einiger Ministerien aus der Regierung wieder auszutreten. Ihnen folgten der Präsident Fouad Mebazaâ und der Premierminister sowie einige RCD-Minister, die auch keiner RCD-Partei mehr angehören wollten. Gerüchte verbreiteten sich, dass Ben Ali Ghannouchi anrief, um ihm zu sagen, dass er wieder zurückkehren würde, was aber unmöglich wurde, da eine Woche später ein Haftbefehl der tunesischen Justiz gegen ihn vorlag. Die Armee hatte auf jeden Fall zum Durchbruch der Revolution beigetragen und sich zum richtigen Zeitpunkt dem Regime verweigert und dem Schießbefehl widersetzt (vgl. Nordhausen 2011: 22-24).

Am 31. Jänner stürmten dann tausende Polizisten und bewaffnete Parteianhänger – womöglich, um belastende Dokumente zu vernichten oder aber auch nur, um sich als Machtfaktor ins Bewusstsein zu bringen oder den neuen Innenminister Farhat Raji zu putschen – das Innenministerium. Im Februar wechselte der Ministerpräsident 24 Gouverneure des Landes aus, verbot der RCD sämtliche Aktivitäten und ließ ihre Parteibüros schließen. Soldaten übernahmen ab diesem Zeitpunkt polizeiliche Funktionen und regelten beispielsweise die Bewachung von Gebäuden, den Verkehr und kontrollierten Autos. Ghannouchi bildete eine neue Übergangsregierung. Die Opposition aus Islamisten, Kommunisten, der UGTT und FDTL sowie der Anwaltskammer bildete einen Rat zum Schutz der Revolution, der

beanspruchte, an der Gesetzgebung beteiligt zu werden. Daraufhin demonstrierten wieder Demonstranten auf dem Kasbah-Platz in der Altstadt von Tunis. Sie forderten den Rücktritt des alten und zugleich neuen Ministerpräsidenten Ghannouchi sowie der gesamten provisorischen Regierung, eine Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung, die Auflösung der RCD, eine Außerkraftsetzung der Verfassung und die Auflösung des Parlaments sowie der drei Kommissionen. Nach wiederholten zahlreichen Plünderungen, Demonstrationen und Toten trat am Sonntag, dem 27. Februar 2011, der Ministerpräsident zurück. Nachfolger wurde der ehemalige 84-jährige Innen- bzw. Außenminister des damaligen tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba und zeitweilige Parlamentspräsident unter Ben Ali. Obwohl noch weitere Minister des Kabinetts und der Oppositionsparteien zurücktraten, blieben die Demonstranten hart bei ihren Forderungen. Am 3. März 2011 gaben Mebazaâ und Béji Caïd Essebsi¹⁶ bekannt, dass sie ihre Ämter ablegen würden, wenn die verfassungsgebende Versammlung, die am 14. Juli 2011 gewählt würde, ihre Arbeit begonnen hätte. Er kündigte weiters die Suspendierung der aktuellen Verfassung an, was die Auflösung der beiden Kammern im Parlament bedeutete, und dass er und der Präsident nach dem 14. Juli 2011 sich aus der Politik zurückziehen würden. Die Kasbah, die Gruppe der Demonstranten auf dem Kasbah-Platz war somit zufrieden, und ein Gericht verfügte am 9. März 2011 die Auflösung der RCD. Überdies wurde die „politische Polizei“, eine Geheimpolizei, aufgelöst (vgl. Nordhausen 2011: 26-31).

Ende Oktober 2011 erfolgten die ersten freien Wahlen in Tunesien. Trotz des korrekten Ablaufes, der von internationalen Beobachtern kontrolliert wurde, gingen nur etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten wählen. Die islamische „Ennahda“ wurde mit 41% der Stimmen gewählt und als Wahlsieger ernannt. Der linksliberale „Kongress für die Republik“ (CPR) erhielt 14%, die sozialdemokratische „Ettakatol“ 10%, die erst im März 2011 gegründete „Petition des Volkes“ 9%, die liberale „Partei progressiver

¹⁶ Béji Caïd Essebsi war zwischen dem 27. Februar und dem 24. Dezember 2011 Premierminister Tunesiens.

Demokraten“ (PDP) 8% und der „Modernistische demokratische Block“ (PDM) 2% (vgl. Horst 2012: 29).

Die Ennahda wurde 1981 als „Bewegung der islamischen Tendenz“ von Rachid Ghannouchi gegründet. Dieser ist kein Verwandter des oben genannten Mohamed Ghannouchi. Damals ließ Bourguiba die Partei nicht zu, sondern Ghannouchi wurde von ihm ins Gefängnis geworfen, kam 1984 wieder frei und wurde drei Jahre später erneut inhaftiert und zum Tod verurteilt. Während sich Ben Ali damals an die Macht putschte und mehrere inhaftierte Islamisten frei ließ, erzielte Ghannouchi mit seinen Mitgliedern 1989 bei den Wahlen große Erfolge. Daraufhin schickte Ben Ali zahlreiche Anhänger Ghannouchis ins Gefängnis, und Ghannouchi floh ins Exil nach London. Er kam Ende Juli 2011 – zwei Wochen nach Ben Alis Rücktritt – wieder zurück und wurde von der Bevölkerung gefeiert (vgl. Horst 2012: 29f).

Nach der Wahl einigten sich die Ennahda, der CPR und die Ettakatol auf eine Koalition. Die verfassunggebende Versammlung wählte am 12. Dezember 2011 Moncef Marzouki¹⁷, Chef des CPR, zum neuen Staatspräsidenten von Tunesien. Am 24. Dezember ernannte Marzouki den Generalsekretär der Ennahda, Hamadi Jebali, zum neuen Ministerpräsidenten (vgl. Horst 2012: 30).

In der verfassunggebenden Versammlung kündigten sich zwei Konflikte an: Die Ennahda bevorzugte eine parlamentarische Republik mit nur einer Parlamentskammer, und der CPR zog lieber eine semipräsidentiale Republik vor, deren Parlament ein Gegengewicht zu dem vom Volk gewählten Präsidenten bilden sollte (vgl. Horst 2012: 31).

Die Tunesier befassen sich bis zum heutigen Tage noch immer mit dem Verhältnis zwischen Staat und Religion. Tunesien ist in zwei Lager gespalten: Laizisten und Fundamentalisten. Die Disparitäten zwischen Norden und Süden müssen abgelegt und den Jugendlichen eine berufliche Zukunft ermöglicht werden – nur dann gibt es eine Möglichkeit, das Land zu stabilisieren. Sollte dies nicht der Fall sein, so besteht die Gefahr, dass entweder die religiöse

¹⁷ Moncef Marzouki ist 1945 geboren und bereits 1980 der Tunesischen Liga für Menschenrechte beigetreten (vgl. Horst 2012: 30).

oder die laizistische Seite die Oberhand gewinnt und eine Konterrevolution beginnt (vgl. Horst 2012: 31).

Besser als in allen anderen arabischen Staaten stehen in Tunesien die Chancen für eine Demokratisierung, dass aus einem revolutionären Prozess ein demokratischer Rechtsstaat entsteht: Zum einen hat Tunesien eine gut ausgebildete Mittelschicht. Die Frauen besitzen seit der Unabhängigkeit des Landes von 1956 fast die gleichen Rechte wie die Männer. Tunesien hat auch eine funktionierende Verwaltung und lebt eine Kultur des Konsenses (im Gegensatz zu Libyen). Im Vergleich zu Syrien ist Tunesien ein Land, das ethnisch und religiös weitgehend homogen ist. Anders als in Ägypten hat Tunesiens Armee keine politischen Ambitionen und keine wirtschaftliche Macht. Das Land ist in geostrategischer Hinsicht unbedeutend verglichen mit Ägypten und Syrien (vgl. Horst 2012: 29).

Zu den wichtigsten Maßnahmen der tunesischen Revolution gehören die Auflösung und die Abschaffung von Staatssicherheit und politischer Polizei im März 2011. Die Regierungspartei RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique) Ben Alis wurde aufgelöst und ihr Vermögen sichergestellt, die Konten der Familie im In- und Ausland so weit wie möglich still gelegt sowie die Verwandten aus den Führungspositionen eliminiert (vgl. Lüders 2011: 90).

2. Ägypten

Hauptstadt:	Kairo
Staatsoberhaupt:	Militärrat
Politisches System:	Präsidialrepublik
Bevölkerung:	85 Mio. (rund 10% koptische Christen)
UNO-Entwicklungsindex:	Rang 101
BIP pro Kopf:	5673 US-Dollar

Tabelle 5: Ägypten (Großbongardt 2011: 283f)

Ägypten ist das größte Land von Arabien. Der Westen hat es vorgezogen, das Regime von Ägypten jahrzehntelang zu unterstützen und es nicht zu kritisieren, da Ägypten strategisch wichtig ist (vgl. El-Gawhary 2011: 28).

2.1. Historischer Rückblick

2.1.1. Das Regime Ali Muhammad Nagibs (1953-1954)

Ali Muhammad Nagib wurde am 20. Februar 1901 in Khartum (Sudan) geboren. Nagib besuchte die Militäarakademie in Kairo. Er wurde 1950 General und war am Palästina-Krieg gegen Israel beteiligt. Durch einen Militärputsch mit Gamal Abdel Nasser und den Freien Offizieren stürzte er am 23. Juli 1952 König Faruk. Er wurde am 9. September 1952 Ministerpräsident. Er leitete in Ägypten eine Bodenreform ein und setzte ein Verbot der Parteien durch.

Nach Ausrufung der Republik am 18. Juni 1953 wurde Nagib erster Staatspräsident von Ägypten. Am 24. Februar 1954 wurde Nagib von Nasser zum Rücktritt gezwungen, als er gegen dessen Willen zu einem parlamentarischen Regierungssystem zurückkehren wollte. Nagib musste am 14. November 1954 endgültig seinen Rücktritt erklären und wurde von Gamal Abdel Nasser ersetzt und unter Hausarrest gestellt. Erst 1971, nach dem Tode Nassers, wurde der Hausarrest durch Staatspräsident Anwar as-Sadat aufgehoben und Nagib vollständig rehabilitiert. Ali Muhammad Nagib starb am 28. August 1984 in Kairo (vgl. Lexikon.wissen.de).

2.1.2. Das Regime Gamal Abdel Nassers (1954-1970)

Im Jänner 1918 wurde Gamal Abdel Nasser als Sohn eines Briefträgers in Alexandria geboren. Er stammte aus einfachen Verhältnissen und lebte dort mit seinen Verwandten ohne fließendes Wasser und ohne Strom. Dadurch wurde ihm die Armut der Menschen in Ägypten bewusst gemacht. Die Familie zog eines Tages nach Kairo, wohin Nassers Vater beruflich versetzt worden war. Mit 19 Jahren besuchte er eine Militäarakademie. Im Juli 1938 beendete er diese und wurde Offizier im Infanterie-Regiment. Im arabisch-israelischen Krieg 1948 wurde er verwundet. Durch den damaligen König Faruk I. erlebte Nasser das korrupte Regime und gründete später eine konspirative Organisation, die die „Freien Offiziere“ genannt wurden und sammelte ägyptische Patrioten. Sie besetzten die Schaltstellen in der Hauptstadt, z.B. den Rundfunk. Der König wurde gestürzt und ins Exil nach Neapel verfrachtet.

Nach eineinhalb Jahren Tätigkeit als General übernahm Nasser die Figur des Revolutionsrates und wurde 1954 Premierminister. Er nahm sich vor, das aufzuholen, was in den letzten fünf Jahrhunderten versäumt worden war. Bis zu dem Zeitpunkt litt das Land sehr, und die Folge waren Massenarmut und Analphabetismus. Er unternahm daraufhin grundlegende Schritte und ließ Gutsbesitzerland an Bauern verteilen, setzte Mindestlöhne fest, führte die Schulpflicht ein, ließ Krankenhäuser bauen und brachte Ärzte auch aufs Land. Das alles führte er mit einer autoritären Herrschaft aus. Er verbot alle Parteien, ließ Rundfunk und Presse zensieren und setzte auf eine Geheimpolizei. Während Präsident Ali Muhammad Nagib für eine Rückkehr der Armee in die Kaserne plädierte, galt Nassers Wunsch einer Fortsetzung der Militärherrschaft und einem gesellschaftlichen Umbau. Nasser war von 1954 bis 1958 und von 1967 bis 1970 Ministerpräsident sowie von 1954 bis 1970 Staatspräsident Ägyptens. Am 26. Juli 1956 verstaatlichte Nasser den Suezkanal, der zum Großteil französischen und britischen Aktionären gehörte. Daraufhin wurde er für die Bevölkerung zum Nationalhelden. Über Nacht wurde er der unbestrittene Befreier nicht nur von Ägypten, sondern der arabischen Welt. Außerdem war er in den Jahren von 1958 bis 1961 Präsident der VAR (Vereinigte Arabische Republik) von Ägypten und Syrien. Nasser propagierte als Präsident von Ägypten den Panarabismus und galt bis zur Erschaffung des Polizeistaates, den er schuf, als Idol. Seine Staatspartei hieß „Arabische Sozialistische Union“ (vgl. Großbongardt 2011: 163-165).

Zudem war er der erste arabische Revolutionär der Neuzeit. Er wollte wie viele andere ein neues Arabien erschaffen. Er war kein antiwestlicher Politiker, doch in den USA und in Europa wurde er als solch einer gesehen. Er entschied sich, einen Staudamm südlich der Stadt Assuan zu bauen, um Ägypten wirtschaftlich zu entwickeln. Er sah den jüdischen Staat als ein Implantat des Imperialismus mit dem Ziel, die arabische Einheit zu verhindern, an. Er war für die USA ab dem Zeitpunkt ein Kommunist, als er die Volksrepublik China 1955 anerkannte. Aus diesem Grund forderte Washington die Weltbank auf, Ägypten keine Kredite für den Bau des Assuan-Staudamms zu genehmigen. Er bekam von den USA keine Waffen, und so bat

er Moskau darum und erhielt sowohl Kredite als auch Waffen (vgl. Lüders 2011: 29).

Britische, französische und israelische Truppen fielen daraufhin im Oktober in Ägypten ein, um sich die Kontrolle über den Kanal zurückzuholen, doch Nasser gab zu verstehen, dass er nicht kapitulieren werde. Im Endeffekt mussten die Truppen aufgrund des Drucks der Vereinigten Staaten und der UNO wieder abziehen (vgl. Großbongardt 2011: 166).

Am 29. Oktober 1956 begann der Suezkrieg und nahm mit der militärischen Niederlage Ägyptens ein Ende. Ein politischer Sieg wurde die Auseinandersetzung für Nasser trotzdem, weil sich die damalige UdSSR und die USA für einen Waffenstillstand und für eine Verurteilung des alliierten Angriffs durch die UN-Vollversammlung einsetzten. Nasser verstaatlichte eine Mehrheit von ägyptischen Unternehmen wie Versicherungen, Banken und den Großhandel zu Beginn der 1960er Jahre. Die Posten des Managements übernahmen Militärs mit hohem Rang, die aber kein Wissen darüber hatten. Er versprach den Leuten ein „neues soziales System und eine neue Kultur“. Im Sechstagekrieg 1967 wurde die Mehrheit der ägyptischen Luftwaffe von israelischen Bombern vernichtet. Ägypten stand nach dem Sechstagekrieg ökonomisch schlecht dar (vgl. Lüders 2011: 30-33).

Nach der Niederlage nahm Nasser die Schuld auf sich und kündigte seinen Rücktritt an. Die Menschen nahmen dies aber nicht zur Kenntnis und kämpften für den Verbleib von Nasser als Präsidenten, was ihn dazu veranlasste weiter zu regieren. Als Folge eines Herzinfarkts starb er am 28. September 1970 in seinem Haus in Kairo. Als er starb, war er verschuldet und hatte seine Position nicht ausgenutzt, um seine Familie oder sich zu bereichern (vgl. Großbongardt 2011: 167-169).

Bis heute ist Gamal Abdel Nasser für die Verstaatlichung des Suezkanals, seine Agrarreform und für seine sozialistische Politik, die eine Vielzahl von Ägyptern aus der Armut holte, bekannt. Er verbrachte sein Leben damit, den arabischen Nationalismus und das Recht der Menschen, frei zu sein, zu verteidigen.

2.1.3. Das Regime Anwar as-Sadats (1970-1981)

Als Nasser starb, wurde Anwar as-Sadat ägyptischer Präsident. Er musterte alle Nasseristen aus den Führungspositionen aus und schaute, dass keine rebellischen Machtzentren gebildet wurden. In sieben Jahren bildete er elf Regierungen mit insgesamt 127 Ministern. Er stellte eine Basis für eine präsidentiale Monarchie her. Davon profitierte sein Vize Husni Mubarak. Die beiden festigten ihre engen Geschäftsbeziehungen durch Eheschließungen. Während unter Nasser noch eine Art Sozialpolitik bestand, war es bei Sadat der Neoliberalismus. Der Staat war gesellschaftlich und sozial kaum noch vertreten. Sadats Legitimation wurde durch den Oktoberkrieg 1973 geschaffen. Er beabsichtigte eine Auseinandersetzung mit Israel, um Friedensverhandlungen aufzunehmen und die Niederlage von 1967 zu vergessen. Ägypten gewann an Gelände auf dem Sinai. Danach wurden die Ägypter aber von den Israelis zurückgedrängt. Der Krieg endete mit einem Waffenstillstand unter Vermittlung der Vereinten Nationen, was ein Remis bedeutete; dies wurde aber in Ägypten als Sieg über das Land Israel dargestellt.

Die Regierung in Kairo verabschiedete im Jahr 1974 das „Gesetz Nummer 43“¹⁸, die als Öffnungspolitik genannte neoliberale Wende wurde besiegelt. Der erwünschte Wirtschaftsboom und die Erschaffung tausender Arbeitsplätze blieben aber aus. Staatsverschuldung und Inflation vermehrten sich. Da die Lebensmittelimporte sowie die Aufkündigung und die Rückabwicklung der unter Nasser betriebenen Bodenreform ruiniert wurden, flohen die Leute vom Land in die Städte. Nachdem 1979 der Friedensvertrag mit Israel unterschrieben wurde, sah man Sadat im Westen als epochalen Staatsmann an. Er kam mit Ägypten dem Westen immer näher. Sadat reprivatisierte enteignete Betriebe und öffnete sein Land für ausländische Investoren, womit er sich der USA zuwandte.

Aus dem Westen erfolgten zahlreiche Investitionen und Zahlungen. Die USA überwiesen pro Jahr zwei Milliarden Dollar an Militär- und Finanzhilfen. Diese Einnahmequelle der USA war für Ägypten äußerst wichtig. Die Armee zog

¹⁸ Das Gesetz Nummer 43 ist das wichtigste Investitionsgesetz.

sich aus der Politik zurück und erwuchs im Gegenzug zur Wirtschaftsmacht, verstärkt nach dem Friedensschluss (vgl. Lüders 2011: 33-35).

Sie gründete eine eigene Gesellschaft, „die Holdinggesellschaft“, sprich eine Organisation für die arabische Industrialisierung. Die Armee mit ca. 250 000 bis 500 000 Mann ist die größte der arabischen Welt. Der Präsident legte immer das jeweilige Budget fest. Man sagt, dass die Armee bis heute ein Staat im Staat ist und keine Steuern zahlen muss. Die Armee und ihre Angehörigen werden stets gut versorgt. Sie haben ihre eigenen Kaufhäuser, Krankenhäuser, Hotelanlagen und eine All Inclusive Krankenversicherung mit Rente. Die ägyptische Armee ist nicht auf das Wohl anderer aus, sondern kümmert sich nur um die eigenen Privilegien (vgl. Lüders 2011: 81f).

Sadat gründete die Nationaldemokratische Partei (NDP), die von 1979 bis 2010 alle Wahlen gewann, wenn auch mit Wahlfälschung. Sollten Gouverneure und Bürgermeister Zweifel äußern oder Kritik üben, so wurden sie aus dem Amt vertrieben. Da Sadat Angst vor einer sozialistischen und nasseristischen Opposition an den Universitäten und in den Berufsverbänden hatte, schwächte er diese, indem er Polizei und Geheimdienste mit Gewalt gegen die Linken einsetzte. Die Tätigkeiten der Muslimbrüder und anderer islamistischer Bewegungen wurden hingegen ertragen und ihnen teils Hilfestellungen angeboten (vgl. Lüders 2011: 36).

Der neue Präsident Anwar as-Sadat teilte den Leuten mit, dass er Nassers Werk fortsetzen würde, was aber letztendlich anders erfolgte. Er wollte durch die Hilfe der USA Frieden mit Israel schließen. Doch das bedeutete einen Bruch zum Nasserismus.¹⁹ Er arrangierte eine Säuberung der linken Nasseristen. Seine Gegner bekamen lange Haftstrafen. Zwei Jahre nach der Übernahme der Präsidentschaft warf er etwa 15000 sowjetische Militärberater aus dem Land. Sadat bemühte sich in Kooperation mit US-Außenminister Henry Kissinger darum, den jüdischen Staat für eine Friedensregelung zu gewinnen. Er reiste im November 1977 als erster arabischer Staatschef nach Israel und hielt dort vor dem Parlament eine historische Rede, in der er von einer „heiligen Friedenskommission“ sprach, die Israel schützen sollte. Im

¹⁹ Der Nasserismus wurde in der gesamten arabischen Welt zu einer Massenideologie.

September 1978 fuhr er durch Vermittlung von US-Präsident Jimmy Carter nach Camp David im US-Bundesstaat Maryland, um Frieden mit Israel zu schließen. Die israelische Armee musste von der Sinai-Halbinsel abziehen. Sadat und Begin (Israels Ministerpräsident und Außenminister) bekamen dafür den Friedensnobelpreis verliehen. Ägypten isolierte sich von der arabischen Welt, und Sadat stand in der Bevölkerung als Verräter da. Bei einer Militärparade in Kairo wurde Sadat am 6. Oktober 1981 von islamistischen Offizieren erschossen (vgl. Großbongardt 2011: 169-170). Der Täter war ein Leutnant und gehörte dem Islamischen Dschihad an. Letztendlich kann man Sadats Politik so erklären, dass er die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht hat (vgl. Lüders 2011: 36).

2.1.4. Das Regime Muhammed Husni Mubaraks (1981–2011)

Mubarak lebte in einer Mittelschichtfamilie in der nördlich von Kairo gelegenen grünen Nildeltaprovinz Menoufia. Er besuchte die nationale Militärakademie und kam zur Luftwaffe. Nachdem Ägypten 1967 eine Niederlage gegen Israel erlitt, wurde er zwei Jahre später in das Kommando der Luftwaffe berufen und 1972 zum Luftwaffenchef und Vizekriegsminister erkoren. Nach drei Jahren wurde er vom damaligen Präsidenten Anwar as-Sadat zum Vizepräsidenten ernannt. Am 6. Oktober 1981 wurde Sadat bei einer Militärparade in Kairo von einem Armeeeoffizier, der einer Gruppe militanter Islamisten angehörte, auf der Tribüne erschossen. Acht Tage danach ernannte man Mubarak zum neuen Präsidenten, und er übernahm somit das Staatszepter (vgl. El-Gawhary 2011: 150).

Mubarak baute aufgrund dessen die Polizei als Schutzschild und mehrere Sicherheitsapparate auf, die einander ständig beobachteten. Seine erste Amtshandlung war die Ausrufung des Kriegsrechts, welches bis zum Jahr 2011 bestand (vgl. Abdel-Samad 2011: 76).

Mubarak hielt sich an einige Herrschaftselemente seines Vorgängers Sadat und setzte die Armee, die Polizei und die Geheimdienste als Herrschaftsinstrument ein und machte die NDP zu einer Partei der Reichen und Profiteure, was die Bevölkerung ärgerte (vgl. Lüders 2011: 36).

Er richtete einen Sicherheitsapparat mit 100 000 Angestellten und einem Heer ein und bespitzelte damit die Bevölkerung. Gleichzeitig blieb die Wirtschaftslage schwierig und die sozialen Abstände wurden größer und größer. Mubarak und seine Familie verschoben in den 30 Jahren Herrschaft je nach Quelle 40-70 Milliarden Dollar auf Konten im Ausland. Die Zahl der Leute, die unterhalb der Armutsgrenze leben, verdoppelte sich in der Zeit von Mubarak. Offiziell liegt sie bei 20%, inoffiziell bei 40% (vgl. Lüders 2011: 37-39).

Die Regierung löste ab dem Jahr 2000 einige Gesetze auf, die sich an ausländische Investoren richteten. Dadurch wurden der Devisentransfer und die Besteuerung simplifiziert. Mehrere größere Unternehmen wie Volkswagen und Siemens trieb es an den Nil, von wo aus sie den arabischen Markt erschlossen. Es entstanden daraufhin neue Geschäfts- und Arbeitsplätze in Kairo und Alexandria für die neue Dienstleistungsstelle aus Startup-Unternehmern und Dotcom-Angestellten. 2005 entstand ein Wirtschaftsboom, von dem die Mittelschichten profitierten. Es bildeten sich Gegenparteien und politische Bewegungen, die Mubarak offenbar herausforderten. Manche wurden verurteilt und kamen ins Gefängnis, andere wurden aufgrund ihrer Immunität verschont (vgl. Lüders 2011: 39f).

Es brauchte einige Zeit, bis Mubarak ein solches System errichtet hatte. Sadat hatte damals eine Partei – die Nationaldemokratische Partei – gegründet, eine Polizei, die allgegenwärtig ist, erschaffen und auch noch ein Korruptionssystem eingeführt. Als Mubarak den Notstand erklärte, hatte er sich ein Parlament zusammengestellt, Vertraute bei den Medien eingesetzt und seine Leute auf die Demonstranten angesetzt (vgl. Ben Jelloun 2011: 14).

Mubarak hatte sein Volk zu Opfern eines Bildungssystems gemacht, die durch die Staatssicherheit unterdrückt und durch die verweigerte Bildung unmündig gemacht werden sollen. Er hatte als Präsident viele Rechte, unter anderem konnte er ein Veto bei allen Gesetzen einlegen und per Dekret regieren sowie grundlos das Parlament auflösen (vgl. Lüders 2011: 86; vgl. Armbruster 2011: 26). Mubarak regierte Ägypten im Ausnahmezustand. Er ließ Abstimmungen manipulieren, die Staatssicherheit folterte und ermordete

Regimekritiker. Von da an prägten Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit den Alltag der ägyptischen Bevölkerung (vgl. Großbongardt 2011: 170).

Mubarak und seine Untertanen zogen bis dato niemals in Betracht, dass sich das eigene Volk gegen ihn erheben könnte. Im November 2010 fälschte die regierende Nationalpartei die Parlamentswahlen und sicherte sich letztendlich 95% aller Sitze. Wie der Schriftsteller Alaa al-Aswani meint, sei dies keine Fälschung in dem Sinn gewesen, da dies eine Kunst und eine kluge Täuschung wäre, sondern eher mehr ein bewaffneter Diebstahl. Beamte mussten ihre Wahlzettel vor laufender Kamera ausfüllen, Oppositionelle wurden durch Schlägerbanden abgehalten, das Wahllokal zu betreten, oder es wurden auch Wahllokale in Brand gesetzt, damit erst gar nicht die Möglichkeit bestand, hineinzugelangen (vgl. Abdel-Samad 2011: 26).

2.2. Die ägyptische Revolution

Bereits vor der Revolution entstanden Proteste und Demonstrationen in Ägypten. In den Nildelta-Städten kam es im November 2007 zu Demonstrationen unter den Textilarbeitern, die ihre Arbeit niederlegten. Am Ende der Streiks erhielten die Arbeiter zwar verbesserte Arbeitsbedingungen, doch die Auseinandersetzungen wurden nicht gewaltfrei beendet. Ein Jahr später protestierten Beamte in Kairo, die mehr Gehalt und Sozialleistungen forderten. Da viele Mitgliedsausweise bei der Partei NDP besaßen, wurde es schwieriger, die Proteste abzuschütteln (vgl. Lüders 2011: 72).

Vorbild für diese Revolution war die tunesische Bevölkerung, die den Präsidenten gestürzt hatte. Die Ausgangssituation war vergleichbar. Auch in Ägypten herrschte Korruption, Arbeitslosigkeit und Armut. Die Geschichte über einen ägyptischen Blogger namens Khaled Said erinnert an den tunesischen Gemüsehändler Mohamed Bouazizi. Khaled Said war 28 Jahre alt und ging am 6. Juni 2010 in ein Internetcafé im Zentrum von Alexandria. Als ihn zwei Polizisten ansprachen und seine Personalien wollten, fragte Said nach dem Grund der Intervention nach. Er wurde gleich von den Polizisten sowohl im Café als auch nachher auf offener Straße niedergeschlagen und starb noch

am Unfallort. Später erklärten die Polizisten, dass es sich um einen Drogenkonsumenten handelte, der an den Drogen starb, als er sie hinunterschlucken wollte.

Die Ägypter kündigten nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten einen Aufstand auf Facebook an. Sie wollen wie die Tunesier ihre Hoffnung, ihren eigenen Willen zurückbekommen und ihre Rechte durchsetzen. Aus diesem Grund kündigten sie für den 28. Jänner 2011 Demonstrationen am Tahrir-Platz an (vgl. El-Gawhary 2011: 18-56).

Auf dem Tahrir-Platz, der im Deutschen mit „Der Komplex“ übersetzt wird, befindet sich das Hauptverwaltungsgebäude des ägyptischen Staates. Es besteht aus 14 Stockwerken mit 18 000 Beamten und sonstigen Bediensteten. Das Gebäude wurde ab dem Jahr 1950 von der Sowjetunion erbaut und ähnelt dem Stil der Stalin-Ära. 1952 schenkte die Sowjetunion das Gebäude der Stadt, und bis zu Nassers Tod galt es als ein Machtsymbol (vgl. Kraushaar 2012: 30).

Am ersten Protesttag, dem 25. Jänner, gab es bereits Ausschreitungen mit Tränengas und Wasserwerfern am Tahrir-Platz. Doch die Menschen ließen sich nicht beirren und posteten weiterhin auf Twitter und Facebook, beispielsweise den Ort der Demonstration. Das Internet spielte zu dieser Zeit bzw. in diesen Tagen eine sehr große Rolle. Immerhin hatten 20% der Ägypter Internetzugang, und der Rest der Bevölkerung wurde mündlich informiert. Am Abend des 27. Jänner stellte die Regierung das Internet ab. Trotzdem schafften es die Menschen am Freitag, dem 28. Jänner, zu protestieren. Zuvor wurde auch schon auf den Internetseiten angekündigt, was man machen müsste, wenn man Tränengas in die Augen bekäme. Mit einem essiggetränktem Halstuch vor Mund und Nase, das den Qualm nicht so schlimm wirken lässt, stürmten zahlreiche Menschen auf den Tahrir-Platz. Sollte der Fall eintreten, dass dies nichts oder nur wenig helfen würde, so würde eine Zwiebel den Essig verschärfen. Eine Flasche Coca-Cola wäre noch erforderlich, wenn man in den ätzenden Nebel geraten sollte, sollte man die Augen nicht mit Wasser, sondern mit Cola auswaschen (vgl. Abdel-Samad 2011: 29-32).

Durch Facebook wurde die Bevölkerung über die Regeln des Protests verständigt. Es sollte friedlich und ohne sektiererische oder parteipolitische Parolen ablaufen. Die Menschen bräuchten nur eine ägyptische Flagge mitzunehmen. Obwohl die Muslimbrüder an der Revolution teilnehmen wollten, kündigten sie noch kurz vor dem „Freitag des Zorns“ ihre Abwesenheit an. Man vermutete, dass sie einen Deal mit dem Regime hatten und Privilegien dafür erhielten (vgl. Abdel-Samad 2011: 33).

Am 26. Jänner wurde Twitter allerdings blockiert. Man vermutete damals, dass Facebook und alle Handynetze auch bald gekappt würden (vgl. El-Gawhary 2011: 66). Am 28. Jänner versammelten sich bis 15 Uhr alle Demonstranten auf den Straßen. Die Polizei ging wie vermutet mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen vor. Wie sich kurz danach herausstellte, ließen die Polizisten ihren Nachschub an Tränengas mit Ambulanzwagen transportieren. Als dies durch die Bevölkerung unterbunden wurde, hörte auch der Beschuss kurzfristig auf, und die Schlägerbanden gingen mit Schlagstöcken auf die Bürger los. Um weiterzukämpfen, hatten viele Frauen in der Umgebung des Platzes kleine private Ambulanzen eingerichtet, wo Wunden schnell versorgt werden konnten. Rauchgasvergiftungen, Ohnmächtigkeit, Prellungen, Blutungen am Kopf und am Körper - das sind nur ein paar der Verletzungen, die die Aufständischen bei den Kämpfen erlitten. Die Rauchbomben, die von den Polizisten auf die Demonstranten geschossen wurden, hoben diese mit feuchten Tüchern wieder auf, um sie auf die Polizisten zurückzuwerfen. Mit Schilden und Mülltonnendeckeln liefen sie auf die Gruppe Polizisten zu und kämpften. Samad berichtet in seinem Buch „Krieg oder Frieden“ über Polizisten, die ihre Uniformen auszogen, um nicht angegriffen zu werden. Für die Demonstranten schien es schon so, als hätten sie den Platz vollkommen für sich eingenommen, bis zu dem Zeitpunkt, als das Regime Scharfschützen mit Gummigeschossen von Dächern schießen ließ. Am Abend war es dann soweit, dass sich die Polizei für kurze Zeit zurückzog. Mit Panzern rollte das Militär auf den Tahrir-Platz zu. Kurze Zeit später stand das Hauptquartier der regierenden Nationalpartei in Flammen und wurde, wie sich später herausstellte, von nicht uniformierten Polizisten geplündert. Manche

Menschen versuchten die Plünderer aufzuhalten (vgl. Abdel-Samad 2011: 37-42).

Am nächsten Morgen boten die Straßen ein Bild der Verwüstung - zerstörte Geschäftshäuser, Polizeistationen, Banken, usw. Viele der Demonstranten hatten die Nacht auf dem Tahrir-Platz verbracht und respektierten die angekündigte Ausgangssperre nicht. Des Weiteren gab es sehr viele Gefängnisausbrüche, die dem Regime zu verdanken waren, das mit diesem Konzept in der Stadt für Chaos sorgen wollte. Doch gelang dies nicht, denn die Leute hatten ein Verantwortungsbewusstsein entwickelt und organisierten nun selbst die Stadt, indem sie die Straßen säuberten und den Verkehr regelten. Mittlerweile hatten die Demonstranten auf dem Platz Kontrollpunkte organisiert, um Polizisten fernzuhalten und Waffen und dergleichen zu verhindern. Inzwischen gab es schon mehr als 900 Tote und ca. 9 000 Schwerverletzte, von denen viele ihr Augenlicht verloren hatten (vgl. Abdel-Samad 2011: 44-48).

An jenem Tag waren die Behörden und Ministerien geschlossen. Mubarak kündigte in seiner Rede an, dass er die Regierung umbilden und Reformen durchführen würde. Doch das beruhigte die Leute keineswegs. Auch seine Ankündigung, dass er nicht neu kandidieren würde, stimmte die Leute nicht fröhlicher, und sie gingen weiter demonstrieren. Mubarak heuerte Schlägerbanden an, die auf Pferden und Kamelen auf den Tahrir-Platz kamen und auf die Demonstranten einprügelten. An diesem Tag wurde nicht wie am Vortag am Eingang kontrolliert, was man alles auf den Platz mitnahm. Die Leute konnten sich deshalb mit ihren Messern und Knüppeln wehren und warfen Ziegelsteine von den Dächern. Doch keine der beiden Seiten konnte sich durchsetzen (vgl. Kraushaar 2012: 35-41).

Die effektivste „Waffe“ der Demonstranten war das Internet, über das sich die Menschen austauschten und zukünftige Aktionen planten. Am 28. Jänner 2011 waren die Handynetze und das Internet lahm gelegt worden (vgl. El-Gawhary 2011: 67,75). Doch Tausende User konnten mit direkter Eingabe der IP-Adressen bestimmte Webseiten umgehen. Daraufhin schalteten staatliche Internetspezialisten Routen ab, die essentielle Informationen über die

Weiterleitung von Daten von Provider zu Provider löschen. Lediglich die Routen der Regierungsserver, die für die Systeme der Börsen und die der Banken sowie alle Knotenrechner für den Datentransit von Europa nach Asien blieben offen. Trotz dieser Maßnahmen konnten sich die Leute ohne Internet und SMS-Verkehr durch Anrufe verständigen und sich durch das Fernsehen, in Form der Sender Al Jazeera, Al Arabiya, BBC und CNN, informieren. Mubarak schaffte es also nicht, sein Land vom globalen Informationsstrom fernzuhalten (vgl. Nordhausen 2011: 41).

Die Menschen begannen gemeinsam mit Nachbarn ihre Straßen und Häuser gegen Plünderer zu verteidigen. Man vermutete, dass die Plünderer ehemalige Offiziere der Staatssicherheit waren. Inzwischen hatte sich die Polizei zurückgezogen. Die Polizei wurde durch das Militär ersetzt. Ausgangssperren wurden nicht eingehalten. Gebäude der Regierungspartei wurden im ganzen Land angezündet. Die Bevölkerung wartete auf eine Rede und auf Antworten. Mubarak kündigte eine Rede für den 29. Jänner an - er wollte eine neue Regierung bilden und sie an diesem Tag präsentieren. Außerdem funktionierten die Handynetze wieder. Die Demonstrationen nutzen dies gleich, um per SMS weitere Demonstrationen anzukündigen (vgl. El-Gawhary 2011: 77-82).

Die Unterdrückung der Menschen wurde deutlich. Sie bekamen wenig Gehalt, die Lebensmittelpreise stiegen usw. Die Polizei war nur mehr anwesend, um Verkehr und Sicherheit zu regeln. Das Militär stimmte den Forderungen der Demonstranten zu. Demonstranten und Soldaten waren inzwischen zu einer Masse verschmolzen. Die Soldaten würden keine Befehle mehr ausführen, die gegen die Demonstranten gerichtet waren (vgl. El-Gawhary 2011: 85-92).

Am Abend des 1. Februar 2011, wurde eine Rede seitens Mubarak live angekündigt, in der er verkündete, dass er im September aus der Politik gehen würde – für die einen ein Witz, für die anderen ein Fortschritt (vgl. Abdel-Samad 2011: 54). Er bekundete die Absicht, „den Übergang in eine neue Zeit selbst zu moderieren“, aber nicht mehr bei der nächsten Präsidentschaftswahl antreten zu wollen (vgl. El-Gawhary 2011: 95).

Am Mittwoch, den 2. Februar, kamen Reiter auf Pferden und Kamelen auf den Platz, die mit Knüppeln auf die Demonstranten losgingen. Es blieb ein Rätsel für die Bevölkerung, wie sie es auf den Tahrir-Platz geschafft haben. Zur Verteidigung lösten die Demonstranten Pflastersteine aus dem Fußweg (vgl. Abdel-Samad 2011: 54f).

Bezahlte Schlägertrupps sind in Ägypten ein übliches Instrument der Unterdrückung. Vor Wahlen schalteten sie beispielsweise die Konkurrenz aus. Die Schlägertruppen sind auf der Suche nach Journalisten und Ausländer und kontrollieren auch deren Ausweise. Sie kommen aus armen Gegenden wie den Slums, haben spärliche Bekleidung, und man erkennt sie oft an ihrem Dialekt. Ihnen wird Geld versprochen. Die Demonstranten hielten ab dem 3. Februar auch Schläger fest, und stellten durch ihre Ausweise fest, ob sie der Polizei oder Staatssicherheit angehörten. Die Demonstranten forderten einen Wechsel des Systems und demokratische Wahlen. Am 6. Februar konnte man schon eine Zwischenbilanz verzeichnen; Ägyptens Oppositionsbewegung konnte sich bis dato drei Punkte sichern: Mubarak trat nicht erneut zur Amtsperiode an, die Vererbung der Macht vom Vater auf den Sohn wurde abgeschafft und Ägyptens Gesellschaft wurde politisch offener. Die Organisation von Mohammed Mursi, damals einer der hochrangigen Mitglieder der Muslimbruderschaft, hielt an ihrer Hauptforderung fest, dass Mubarak zurücktreten müsse (vgl. El-Gawhary 2011: 98-116).

Es kam zu zahlreichen Plünderungen, nachdem das Regime die Gefängnisse öffnete. Unter anderem wurden auch Polizisten beim Plündern erwischt. Das Regime versuchte alles, um den Retter in der Not zu spielen, und verursachte Chaos auf den Straßen. Doch die Leute versammelten sich weiter auf dem Tahrir-Platz und organisierten sich selbst, indem sie Nachbarschaftskomitees bildeten, um so ihr Hab und Gut zu schützen (vgl. El-Gawhary 2011: 118).

Die Menschen halfen sich gegenseitig. Bäuerinnen boten den Demonstranten Zwiebeln an, um etwaige Schmerzen bezüglich des Tränengases zu lindern. Sie hielten sich gegenseitig vom Vandalismus ab und sie bildeten einen Sicherheitskordon vor dem Nationalmuseum, um Plünderungen zu verhindern. Getränke und Lebensmittel wurden besorgt, Erste Hilfe wurde

geleistet und Toiletten wurden eingerichtet. Erstaunlich war auch, dass auf einmal Christen und Muslime zusammen beteten, Muslimbrüder mit Schwulen redeten und tanzten und die Menschen sich im Freien schlafen trauten. Frauen hatten keine Angst mehr auf die Straßen zu gehen. Sie brachten Essen und versorgten die Menschen medizinisch. Jeder Mensch wurde auf dem Tahrir-Platz gleich behandelt (vgl. Lüders 2011: 74f).

Die Plünderungen fanden nach einiger Zeit ein Ende. Das Regime schickte Schlägertrupps auf die Straßen, um Demonstranten und Journalisten zu terrorisieren. Das Regime versuchte den Leuten mit dem staatlichen Fernsehen eine Gehirnwäsche zu verpassen, indem es die Leute gegeneinander aufhetzte – Ägypter gegen Ausländer, Reiche gegen Arme, Stadt gegen Land – und ihnen essentielle Dinge wie ihre Löhne verwehrte, die nicht ausbezahlt wurden. Mubarak verkündete am 10. Februar in seiner Rede, dass er bis September Präsident bleiben würde, danach jedoch nicht mehr kandidieren wollte. Er übergab die Amtsgeschäfte seinem Vizepräsidenten Omar Suleiman, der früher Chef des Auslandsgeheimdienstes Mukhabarat war, dem Militär zugeordnet war und auch enge Verbindungen zur CIA unterhielt. Die Verfassung sollte geändert werden. Außerdem überlege er die Notstandsgesetze aufzuheben (vgl. El-Gawhary 2011: 121-134).

Über Nacht versammelten sich tausende Menschen auf dem Tahrir-Platz, bauten ihre Zelte wieder auf und demonstrierten. Ihre Ausdauer, ihr Mut und ihre Disziplin waren unbeschreiblich (vgl. El-Gawhary 2011: 137; vgl. Nordhausen 2011: 43). Am 11. Februar 2011 gegen 2 Uhr nachmittags gab ein Pressesprecher bekannt, dass Mubarak seinen Palast verlassen und seinen Vize Suleiman die Amtsgeschäfte übertragen hatte. Drei Stunden später gab Suleiman bekannt, dass Mubarak vom Amt zurückgetreten sei und die politische Macht nun der Militärrat übernehmen würde. Es herrschte nun Aufbruchsstimmung. Man erfuhr, dass sich Mubarak mit seiner Familie in ein Refugium auf dem Sinai zurückgezogen hatte (vgl. Armbruster 2011: 52).

In sechs Monaten wollte die Armee Neuwahlen abhalten. Am darauffolgenden Sonntag erklärte der Militärrat die Auflösung des Parlaments und die Außerkraftsetzung der Verfassung, wodurch zwei Forderungen der

Protestbewegung erfüllt wurden. Nun forderte das Volk eine Änderung des Systems. Vertreter des alten Regimes sollten von allen Schaltstellen des Staates entfernt werden (vgl. El-Gawhary 2011: 155-160).

Nach dem Sturz Mubaraks blieben trotz aller Folterfälle drei Viertel der Polizeioffiziere im Amt. Auch der Chef der Wache behielt trotz Vorwürfen von Folterungen seine Funktion und wurde nicht ersetzt (vgl. El-Gawhary 2011: 209).

Nachdem Mubarak zurückgetreten war, gingen die Demonstrationen in Ägypten aber noch weiter. Nun waren die Ziele der Demonstranten nicht mehr dieselben. Manche demonstrierten für eine bessere Lohnpolitik, andere wiederum gegen die geplante Verfassungsänderung und ein Teil für mehr Rechte für die Kopten²⁰. Am 8. März, am Weltfrauentag²¹, gingen etliche Frauen auf den Tahrir-Platz, um für mehr Rechte für ägyptische Frauen zu kämpfen. Manche Männer unterstützten dabei die Frauen, doch von vielen anderen wurde ihnen kein Interesse geschenkt, da die Männer meinten, dass das Land zuerst einmal politisch und wirtschaftlich stabilisiert werden sollte (vgl. Abdel-Samad 2011: 109f).

Im Laufe der Zeit veränderten sich die Proteste in eine andere Richtung. Die Menschen stellten immer mehr soziale Forderungen auf. Demonstranten wohnten schon seit Monaten in Zelten, weil man ihnen versprochene Wohnungen an andere vergab. Es gab inzwischen 33 Gewerkschaften. Man überlegte nun, eine Gewerkschaft der Arbeitslosen zu gründen und auch einen Mindestlohn von monatlich 140 Euro festzulegen, was in Ägypten eine große Errungenschaft bedeutet hätte (vgl. El-Gawhary 2011: 213).

Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich. Durch die Revolution sank der Tourismus in den Städten drastisch. Die Sicherheit war nach Mubaraks Rückgang nicht mehr gegeben. Die Polizei befand sich nicht mehr an ihrer Dienststelle, und die Leute hatten Angst um ihre Häuser bzw. Wohnungen,

²⁰ Die Kopten sind Angehörige der koptischen Kirchen, eine religiöse Minderheit in Ägypten (vgl. Abdel-Samad 2011: 163).

²¹ Der Weltfrauentag wurde 1911 von Clara Zetkin und Käthe Duncker ins Leben gerufen und am 19. März zelebriert. Ab dem Jahr 1921 fand er jedes Jahr am 8. März statt (vgl. Abdel-Samad 2011: 109).

weitere vor Diebstahl und Entführungen. Der Psychologe Mustafa Hussein bezeichnete diese Situation als „eine Form von passiver staatlicher Gewalt gegen die Bürger“ (vgl. El-Gawhary 2011: 214f).

Viele von Mubaraks Politikern wurden in Prozessen wegen Korruption zur Verantwortung gezogen. Sie alle hatten mit Geldwäsche und illegaler Bereicherung zu tun, wie zum Beispiel Habib al-Adli, der Innenminister, der mittlerweile zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Ansonsten gab es nach Mubaraks Rücktritt noch Bürger, die angeklagt wurden und denen der Prozess gleich gemacht wurde. Verhaftet wurden sie wegen Besitz von Waffen und Tränengas und wegen Verstößen gegen das nächtliche Ausgehverbot. Im Normalfall dürfen die Gerichte in Ägypten laut Human-Rights-Watch-Bericht nur bei Verdacht auf Terrorismus und Plünderung Anklage erheben. Demonstranten, die aus der Militärhaft entlassen wurden, sprachen von Misshandlungen und Folter (vgl. Armbruster 2011: 188f).

Der „Hohe Militärat“ hatte entgegen dem Wunsch der Demonstranten nicht vor, die Verfassung von 1971 abzuschaffen bzw. zu ändern. Eine Expertenkommission von zehn Leuten schlug die Änderung von acht Artikeln vor, die am 19. März durch eine Volksabstimmung zusätzlich bestätigt wurde. Über den dubiosen zweiten Artikel betreffend die Scharia, die die wichtigste Quelle der Gesetzgebung ist und Ägypten als einen islamischen Staat festlegt, wurde nicht gesprochen. Die Scharia ist aber generell nicht sehr präsent, da sie nur bei Familien-, Ehe- und Erbrechten unter Muslimen präsent ist. Die Bestimmung gilt dennoch als Beleidigung der Kopten und säkular eingestellter Muslime. Ansonsten kommt das Zivilrecht in Verwendung (vgl. Lüders 2011: 86).

Im Artikel 75 geht es um die Kandidatur des Präsidentenamtes. Derjenige, der kandidiert, darf nur mit einer Ägypterin verheiratet sein, was sich gegen die Oppositionsbewegung richtete, da viele der Aktivisten ausländische Frauen hatten (vgl. Lüders 2011: 86). Artikel 77 ist besonders wichtig. Er betrifft die Amtszeit des Präsidenten, die auf maximal zwei Legislaturperioden, also acht Jahre, gesenkt wurde. Auch die Machtbefugnisse des Präsidenten wurden gekürzt (vgl. Lüders 2011: 86).

Probleme gab es auch bei Artikel 189, der besagt, dass zuerst Parlamentswahlen abgehalten werden sollten und erst dann eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden sollte. Die Oppositionsbewegung hätte dies gerne in der umgekehrten Reihenfolge vorgenommen, da zu erwarten war, dass sich sonst die restlichen Leute der Mubarak-Partei NDP und die Muslimbrüder bei den Wahlen aufstellen lassen und dann die Verfassung zu ihren Wünschen beeinflussen würden (vgl. Lüders 2011: 86).

Am 9. März gelangten Schlägerbanden – Soldaten und Offiziere der Staatssicherheit – auf den Tahrir-Platz, schleppten Männer und Frauen ins Ägyptische Museum, verprügelten sie und quälten sie mit Elektroschocks. Einige wurden zu einem Militärstützpunkt außerhalb Kairos gebracht, wo Frauen anschließend einem Jungfräulichkeitstest unterzogen wurden, die von Männern durchgeführt wurden. Später wurde versucht, die Tests zu rechtfertigen, indem man behauptete, dass die Frauen möglicherweise nach der Revolution behaupten würden, sie seien von Armeesoldaten sexuell genötigt oder vergewaltigt worden (vgl. Abdel-Samad 2011: 112-114).

Beim Verfassungsreferendum standen am 19. März 2011 die Menschen freiwillig rund zwei Stunden an, um ihre Stimme abzugeben. Mittlerweile hatten sie schon den Glauben daran gefunden, dass ihre Stimme auch zählen würde. Die Mehrheit (77,2%) stimmte für eine neue Verfassung. Diese trat wenig später in Kraft. Laut Untersuchungen der Ergebnisse sollen die Gebildeteren und Bessergestellten gegen die Verfassungsreform gewesen sein (vgl. Lüders 2011: 87). Aswani beschreibt in einem Interview mit dem SPIEGEL, dass das Referendum leider nutzlos sei, weil die bedeutendsten Verfassungsrechtler der Meinung sind, dass man eine Versammlung wählen muss, die eine neue Verfassung entwirft (vgl. Großbongardt 2011: 206).

Nachdem rund zwei Monate Unzufriedenheit herrschte, obwohl Mubarak vom Amt zurückgetreten war, trat die Übergangsregierung an die Seite der Demonstranten, nahm Mubarak fest und verhörte ihn anschließend. Seine Söhne wurden in das Tora-Gefängnis gebracht (vgl. Großbongardt 2011: 18).

Nach der Revolution feierten die Menschen auf den Straßen. Der Tahrir-Platz wurde zum „Speakers‘ Corner“. Die Euphorie der Menschen war kaum zu stoppen. Nachts sind die Straßen gefährlicher geworden – es kam zu Überfällen und Entführungen. Der Hohe Militärrat versprach ein neues Parlament, das nach demokratischen Regeln im September 2011 gewählt werden sollte. Die Leute kämpften weiters für die Entlassung korrupter Vorgesetzter und für bessere Arbeitsbedingungen. Sie forderten auch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Ahmed Shafik, der Anfang März 2011 ersetzt wurde. Eine weitere wichtige Forderung war die Strafverfolgung des Mubarak-Clans. Während Mubaraks Söhne am 26. März 2011 festgenommen wurden, entging Mubarak vorerst einer Haftstrafe, da er einen Herzanfall erlitt und in eine Klinik gebracht wurde (vgl. Nordhausen 2011: 57-59). Am 15. April veranlasste ein Verwaltungsgericht in Kairo die Auflösung der NDP und ließ ihr Vermögen an die Regierung transferieren. Vor dem Land lagen enorme ökonomische Probleme (vgl. Nordhausen 2011: 61).

Nach dem Rücktritt von Präsident Mubarak stieg die Kriminalität in Ägypten stark an. Jeden Tag wurden Raubüberfälle, Autodiebstähle und andere Verbrechen verübt und gemeldet. Aber das mit Abstand schlimmste Verbrechen erfolgte gegen die Kopten. Es kam im Jänner 2012 zu einer Aufeinanderfolge von Übergriffen gegen die koptischen Christen, die eine Minderheit in Ägypten darstellen. Dabei wurden acht koptische Familien aus ihrem Dorf vertrieben, nachdem Gerüchte aufgekommen waren, dass ein koptischer Mann und eine muslimische Frau ein Verhältnis miteinander hätten. Eine Kirche in einem Vorort von Kairo wurde von bewaffneten Gangstern zerstört. Allerdings wurde niemand verhaftet oder angeklagt. Es kam es zu Überfällen und niedergebrannten Häusern koptischer Familien. Die Folge waren 12 Tote und 140 Verletzte. Die Leute gingen zum Gebäude des staatlichen Fernsehsenders, errichteten davor Zelte und streikten, bis ihre Forderungen erfüllt wurden. Diese umfassten: Schutzmaßnahmen, die Öffnung der Kirchen, die bisher geschlossen waren und dass die schuldigen Leute zur Rechenschaft gezogen würden. Nach 13 Tagen zogen die Demonstranten wieder ab, nachdem ihnen das Militär zwei Zusagen gegeben hatte: Zum einen sollten drei der geschlossenen Kirchen wieder geöffnet

werden, und zum anderen werde man die Demonstranten – nicht wie bisher in der Vergangenheit – „mit Gewalt entfernen“ (vgl. Horst 2012: 21).

Spannungen zwischen den Religionen hochzuhalten, hatte sich immer wieder als eine wirksame Methode erwiesen, um das Land in Zwietracht zu halten. Die Kopten bekamen davon immer das meiste ab, meint Michael Meunier, ein koptischer Aktivist. Viele Kopten dachten immer wieder daran, in die USA oder nach Kanada auszuwandern. Unter den Christen schaute es nicht viel anders aus. Auch hier regierte Angst vor Verfolgung und Gewalttaten. Jede Woche wurde Frauen das Kreuz vom Hals heruntergerissen, Leute wurden beim Verlassen der Kirche beschimpft oder verschwanden sogar. Manche wurden auch wegen ihrer Kleidung belästigt oder wegen ihres Kreuzes, das sie sich auf das Handgelenk tätowieren hatten lassen (vgl. Horst 2012: 22).

Verurteilt und verhaftet wurden bis Mai 2012 nur zwei der 16 Männer, die die Demonstranten angegriffen hatten – zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung. Die Kirchen wurden nicht wieder geöffnet, wie die Regierung es eigentlich versprochen hatte (vgl. Horst 2012: 22).

Beim Referendum am 19. März 2011 – bei dem die Ägypter über neun neue Verfassungsartikel abstimmten – traten die Muslimbrüder und die Militärs gegen die liberalen Kräfte an. Die Armee machte seitdem gemeinsame Sache mit den Muslimbrüdern, und Beobachter meinten, dass „die Armee als Rückgrat des Regimes einen Status quo festigen will, der ihr noch auf Jahre hinaus eine hegemoniale Rolle garantiert - auch im Hinblick auf die Wahrung ihrer umfangreichen Geschäfte und wirtschaftlichen Interessen“ (Horst 2012: 22).

Bevor die Präsidentschaftswahlen begannen, sorgte schon der Ausschuss, der die neue Verfassung ausarbeiten sollte, für Gesprächsstoff. Dieser bestand aus 100 Leuten, 50 Parlamentariern und 50 Nichtparlamentariern. Die koptischen Mitglieder verkündeten, dass sie ebenso wie die Liberalen Anfang April aus dem Verfassungsausschuss zurücktreten würden, da sie gegen die Dominanz der Islamisten in diesem Gremium protestierten. Obwohl der Generalsekretär der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder

Saad al-Katatni, der auch gleichzeitig Parlamentspräsident ist, meinte, dass jeder Stimme im Ausschuss zugehört würde, ermunterte dies nicht gerade die Kopten, da sie der Meinung waren, dass die Freiheits- und Gerechtigkeits-Partei sich radikalieren könnte, wenn sie Einfluss hätte. Desweiteren ist der koptische Papst Schenuda III. am 17. März 2012 gestorben, was für die Kopten ein schlechtes Zeichen war und wie sie meinten, Spannungen bringen würde. Sowohl die Kopten als auch die Muslimbrüder sehen der Zukunft pessimistisch entgegen, da sie meinen, dass die Lage der Kopten als Gradmesser für den Erfolg der ägyptischen Revolution steht (vgl. Horst 2012: 22f).

3. Libyen

Hauptstadt:	Tripolis
Staatsoberhaupt:	Übergangsrat unter Mustafa Abd al-Dschalil
Bevölkerung:	6,6 Mio.
UNO-Entwicklungsindex:	Rang 53
BIP pro Kopf:	16 502 US-Dollar

Tabelle 6: Libyen (Großbongardt 2011: 291f)

Libyen ist ein Wüstenstaat, fünfmal größer als Deutschland und 21 Mal größer als Österreich, hat aber nur drei Prozent seiner Fläche, die landwirtschaftlich genutzt werden können. Ungefähr sechs Millionen Einwohner leben in Libyen, die meisten entlang des Küstenstreifens am Mittelmeer. Außerdem verfügt Libyen über die wichtigsten Erdöl- und Erdgasvorkommen in Nordafrika. Im Land bilden Stämme das soziale und politische System. Es gibt heutzutage ungefähr 140 Stämme und Großfamilien, unter denen nur ein geringer Anteil bei Gaddafis Truppen präsent war. Jeder Libyer ist an seinen Stamm gebunden und in erster Linie am loyalsten seinem eigenen Stamm gegenüber (vgl. Lüders 2011: 94).

Viele Stämme spielen in Libyen eine immense Rolle. Die derzeitige militärische Frontlinie entspricht der historischen Grenze zwischen Cyrenaika²² mit Bengasi als Zentrum und Tripolitanien mit der Hauptstadt

²² Bengasi ist die Hauptstadt von Cyrenaika.

Tripolis. Sie wurden mit der Wüstenregion Fessan²³ unter dem italienischen Kolonialismus zu einem Staatsgebilde zusammengeschlossen. Damals waren sie noch osmanische Provinzen mit differenzierten Entwicklungen. 1911 marschierte die italienische Armee in Libyen ein und setzte sich in Tripolitanien fest. Die Eroberung der Cyrenaika war für Italien schwierig. Die Sanussi-Bruderschaft²⁴ setzte sich dort – im Bündnis mit dem Osmanischen Reich – zur Wehr (vgl. Nordhausen 2011: 100).

Die Bruderschaft verfügte über eigene Truppen und ihre Mitglieder betrieben Ackerbau und Handel. Als Muhammad as-Sanussi (1787-1859) starb, hatte er bereits 44 Bücher verfasst, und die Cyrenaika wurde von der Bruderschaft kontrolliert (vgl. Eisenstein 2009: 71).

1916 wurde Idris, der Enkel des Gründers der Sanussi-Bruderschaft, Muhammad as-Sanussi, zum Oberhaupt ernannt, schloss mit Italien Frieden und wurde 1920 Emir der Cyrenaika. 1969 wurde er von Gaddafi geputscht, was die Tripolitaner begrüßten, die die Cyrenaika eher ablehnten. Ahmed as-Sanussi entstammte der Königsfamilie von Libyen, war somit ein Verwandter von Idris I. und ist seit dem Bürgerkrieg Mitglied des Nationalen Übergangsrats der Rebellen. Die Cyrenaika wurden von den Stämmen der Revolutionsführer vernachlässigt und stehen heute in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weiter hinten im Gegensatz zu Tripolitanien, vor allem zu Tripolis, das zu einer modernen Metropole durch seine Wolkenkratzer, 5-Sterne-Hotels, monumentalen Renommierbauten und weitläufigen Parkanlagen geworden ist (vgl. Nordhausen 2011: 100-103).

Obwohl die Mehrheit der libyschen Bevölkerung (85%) in Städten wohnt, weiß jeder Mensch am Land, welchem Stamm er angehört. Gaddafi stützte sich immer auf seinen eigenen Stamm, den Stamm der Gaddafa, der mit ungefähr 170 000 Angehörigen im Vergleich zu anderen klein ist, dem jedoch mehrere Piloten der Luftwaffe angehören. Auch wenn Libyen urbanisiert ist, so werden die Stämme – unter denen manche unter der Herrschaft von

²³ Der Fessan ist neben Tripolitanien und der Cyrenaika eine der drei historischen Provinzen von Libyen.

²⁴ Die Sanussi-Bruderschaft wurde 1837 von Muhammad as-Sanussi in Mekka gegründet (vgl. Nordhausen 2011: 100).

Gaddafi privilegiert wurden – auch in Zukunft eine essentielle Rolle spielen (vgl. Nordhausen 2011: 103f).

3.1. Historischer Rückblick

3.1.1. Königreich Libyen (1951-1969)

Die Briten setzten nach der Unabhängigkeit Libyens 1951 den Enkel des Ordensgründer, Mohammed Idris as-Sanussi (1890-1983) als König ein. Ein Jahr später ließ er alle Gewerkschaften und Parteien verbieten. Er führte das Land zu Misswirtschaft und übte Korruption aus (vgl. Lüders 2011: 96).

Die Hauptstadt Libyens war bis zum Zeitpunkt des Sturzes von Sanussi am 1. September 1969, der durch einen Militärputsch Gaddafis verursacht wurde, Al Bayda und nicht die jetzige Hauptstadt Tripolis. Noch in der Monarchie betrug die Analphabetenquote 94%, die Sterblichkeit der Kinder 40%. Libyen war zu diesem Zeitpunkt eines der ärmsten Länder der Welt. Es existierte im ganzen Land kein einheimischer Arzt. Durch den Verkauf von Altmetall, das seit den Panzerschlachten im Zweiten Weltkrieg noch verfügbar war, hatte Libyen eine Haupteinnahmequelle. Anfang der 1960er Jahre begann infolge der Erdölförderung der Zusammenbruch der Monarchie. Es kam zu Korruption und Vetternwirtschaft. Dadurch hatten aber nur Seilschaften und Netzwerke im Osten des Landes einen Vorzug, und der neue Ölreichtum kam in der Bevölkerung kaum an (vgl. Lüders 2011: 96f).

3.1.2. Das Regime Muammar al-Gaddafis (1969-2011)

Muammar al-Gaddafi wurde 1942 südlich der Stadt Sirte geboren. Die Schule begann er erst mit neun Jahren. Sein Idol war Gamal Abdel Nasser, der mit Beteiligung der „Freien Offiziere“²⁵ im Nachbarland Ägypten putschte. Sie riefen nach Sozialismus, Freiheit und Unabhängigkeit und stellten sich jeder Art von Fremdherrschaft. Gaddafi beendete wie Nasser eine Ausbildung an der Militärschule und verdrängte 1969 mit weiteren Offizieren Idris as-Sanussi, der 1951 mit Beginn der Unabhängigkeit König geworden war. Knapp eine Million Menschen betrug damals die Einwohnerzahl in

²⁵ Gamal Abdel Nasser gründete 1949 das Komitee der „Freien Offiziere“.

Libyen. Die Leute lebten von Ackerbau und Viehzucht. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg blieben zurückgelassene und zerstörte Kriegsgeräte übrig; die Libyer gewannen daraus Metall, das eines der wichtigsten Exportgüter zu dieser Zeit war (vgl. Großbongardt 2011: 189-191).

Gaddafi war, wie auch schon Nasser, ein Anhänger vom Panarabismus und Panafrikanismus. Er baute in den 1970er Jahren das politische System „sui generis“ auf, was die „Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija“ bedeutet, und gleichzeitig wurden alle Parteien verboten. Formal wurde auf nationaler Ebene die Macht von einem Allgemeinen Volkskongress und auf lokaler Ebene von Volkskomitees ausgeübt (vgl. Nordhausen 2011: 95).

Gaddafi stützte seine Macht auf die drei folgenden Stämme:

- Die Gaddafa, ein Stamm, der im 19. Jahrhundert von Cyrenaika nach Tripolis emigrierte.
- Die Magarha aus dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum Fessans. Von ihnen kamen auch die Attentäter, die 1988 einen Sprengsatz in einem Flugzeug anbrachten; dieses explodierte in Folge und stürzte ab.
- Die Warfalla, der größte Stamm in Libyen, die südlich von Tripolis ihr Haupteinzugsgebiet haben (vgl. Lüders 2011: 97).

Noch heute bestimmen die Herkunft und die Abstammung den sozialen Status. Aus diesem Grund baute Gaddafi seine Herrschaft auf den Stämmen auf. Gaddafi gelang es mit seinem kleinen Stamm der Gaddafa eine Allianz mit zwei der größten Stämme Libyens einzugehen. Er okkupierte alle zentralen Posten mit Streitkräften, Geheimdiensten und der Polizei nach deren Machtübernahme. Somit konnten sie ihre Herrschaft festigen. Er schenkte ihnen Posten und Privilegien zu und belohnte sie mit den Einnahmen des Erdölgeschäfts (vgl. Großbongardt 2011: 192).

Er ließ ausländische Banken und Unternehmen verstaatlichen, die Mehrzahl der Ölfirmen wurde unter libysche Kontrolle gebracht. Mit den Ölgeldern ließ er von Gastarbeitern und Technikern Straßen, Schulen, Krankenhäuser

und Fabriken bauen und Bewässerungsanlagen in die Wüste platzieren. Italiener, Briten und Amerikaner mussten das Land verlassen. Er hob die Löhne, subventionierte Nahrungsmittel, schaffte Mieten ab, bot kostenlose Ausbildung und medizinische Versorgung an und gab Beduinen Land. Gaddafis propagierte Version bestand darin, dass er die Bevölkerung an allen politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen ließ. Vorerst ging es damit dem Volk sehr gut. 1974 gab er alle politischen Ämter ab, wurde vom Volk „Revolutionsführer“ oder „Bruder Führer“ genannt und schaffte die Verfassung ab. Des Weiteren verstaatlichte Gaddafi die Erdölindustrie. Er versuchte die arabische Welt über seine Führung zu vereinen, was erfolglos blieb. Er baute in weiterer Folge eine neue Staatsform auf, die alternativ zum Kommunismus und Kapitalismus war und im Grünen Buch – Gaddafis „Bibel“ – festgehalten wurde. Das Buch umfasst etwa 100 Seiten und war Pflichtlektüre in allen Schulen. In jeder größeren libyschen Stadt ist dem Buch ein Monument gewidmet. Es gibt sogar ganze Abteilungen an den Universitäten und in Tripolis ein „Weltzentrum für das Studium und die Erforschung des Grünen Buches“. Das Grüne Buch ist in drei Teile gegliedert, wovon der erste Teil die Volksmacht, der zweite Teil den Sozialismus behandelt und im dritten Teil die „Dritte Universaltheorie“ folgt. Es soll die Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens weltweit lösen und den Weg zur absoluten Volksherrschaft aufzeigen (vgl. Großbongardt 2011: 194; vgl. Armbruster 2011: 115).

In diesem Buch stehen auch Theorien über Frauen bzw. Männer wie beispielsweise, dass Frauen jeden Monat menstruieren, während das Männer nicht tun, und dass eine Frau schwanger ist, wenn sie nicht menstruiert. Weiters gibt es auch Theorien über Rassen. Ein Beispiel wäre, dass Schwarze keine Planung in Sachen Familie kennen und sie sich deshalb schneller als andere Rassen vermehren, die mit Arbeit beschäftigt sind, während die Schwarzen eher untätig und bequem sind (vgl. Nordhausen 2011: 95).

Im Buch bezeichnete Gaddafi die Demokratie als Betrug am Volk und dass die Parteien ihre Wähler manipulieren. Gaddafi tauschte 1977 die Arabische Republik Libyen durch die Jamahiriya, ein neues System, „die Republik der

Volksmassen“ aus. Diese wurde dann „Große Libysche Arabische Sozialistische Republik der Volksmassen“ genannt. Durch die Einführung verwehrte er alle Formen der Privatwirtschaft, die schon seit dem Jahr 1973 stark reduziert worden waren. Mehr als 100 000 Libyer verließen das Land – darunter fast die gesamte Mittelschicht und unzählige Geschäftsleute. Gaddafi setzte nur 5% des Bruttoinlandsproduktes in Bildung, wie in Schulen und Universitäten ein, obwohl es ihm an Geld nicht mangelte (vgl. Lüders 2011: 99).

Nach seiner damaligen eigenen Aussage besteht die wahre Demokratie nur durch die Partizipation des Volkes und nicht durch die Aktivität seiner Repräsentanten. Außerdem seien Parlamente nur ein Mittel zur Ausplünderung des Volkes und deshalb auch genauso überflüssig wie Wahlen, wo Menschen in langen Schlangenreihen ihre Stimmzettel in Urnen werfen, *„wie sie andere Papiere in den Abfalleimer werfen“*. Auf etlichen Basiskonferenzen, an denen er teilnahm, wurde über anstehende Probleme diskutiert, Beschlüsse wurden auf die jeweils nächste Ebene weitergereicht, aus denen dann Gesetze und politische Strategien entstanden. Gaddafi ließ es sich nicht nehmen und kontrollierte alle Kongresse, Delegierte und Sekretäre aus eigener Sicht. Er legte im Grünen Buch auch die wirtschaftliche Ordnung fest. Er ließ jegliche Unternehmen in Volksbesitz befördern, um sämtliche Ungleichheit in der Gesellschaft aufzuheben. Löhne wurden ab jetzt gestrichen – die Arbeiter bekamen stattdessen Rechte an den Produkten, die ihr Unternehmen herstellte (vgl. Großbongardt 2011: 195).

Seine „Produzentenrevolution“ nannte er „Partner statt Lohnarbeiter“. Die Folgen waren die Unterdrückung des Privathandels und die Schließung der Geschäfte der Basarhändler. Mit seinen politischen und wirtschaftlichen Reformen schaffte er tatsächlich bessere Lebensverhältnisse, vor allem für jene sozialen Schichten, die während der Sanussi-Monarchie in Armut geraten waren. Langfristig gesehen kamen dann Probleme, weil der ökonomische Kurs nicht in ein gerechtes Wirtschaftsparadies führte, sondern in ein Chaos. Deshalb verloren die Menschen auch ihr Vertrauen in die Regierung (vgl. Großbongardt 2011: 196).

Daraufhin entstanden Kongresse und Komitees, Stasi-ähnliche Überwachungs- und Unterdrückungsapparate. Man schaffte Institutionen in der Jamahiriya ab, aus dem Grund, da man meinte, das Volk regiere und verwalte sich von selbst. Die Jamahiriya war das Herrschaftsinstrument der Gaddafi, also von Gaddafi und seinem Clan, was erklärt, warum der Aufstand der Bevölkerung sofort zum Krieg führte. In Libyen gab es weder Institutionen noch staatliche Strukturen, die den gegenwärtigen Diktator überlebten. Man konnte Gaddafis System und die Jamahiriya nicht reformieren, da es keine Parteien, kein Parlament, keine unabhängige Justiz, keine Verfassung, keine Gewaltenteilung, keine Meinungsfreiheit, keine Gewerkschaften bzw. auch keine geheimen Wahlen gab. Es war nur die Unterwerfung, die Akklamation, vorhanden (vgl. Lüders 2011: 97f).

In den 1980er Jahren befasste sich Gaddafi mit Afrika und propagierte eine „Afrikanische Union“. 1982 richtete er ein „Anti-Imperialistisches Zentrum“ in Tripolis ein. Agenten aus Libyen bildeten Rebellen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika aus (vgl. Lüders 2011: 101).

Mitte der 80er Jahre fielen die Ölpreise enorm und man konnte nicht mehr weiterhin unbegrenzt Konsumgüter und Dienstleistungen im Ausland einkaufen. Gaddafi veranlasste deshalb wieder die Erlaubnis des privaten Unternehmertums, und kurze Zeit darauf boomte die Privatwirtschaft wieder. Es kam auch zu Schmuggel aus dem Ausland. Libyen versorgte ganz Westafrika mit Lebensmitteln wie Reis, Nudeln, Mehl, Sojaöl, Milchpulver, Tomatenmark sowie Kekse. Aus China kamen Stoffe und Bekleidung, Autoersatzteile, elektronisches Spielzeug, Baumaterialien, Matratzen, Decken, Teppiche und Möbel. Die Entwicklung war für die Mehrheit der Bevölkerung aber aufgrund von eingefrorenen Löhnen und der Inflation der staatlichen Verwaltung ein Desaster. Rund ein Drittel der Menschen wurde arbeitslos und stand für Brot und Fleisch in Schlangen an (vgl. Lüders 2011: 101f; vgl. Großbongardt 2011: 196).

Gaddafi unterstützte auf der ganzen Welt terroristische Organisationen: Er gab das Bombenattentat im April 1986 auf die Berliner Diskothek „La Belle“ in Auftrag. Dabei wurden vorwiegend US-Soldaten verletzt und getötet. US-

Präsident Ronald Reagan beschuldigte Gaddafi für den Anschlag und veranlasste, den Wohnbaukomplex Gaddafis in Tripolis zu bombardieren, wodurch Gaddafis Adoptivtochter starb. Gaddafi ließ am 21. Dezember 1988 einen PanAm Jet über Lockerbie in Schottland abstürzen. Bei dem Absturz kamen 270 Menschen ums Leben. Ein Gericht aus Schottland bewies, dass das libysche Regime für den Anschlag auf den PanAm-Jumbo verantwortlich war. Internationale Sanktionen waren die Konsequenz (vgl. Großbongardt 2011: 196; vgl. Lüders 2011: 101; vgl. Armbruster 2011: 115).

1993 putschten Offiziere aus dem Warfalla-Stamm ohne Erfolg gegen Gaddafi. Infolgedessen zwang er den Stamm, diese Putschisten hinzurichten, ansonsten würde er veranlassen, dass alle anderen Warfalla ihre Arbeit beim größten Arbeitgeber, der staatlichen Verwaltung, verlieren würden (vgl. Lüders 2011: 99).

Die UNO verhängte 1993 Sanktionen gegen das Land, die ein Verbot des Handels, Öltransportes, der Waffenimporte und Finanzgeschäfte bedeuteten. Die USA machten nun keine Geschäfte mehr mit den libyschen Ölfirmen. Libysches Öl ist im Westen äußerst beliebt, vor allem in Europa, weil die Transportwege kurz sind, die Qualität hervorragend ist und weil es nur wenig störenden Schwefel enthält. Mit der Zeit ging der Ölexport drastisch zurück. Ab dem Jahr 1999 lockerte die UNO immer mehr Sanktionen. Ab 2003 handelte Gaddafi außenpolitisch. Er näherte sich dem Westen an, verzichtete auf Massenvernichtungswaffen und stellte sein Atomprogramm offen dar. Er gab das Lockerbie-Attentat zu und entschädigte Opfer libyscher Anschläge durch Zahlungen. Im Jahr 2003 wurden sie nach der Entschädigung der Opfer und der Auslieferung des Attentäters komplett aufgehoben. Libyen wurde wieder als ehrenwertes Mitglied in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Lockerbie-Attentäter wurde nach einiger Zeit nach Tripolis ausgeliefert (vgl. Armbruster 2011: 116f).

Während Gaddafis Amtszeit waren 60% der Libyer unter 20 Jahre alt. Gaddafi machte Milliardenengeschäfte mit Erdöl und Erdgas und investierte das Geld in sinnlose Förderungen wie fossile Wasserreserven in der Wüste, oder das

Geld verschwand einfach im „Hinterzimmer der Macht“. Somit wurde das Geld knapp. In den libyschen Familien brachten oft die Jugendlichen das Geld nach Hause, um die eigene Familie finanziell zu unterstützen. Sie peilten aus diesem Grund den Einkauf am Markt in Nachbarländern an und verkauften diese Waren dann im eigenen Land. In Libyen gab es aber einen wesentlichen Unterschied bei den Jugendlichen. Sie waren nicht der Generation Facebook zugehörig, sondern gehörten zu den jungen Unternehmern in Osteuropa nach 1989 (vgl. Lüders 2011: 102f).

Gaddafi erlegte seinem Land während seiner Amtszeit ein merkwürdiges politisches System auf. *„Doch erst die Gewalt gegen sein Volk brach seine Autorität.“* (Lutz Jäkel, zitiert nach Großbongardt 2011: 188). Am Anfang der Revolution schien es für Gaddafi noch nicht bedenklich, als sich kleinere Stämme lossagten. Dann kündigten Teile des Stammes Warfalla ihre Loyalität auf, und Gaddafi wurde zunehmend nervös. Als aber dann auch noch der Scheich Faradsch al-Suwai, der Führer des mächtigen Stammes Suwaja aus dem Norden drohte, dass er die Erdölverladehäfen blockieren würde, falls die Angriffe auf die Demonstranten nicht beendet würden, da wurde es für Gaddafi dramatisch (vgl. Großbongardt 2011: 188).

Als er anfang, die Demonstranten brutal niederschlagen zu lassen, konnten ihm Angehörige dieser Stämme in der eigenen Truppe nicht länger treu bleiben (vgl. Großbongardt 2011: 192).

3.2. „Die Revolution vom 17. Februar“

In Libyen gab es zwar schon Mitte Jänner 2011 die ersten Proteste, ausgelöst von Jugendlichen, die leer stehende Wohnungen besetzten. Die Polizei räumte sie daraufhin. Der Protest endete mit Straßenschlachten (vgl. Gerlach 2011: 109).

Ein paar Jahre zuvor, am 17. Februar 2006, waren zahlreiche Menschen in Bengasi von der Polizei erschossen worden. Der Anwalt Fathi Tarbel vertrat die Angehörigen der Opfer des damaligen Massakers. Fünf Jahre später, wollten nun auch die Libyer ihren Vorbildern Tunesien und Ägypten folgen und kündigten via Internet eine Demonstration für den 17. Februar, den „Tag

des Zorns“ an. Am 15. Februar 2011 demonstrierte eine Gruppe von rund 600 Menschen vor dem Hauptquartier der Polizei in der ostlybischen Stadt Bengasi, als der Menschenrechtsanwalt Fathi Tarbel festgenommen wurde. Zahlreiche Leute versammelten sich vor dem Sitz des Volkskomitees, um nach seiner Freilassung zu verlangen. Sie warfen mit Flaschen und Steinen, und die Polizei konterte mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Das Regime schaltete Telefon- und Internetleitungen ab. Doch die Menschen ließen sich nicht davon abschrecken und kämpften weiter für Gerechtigkeit. Am 17. Februar 2011 versammelten sich unzählige Menschen vor den Regierungsgebäuden und Polizeistationen in den verschiedensten Städten, darunter auch in der Hauptstadt Tripolis. Ihren Ursprung hatten die Auseinandersetzungen in der östlichen Provinz Cyrenaika. Der zentrale Ort für Demonstrationen und Proteste war zunächst die Küstenstadt Al Bayda, dann kam Tobruk dazu und als nächste Stadt Bengasi, die zweitgrößte Stadt des Landes. Weiters griffen die Unruhen auf den Westen über wie auf die Hafenstadt Misrata und auf die äußeren Bezirke der Hauptstadt Tripolis. Libyens Sicherheitskräfte gingen im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten gleich mit ihren Panzern und Elitetruppen gegen die Protestierenden vor und versuchten sie militärisch niederzuschlagen. Es kam zum offenen Krieg. Zahlreiche Demonstranten wurden erschossen. Zugleich wechselten Armeeeinheiten von Bengasi zu den Rebellen über. Am 20. Februar 2011 übernahmen die Aufständischen die Kontrolle über die Stadt. Zwei Tage später meldete sich Gaddafi im Fernsehen selbst zu Wort, bezeichnete die Rebellen als „Ratten, Kakerlaken und Drogensüchtige“ und wies auf die Gefahr hin, wenn Libyen ein instabiles Land wäre, es zum Einfallstor für al-Qaida werden könnte. Gaddafi ließ infolgedessen seine Truppen die Menschen von Hubschraubern aus beschießen (vgl. El-Gawhary 2011: 165f; vgl. Nordhausen 2011: 92-94; vgl. Lüders 2011: 91).

Es drangen kaum Informationen an die Öffentlichkeit, weder von Touristen noch von Journalisten - das Land war isoliert. Anfangs verleugnete Gaddafi gegenüber Journalisten, dass es Demonstranten auf den Straßen gebe und ihn die Leute verjagen wollten. Er meinte, dass sein Volk für ihn sterben würde, um ihn zu beschützen. Er versuchte trotzdem bis aufs Letzte, alles zu retten,

was aber schon längst verloren war. Gaddafi hatte sich zusehends isoliert, im Gegensatz zu den Jahrzehnten davor, wo er noch Rückhalt von seinem Volk bekam und das Land komplett veränderte, indem er die Unabhängigkeit Libyens erreichte und es auf den Weg einer egalitär-sozialistischen Gesellschaft brachte (vgl. Ben Jelloun 2011: 85; vgl. Großbongardt 2011: 189).

Gaddafi drohte der Bevölkerung, dass er alle zur Rechenschaft ziehen würde. Der damalige Justizminister Mustafa Abd al-Dschalil trat im März 2010 von seinem Amt zurück. Er schloss sich schon in der ersten Woche, am 21. Februar, den Demonstranten an und protestierte gegen die brutale Niederschlagung der Revolute. Seitdem wurde er von allen Menschen respektiert, im Gegensatz zu denen, die zu dieser Zeit weiter im Amt unter Gaddafi blieben. In der Zwischenzeit griff der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein und verabschiedete am 17. März 2010 die Resolution 1973²⁶. Der Sicherheitsrat und die Arabische Liga stimmten überein, dass die libyschen Behörden die Resolution 1970 vom 26. Februar nicht beachtet hätten und somit alle essentiellen Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung nicht durchgeführt hätten. Unter anderem wurden auch noch andere Punkte vom Sicherheitsrat verurteilt, wie beispielsweise willkürliche Verhaftungen, Verschleppungen, Folter, Vergewaltigungen und Hinrichtungen. Gaddafi hatte bessere Waffen und siegte somit über 12 000 Menschen, die ihr Leben dadurch verloren. Andere, etwa zahlreiche afrikanische und asiatische Arbeiter, wanderten aus Libyen aus (vgl. Lüders 2011: 93f).

Ende Februar 2011 verlor Gaddafi nun auch die Kontrolle über manche Städte. Vom Osten her rückten die Aufständischen immer näher, während in Tripolis auf die Menschen geschossen wurde. Die Regierungstruppen gingen eher planlos in Richtung Hauptstadt. Unterdessen schickte Gaddafi seine Streitkräfte mit Artillerie und Kampffjets an die Front und diese eroberten Stadt für Stadt zurück, bis sie in Bengasi ankamen. Hier kündigte Gaddafi am 17. März an, dass er alle Häuser durchsuchen würde - wer mit einer Waffe angetroffen würde, würde als Feind angesehen und dementsprechend

²⁶ Die März-Resolution von 1973 besagt, dass alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung erlaubt sind (vgl. Nordhausen 2011: 105).

behandelt. Drei Tage später wurden Gaddafis Panzertruppen von französischen Kampffjets zerstört und die Lufthoheit Libyens von Amerikanern und Briten übernommen, was für die Stadt Bengasi die Rettung bedeutete. Militärisch gesehen war es für niemand ein Sieg – Gaddafi hatte weder Bengasi zurückerobert, noch hatten es die Aufständischen geschafft, in den Westen zu gelangen (vgl. Nordhausen 2011: 96-99).

Im Vergleich zu Tunesien und Ägypten, wo die Armee das Blutbad auf den Straßen beendete und im Anschluss das Land kurzzeitig verwaltete, brach in Libyen die Armee sofort auseinander. Der erste Teil blieb Gaddafi loyal, der zweite Teil schlug sich auf die Seiten der Rebellen, und der dritte Teil blieb zu Hause (vgl. El-Gawhary 2011: 166).

Gaddafi hatte als Rückgrat seine Kata'ib, sprich seine Milizen, die zu ihm hielten und besser ausgebildet und ausgerüstet als seine eigene Armee waren. Man vermutete anfangs im Land einen Bürgerkrieg zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Landes. Wie sich dann herausstellte, wollten die Libyer nur genau das erreichen, was zuvor Tunesien und Ägypten schafften – den Sturz des Diktators (vgl. El-Gawhary 2011: 166f).

Gaddafi hatte mittlerweile seinem eigenen Land den Krieg erklärt. Einige Leute verließen das Land und flohen beispielsweise nach Ägypten. Die Aufständischen, die das Land momentan kontrollierten, hatten sich Waffen aus den Kasernen geholt. Andere wiederum berichteten von einem kontrollierten Libyen durch das Regime, das nachts die Demonstranten auf der Straße niederschoss. In Tobruk führten die Demonstranten die Stadt an. Sie holten ihre eigenen Waffen von zu Hause und brannten Polizeistationen nieder. Neben den Volkskomitees wurden auch andere Komitees gegründet, um wichtige Einrichtungen wie Ölanlagen, Schulen sowie Krankenhäuser zu schützen (vgl. El-Gawhary 2011: 170-175).

Eine Errungenschaft der Volkskomitees ist die Ausgabe für Grundnahrungsmittel. Diese wurden von Ägypten oder von wohlhabenderen Libyern gespendet und von freiwilligen Arbeitern verteilt. Da viele nach der Revolution keine Arbeit mehr hatten, mussten ihre Familien versorgt werden.

Man bekam ein Buch, in welchem notiert war, wie viele Kinder beziehungsweise Personen in der Familie waren. Nach diesem Schema bekam jede Familie so viele Nahrungsmittel (Reis, Nudeln usw.), wie die Anzahl der Personen in der Familie betrug. In einer Sporthalle am Rande der Stadt befand sich ein Zentrallager, wo Grundnahrungsmittel und Medikamente verteilt wurden (vgl. El-Gawhary 2011: 176).

Des Weiteren wurde eine Tageszeitung namens „Freies Libyen“ und ein Radioprogramm gegründet. Mehrere Druckereien baten kostenlos ihre Dienste an. Die Leute arbeiteten ohne Lohn und spendeten Geld. Viele Jugendliche ließen sich in Schnellkursen zur militärischen Verteidigung ausbilden und stürmten in Folge die Kaserne von Gaddafis Eliteeinheit im Zentrum der Stadt, wo es zur sogenannten Schlacht von „Katiba“ kam. Der Sprecher der Aufständischen forderte Luftangriffe und die Einrichtung einer Flugverbotszone, damit Gaddafis Männer nicht weitere Menschen abschießen könnten (vgl. El-Gawhary 2011: 178- 187).

Durch französische und britische Flugzeuge, die am 18. März die Truppen Gaddafis bombardierten, wurde der Einmarsch in Bengasi verhindert. Die NATO versuchte monatelang, mit Luftangriffen die militärische Infrastruktur von Gaddafi auszukuradieren. Während die Demonstranten in Richtung Westen marschierten, wurden sie erneut von Gaddafis Truppen zurückgeworfen (vgl. Lüders 2011: 93). Am 18. März 2011 schaltete sich der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution von 1973 ein und beschloss eine Flugverbotszone sowie ein Waffenembargo zum Schutz der libyschen Bevölkerung (vgl. El-Gawhary 2011: 188).

Außerdem gründete der Übergangsrat einen Exekutivrat mit sieben Leuten, der die Regierung vorübergehend vertreten sollte. Mitte Mai kamen 16 Mitglieder hinzu. Mahmud Dschibril, im Jahr 2007 Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftsentwicklungsrats, wurde Vorsitzender des Exekutivrats. Die Tätigkeiten des Außenministers übernahm inzwischen Ali al-Essawi. Ali Tarhouni leitete das Ressort Finanzen, Wirtschaft und Öl, und Abdul Fatah Junis leitete die Armee der Aufständischen, die mittlerweile Jugendliche in Schnellkursen ausbildeten (vgl. Nordhausen 2011: 96-99).

Um die Frauen von Demonstrationen abzuhalten, sollen Gaddafis Männer Viagra an Soldaten und Söldner ausgeteilt haben, um mehr demonstrierende Frauen vergewaltigen zu können und dies dann die Frauen einschüchtern bzw. Schande über ihre Familie bringen sollte. Die Männer sollten dadurch außerdem ihre Frauen, Töchter und Schwestern davon abhalten, auf die Straßen zu gehen (vgl. Abdel-Samad 2011: 114).

Das Volk hatte den Glauben, dass wenn sie wie die Tunesier und die Ägypter auf die Straßen gingen und genau so demonstrierten, es auch zum Sturz des Herrschers in ihrem Land kommen würde. Doch Gaddafi sah das ganz anders als sein Volk und ließ auf die Demonstranten schießen, was sich schließlich zu einem Krieg entwickelte. Während in Tunesien und in Ägypten die Menschen sehr gut organisiert und auf die Demonstrationen vorbereitet waren, war es womöglich ein Fehler der Libyer, dass sie es nicht waren. Aber auch die Tatsache, in einem Land zu wohnen, in dem Gaddafi herrscht, ist ein Zeichen dafür, dass die Leute kein Vorbild hatten, wie man eine gute Organisation herbeischafft und dass die Demonstranten nicht zurückschießen hätten sollen, was ihr zweiter Fehler war, wie Julia Gerlach in ihrem Buch schreibt. Auch ist es in Libyen so, dass sich mittlerweile Gaddafis Generäle und Vertraute seiner Armee in Richtung der Aufständischen bewegen. Durch ihre Waffen, die sie aus den Kasernen und Depots mitnahmen, bereiteten sie das Volk für den Kampf gegen Gaddafi vor und eroberten letztendlich eine Stadt nach der anderen. Die Vertreter der Opposition schlossen sich zu einem Übergangsrat zusammen. Am 27. Juni wurde der Haftbefehl gegen Gaddafi vom Internationalen Gerichtshof beschlossen (vgl. Gerlach 2011: 108-111).

Im August 2011 nahmen die Demonstranten aus Sirtan nach dreitägigen Gefechten die Vororte rund um den Flughafen von Tripolis ein, in denen sich auch die größte Residenz von Gaddafi und seinen Sicherheitsleuten befand. Sie erhielten vom Nationalen Übergangsrat den Befehl, sich im Umkreis von 25 Kilometern rund um den Flughafen um die Sicherheit zu kümmern (vgl. Horst 2012: 87).

Am 21. August war es dann soweit – die Aufständischen nahmen Tripolis ein, und Gaddafi tauchte nach seiner 42-jährigen Herrschaft in Libyen unter.

Unterstützt wurden die Aufständischen auch von der NATO und dem Nationalen Übergangsrat. Der Rat überzeugte die westlichen Stämme Libyens, die Gaddafi bislang unterstützt hatten. Ohne die Hilfe dieser Stämme hätte der Krieg nicht so schnell beendet werden können. Der Oberbefehlshaber der Gaddafi hatte am Schluss an die Einheiten appelliert, ihre Waffen niederzulegen. Am 20. Oktober 2011 wurde Gaddafi letztendlich getötet (vgl. Lüders 2011: 112f).

Nach dem Sturz von Gaddafi im Oktober ließ sich in der Nacht eine Unruhe auf den Straßen erkennen. Es kam regelmäßig zu Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen. Zuletzt vor allem zwischen Bewohnern gewisser Viertel und den Thuwar²⁷ aus der Stadt Sintan. Neben den anderen Einheiten aus Misrata, Tripolis und anderen Städten des Westens wie beispielsweise Jafran, Jadu, Rogeban waren auch sie an der Befreiung der Hauptstadt beteiligt. Sie stellten mit ihren 1 200 bewaffneten Männern die größte militärische Macht in der Hauptstadt dar (vgl. Horst 2012: 87).

Am 7. November 2011 wurde der zivile Luftverkehr in Libyen wieder aufgenommen. In der darauffolgenden Nacht kamen Leute mit ihren Pick-ups und Waffen angerückt, was dazu führte, dass Mughtar al-Achdar, Kommandeur der Kämpfer aus Sintan, bei den Chefs der Militärräte des Viertels – insgesamt gibt es in Tripolis 53 Stadtteil-Militärräte – intervenierte. Es kam bei den Kämpfen auch immer wieder zu Toten. Die Tripolitaner waren nach Gaddafis Sturz unzufriedener geworden und ließen ihre Wut gegen die Thuwar aus Sintan aus, da diese als Diebe und als undiszipliniert gelten, und forderten sie auf, die Stadt zu verlassen (vgl. Horst 2012: 87).

Nicht nur die Jugendlichen wurden immer mehr von anderen Ländern inspiriert, auch die Herrscher lernten mittlerweile voneinander. So wie Gaddafi sein Volk brutal unterdrückte, so folgten ihm auch andere Herrscher wie beispielsweise Baschar al-Assad (vgl. Gerlach 2011: 111).

²⁷ Thuwar sind Revolutionäre. Es ist die Bezeichnung für Mitglieder der Truppeneinheit, die gegen das Regime von Gaddafi gekämpft haben (vgl. Horst 2012: 89).

4. **Syrien**

Hauptstadt:	Damaskus
Staatsoberhaupt:	Baschar al-Assad
Politisches System:	Präsidentialrepublik
Bevölkerung:	22,6 Mio. (rund 90% Muslime, 9% Christen)
UNO-Entwicklungsindex:	Rang 111
BIP pro Kopf:	4730 US-Dollar

Tabelle 7: Syrien (Großbongardt 2011: 297f)

Syrien ist ein 22 Millionen Einwohner umfassender, multiethnischer und -konfessioneller Staat, wobei 77% Sunniten die Bevölkerungsmehrheit bilden. Je 10% sind Alawiten²⁸ und Christen. Die übrigen stellen Drusen und Juden dar. Die Alawiten bilden in Syrien zwar nur eine kleine Minderheit, sind aber seit Jahrzehnten an der Macht. Da sie als arm gelten, konnten sie ihre Söhne vom Militärdienst nicht freikaufen und stellten somit die Mehrheit der Soldaten. Es sprach zunächst alles gegen einen Protest, da die Gemeinschaft dabei alles zu verlieren hatte (vgl. Armbruster 2011: 94; vgl. Lüders 2011: 164).

Die Wirtschaft basiert auf versiegenden Erdölvorräten, Landwirtschaft sowie Import- und Export-Geschäften. Der Wirtschaftssektor lebt von Subventionen, und hochwertige, weltmarktfähige Güter werden nicht produziert. Syrien ist eigentlich ein rückständiges Armutsländ, das seit Jahrzehnten vom syrischen Machtapparat wirtschaftlich blockiert wurde und indirekt das Entstehen bürgerlicher Mittelschichten verhinderte (vgl. Lüders 2011: 175).

Im Gegensatz zu den anderen Ländern, die teilweise den Sturz des Autokraten mit Erfolg geschafft hatten oder bei denen eine Revolution schon in Gang war, ist Syrien ein Einzelfall. Die Nachbarstaaten wie die Türkei oder Israel drängten nicht unbedingt auf einen Regimewechsel, was auch die zaghaften Reaktionen der Europäischen Gemeinschaft und der USA erklärt. Außerdem kam die ambivalente Natur des Regimes dazu, die von Assad errichtet wurde. Das System beruhte auf vier Säulen (vgl. Nordhausen 2011: 110f):

²⁸ Die Alawiten sind eine islamische Gemeinschaft, die auf die Schiiten zurückgehen (vgl. Nordhausen 2011: 111).

Die Bevölkerung ist auch ethnisch heterogen, da 90% Araber sind. Die restlichen 10% sind Kurden, Armenier, Tscherkessen, Türken und Turkmenen. Die Säkularität und Toleranz setzte sich bei Assad durch und wurde zu einer Säule der Assad-Herrschaft (vgl. Nordhausen 2011: 111).

Zum zweiten Pfeiler seiner Herrschaft machte Assad die Forderung nach Rückgabe der von Israel im Sechstagekrieg 1967 besetzten Golanhöhen. Die arabischen Staaten hatten damals den Krieg gegen Israel und die Syrer auf diese Weise den Golan verloren. Der unbedingte Wille, dass die Syrer den Golan wieder zurückhaben wollen, ist in ihren Köpfen stark verankert, und darauf konnte Assad auch bauen (vgl. Nordhausen 2011: 112f).

Der dritte Punkt ist Assads Wille, das Land zu einer Regionalmacht aufzubauen. Syrien hat nämlich mehrere Konkurrenten im arabischen Raum. Um das zu erzielen, rüstete er sein Militär mit sowjetischem Kriegsgerät auf (vgl. Nordhausen 2011: 113).

Der letzte Punkt betrifft die Machtübernahme von Hafiz al-Assad, der das Land in einen Überwachungs- und Repressionsstaat verwandelte. Regiert wurde das Land zuerst von Hafiz al-Assad und nachher von seinem Sohn Baschar al-Assad, die beide Syrien zu einem Staat machten, in dem nur Ausnahmezustand herrschte, wo Widerstand nicht geduldet wurde und die Entscheidungen allein vom Präsidenten getroffen wurden. Mit Hilfe der Baath-Partei wurde Assad geholfen, sein Volk zu disziplinieren und in seinem Interesse die Kontrolle darüber auszuüben. Umso loyaler man gegenüber Assad ist, umso mehr Befugnisse bekommt man, wie beispielsweise die Geheimdienste (vgl. Nordhausen 2011: 114f).

In Syrien bauten die Armee und ein Dutzend Geheimdienste die Herrschaft und die Macht auf. Sie hatten den Auftrag, weitere Putschversuche zu verhindern. Im Gegensatz zum Irak unter Saddam Hussein und zu Libyen unter Gaddafi war Syrien allerdings nie eine totalitäre Diktatur. Hafiz al-Assad regierte zwar sein Land mit aller Gewalt, jedoch ergriff er weder umstrittene Ideologien noch Geltungssucht gegenüber seinen Untergebenen. Außerdem

kam er mit den religiösen Minderheiten sehr gut zurecht (vgl. Lüders 2011: 164).

4.1. Historischer Rückblick

4.1.1. Baath-Partei

Die Baath-Partei ist die Wiedergeburtspartei (Arabische Sozialistische Partei der Wiedererweckung), die formell an der Macht ist. Heute wird sie charakterisiert als „*ein Sammelbecken verdienter Funktionäre mit der Lizenz, sich aus der Staatskasse zu bedienen.*“ Ihr allein obliegt „*die Gestaltung von Staat und Gesellschaft*“ laut Artikel 8 der syrischen Verfassung (Lüders 2011: 165).

Sie wurde von einem syrischen Christen namens Michel Aflaq und dem Anhänger der alawitischen Minderheit in Syrien, Zaki al-Arsuzi gegründet und baut auf dessen säkularsozialistischer politischer Philosophie auf. Meistens übernahmen die Alawiten in der Baath-Partei die Führungsrolle. Sie haben eine liberale Haltung sowohl zu religiösen Gebeten als auch zu Frauen, halten sich aber an den Islam. Die Mehrheit der Muslime erkennt sie jedoch nicht an, vermutlich weil viele Christen in der Baath-Partei ihre politische Heimat fanden (vgl. Abdel-Samad 2011: 165f).

Das Grundsatzprogramm der Baath-Partei von 1947 wollte einen „Panarabischen Nationalismus“ mit der „Errichtung des Sozialismus“ verknüpfen. Nach dem Ende der französischen Mandatszeit 1946 war die Baath-Partei nicht die alleinige „säkulare“ Stimme in Syrien. Es gab in einem Lager Konservative und Islamisten und im anderen Kommunisten, Sozialisten und die syrischen Nationalisten (die oftmals auch panarabisch dachten). Die ersten freien Wahlen in der arabischen Welt fanden 1954 statt. Nachher gewann die Organisation des Christen Michel Aflaq und Muslims Salah al-Din Bitar (beide Gründer der Baath-Partei) immer mehr an Kraft. Im Gegensatz zu den anderen arabischen Staaten, die einen Arabischen Frühling erlebten, verfügt Syrien über eine demokratische Vorgeschichte (vgl. Großbongardt 2011: 172; vgl. Perthes 2011: 49).

Insbesondere junge Menschen aus Minderheiten wie die Alawiten, die Drusen oder die Ismailiten verspürten einen Drang zur Baath-Partei. Um sich in die junge Nation einzubringen, hat die radikale Ideologie des Panarabismus und der sozialen Erneuerung eine Option. Palästinensische Flüchtlinge und entwurzelte Alawiten aus der Provinz Alexandretta (die 1939 von Frankreich zur Türkei übertritt) fanden bei der Baath-Partei ein Zuhause (vgl. Hinnebusch 2013: 31).

In den 1950er und 1960er Jahren war in Syrien die treibende Kraft eine Kombination aus panarabischer Ideologie und Kampf um eine notwendige Landreform. Beides vereinten die Baathisten geschickt. Dadurch wurde ihre Grundlage erweitert und die Bauern im Sinne der nationalen Agenda mobilisiert. Die nationale Revolution wurde zu einer sozialen. Die kleineren und mittleren Bauern waren letztendlich die Gewinner, die durch die Umverteilung von Land einen Vorteil erzielten. Die Baath-Partei besaß somit neben Studenten, Arbeitern und Mitgliedern der unteren urbanen Mittelklasse auch unter den Bauern Anhänger, bis zu dem Zeitpunkt, als diese von feudalen Grundbesitzern enttäuscht wurden (vgl. Hinnebusch 2013: 3, 120).

Durch einen Militärputsch im März 1963 kam die Baath-Partei in Damaskus an die Regierung. 1966 kamen die Offiziere Salah Jadid und Hafiz al-Assad in einem brutalen Putsch an die Macht. Die beiden verbesserten die Landreform, verstaatlichten Betriebe und Banken und der Staat bekam das Außenhandelsmonopol. Zwar bekamen sie durch diese Maßnahmen von ländlichen und städtischen Unterschichten Zuspruch und Unterstützung, erhielten allerdings von Händlern und Unternehmern aus der städtischen Mittelschicht keinen Zulauf. Bis zum heutigen Tag war das der letzte Putsch in Syrien. Assad bezeichnete die Maßnahme damals als eine „Korrekturbewegung“. Er verbesserte die sozialistische Wirtschaftspolitik und schloss sich mit dem Bürgertum zusammen (vgl. Großbongardt 2011: 172f; vgl. Hinnebusch 2013: 52ff).

1970 erreichte Syrien einen Wirtschaftsboom, der sich durch die Öffnung nach außen ergab. Assad förderte innerhalb der nächsten Jahre die

Industrialisierung des Landes, setzte sich für Erziehung, Gesundheitswesen, Infrastruktur und Städtebau ein, beförderte die Entwicklung einer breiten Mittelklasse und steigerte somit die Mobilität der Syrer bzw. verringerte die Analphabetenrate.

Als Hafiz al-Assad 1971 Präsident von Syrien wurde, war die Baath-Partei bereits acht Jahre lang an der Macht. Die Alawiten bauten mit Assads Unterstützung vorwiegend ihre Machtpositionen aus. Im 19. und 20. Jahrhundert waren sie noch arme Bauern und lebten in den Bergen um Latakia. Sie erfuhren ihren sozialen Aufstieg durch die Kolonialpolitik der Franzosen (vgl. Khoury 1987: 44ff).

Unter dem damaligen Präsidenten Hafiz al-Assad nahm der Pragmatismus seinen Anfang, der innen- und außenpolitisch durch Stabilität und Machterhalt gekennzeichnet war. Es kam dadurch zu einer Präsidentialmonarchie und nicht zu einer Liberalisierung, wie von den Syrern erhofft (vgl. Hinnebusch 2013: 145). *„Am Ende war es seine persönliche Autorität, und diese alleine, die das Land zusammen hielt. Er war der einzige Mast, der das Zelt aufrecht hielt.“* (Patrick Seale 1990: 440).

Die Baath-Partei wurde durch Assad zu einer Massenpartei umfunktioniert. Im Jahr 1991 erreichte sie eine Mitgliederanzahl von über einer Million in einem Land, das zu dieser Zeit 13 Millionen Einwohner hatte (vgl. Batatu 1999: 177).

In der Zwischenzeit machte sich in der Partei eine Art konservativer Islamismus bemerkbar. Als sich in den Jahren 2001 der Terroranschlag vom 11. September und 2003 der Irakkrieg ereigneten, wurde der Panarabismus mit einem antiamerikanischen Islamismus verknüpft.

4.1.2. Das Regime Hafiz al-Assads (1971-2000)

Hafiz al-Assad wurde im Jahr 1930 im Dorf Qardaha geboren, das sich 15 Kilometer südöstlich der Hafenstadt Latakia befindet. Wie auch viele andere Alawiten-Dörfer ist auch Qardaha vor Assads Antritt in der Regierung von Armut betroffen gewesen. Heutzutage besitzt es breite Autostraßen, Betonwohnblocks und Villen, was den nunmehrigen Reichtum dieses Dorfes

ausdrückt. Hafiz al-Assad war damals mit 16 Jahren der Baath-Partei beigetreten. Ab dem Jahr 1963 stieg Assads Karriere schnell nach oben. Er wurde Generalleutnant, anschließend Generalmajor, des Weiteren Chef der Luftwaffe und 1966 nach dem Putsch der Neo-Baathisten Verteidigungsminister. Neben dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten zählte er zu den mächtigsten Männern Syriens. Durch einen Militärputsch 1970 wurde Hafiz al-Assad zuerst Premierminister. Im Februar 1971 gab es einen neuen Machtapparat. Der „Volksrat“ ernannte Assad im März 1971 zum Staatspräsidenten. Der Rat bestand vorwiegend aus Alawiten, die genauso wie Assad zum Stamm der Matawirah gehörten. Sein Grundsatz war, dass jemand, der nicht am Machtmonopol der Alawiten zweifelte, auch nichts zu befürchten hatte. Der Assad-Clan ging mit der sunnitischen Mittel- und Oberschicht ein Bündnis ein. Die Sunniten konnten nach Belieben ihren Geschäften nachgehen und im Laufe der Zeit einen Großteil der Privatwirtschaft übernehmen, während die Alawiten die Politik in die Hand nahmen. Für Hafiz al-Assad galt das Prinzip, dass es mit 90% der Syrer keine Probleme gäbe und für den Rest die Gefängnisse reserviert wären (vgl. Lüders 2011: 164; vgl. Schweizer 1998: 275f; vgl. Lüders 2011: 165).

1973 ließ er eine neue Verfassung erarbeiten, die dem Bedarf seines Regimes entsprach. Der neue Entwurf besagte, dass auch jemand, der kein Muslim ist, wie beispielsweise ein Christ, Staatspräsident von Syrien werden könnte. Damit wollte er eine stärkere Bindung zwischen den Christen und den Alawiten schaffen. Gleichzeitig stellte er damit die Drusen zufrieden, weil mehrere Orthodoxe die Anerkennung als Muslime verweigerten. Der neue Name „Sozialistische Volksrepublik Syrien“ verärgerte wiederum andere Bevölkerungsgruppen, da dieser Name eine Annäherung an die Politik und eine Ideologie des kommunistischen Ostblocks bedeutete (vgl. Schweizer 1998: 277).

Die Ulema²⁹ sah aufgrund ihrer traditionellen Machtstellung die neue Verfassung als eine Art Bedrohung. Die geistlichen Rechtsgelehrten

²⁹ Das sunnitische Gremium hoher geistlicher Rechtsgelehrter (Schweizer 1998: 278).

befürchteten, dass die Machthaber ihren Einfluss auf die Politik schmälern könnten. Aus diesem Grund rief die Ulema das Volk zusammen, um gegen die Regierung anzukämpfen. Es kam vor allem in den Städten Homs und Hama, den Zentren der orthodoxen Sunniten, zu Unruhen und zu brutalen Straßenschlachten. Das Militär und die Polizei griffen mithilfe ihrer Waffen gegen die Menschenmenge ein. Als die Demonstranten trotz der zahlreichen Toten noch immer nicht aufgaben, änderte Assad die Verfassung, indem er die vorher gebräuchliche Formulierung wieder in die Verfassung aufnahm (vgl. Schweizer 1998: 278).

„Die Religion des Präsidenten der Republik ist der Islam.“ (Schmauder 1998: 114).

Außerdem festigte er in Artikel 3 der neuen Verfassung die Tatsache, dass die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung sei. In der Verfassung von 1950 war sie zwar auch schon die Hauptquelle, allerdings wurde sie nicht als solche benannt (vgl. Ende 2005: 364).

Hafiz al-Assad schaffte es immer wieder, Kompromisse mit gemäßigten und radikalen Baathisten sowie mit orthodoxen Muslimen einzugehen. Da die Sunniten die überarbeitete Verfassung akzeptierten, vor allem die Bestimmung, dass der Staatspräsident Muslim sei, erkannten sie Assad als Muslim an. Somit stand es den Sunniten nicht mehr zu, die Alawiten als „ungläubig“ abzuwerten.

Im Jahr 1973 führten Terroristen Attentate auf führende Politiker der Baath-Partei durch. Die Mitglieder der Assad-Familie waren im Besonderen davon betroffen. Assad baute in der Folge seinen Polizeiapparat aus und stützte sich dabei auf vier Kräftegruppen:

- auf einen zentralen Sicherheitsdienst, der für die Überwachung der eigenen Partei zuständig war
- auf den militärischen Geheimdienst
- auf einen Sicherheitsdienst, der sich auf 22 000 Mann belief, mit einem Alawiten als Führungsspitze
- und auf eine Garde, die „Rifaat-Tiger“, mit Assads Bruder als Anführer, bestehend aus 25 000 Alawiten (vgl. Der Spiegel 27/1979:101).

Obwohl die Drusen und die Christen in diesem Sicherheitssystem mitarbeiteten, hatten sie auf die wesentlichen Machtorgane keinen Einfluss. Somit wurde die Baath-Partei letztendlich zu einem Regime der Alawiten, was für die Bevölkerung bedeutete, dass es unmöglich war, seine eigene politische Meinung zu äußern. In den nächsten Jahren wuchs die Opposition (vgl. Schweizer 1998: 277-279).

Assad ließ Regimegegner – vor allem militärische Muslimbrüder – einsperren und foltern und ungefähr 20 000 Menschen töten, als diese im Jahr 1982 in der Stadt Hama versuchten, einen Aufstand zu beginnen. Die ökonomische Lage in Syrien verschlechterte sich. In den 1990er Jahren brachen zuerst die Sowjetunion und dann der gesamte Ostblock zusammen, und damit die essentiellen Wirtschaftspartner für Syrien. Die Machthaber begannen mit dem Abbau von Subventionen und erkaufte sich die Loyalität der Bevölkerung. Zwar wurden Wirtschaftsreformen eingeleitet, nicht aber von politischen Veränderungen begleitet, und somit blieben die Reformbemühungen stecken (vgl. Großbongardt 2011: 173f; vgl. Nordhausen 2011: 113-116).

4.1.3. Das Regime Baschar al-Assads (2000-)

Für die Macht in Syrien war eigentlich der älteste Sohn von Hafiz al-Assad Basil, vorgesehen. Da dieser nach einem Autounfall im Jahr 1994 verstarb, wurde Baschar al-Assad von seinem Vater als Nachfolger ausgebildet. Mittels einer Verfassungsänderung bezüglich des Mindestalters konnte nach Hafiz al-Assads Tod nun der damals 34-jährige Baschar Präsident werden. Er galt bei der Bevölkerung als liberaler als sein Vater, da er in London Augenheilkunde studiert und geheiratet hatte (vgl. Lüders 2011: 164).

Als Hafiz al-Assad im Juni 2000 starb, hinterließ er seinem Sohn ein recht stabiles Land. Die Mehrheit der Leute waren Muslime, welche sich jedoch in eine Vielzahl von kleineren und größeren Glaubensgemeinschaften gliederten. Assad gehörte den Alawiten, einer kleinen Glaubensgemeinschaft, an. Er versuchte seit der Übernahme des Regimes von seinem Vater das Land wirtschaftlich zu modernisieren. Mittlerweile gab es zwar schon Privatbanken, Satellitenfernsehen und Mobilfunk, doch viele hatten

bisher davon nicht profitiert. Das war auch einer der Gründe, warum das Volk mit Unruhen in mehreren Städten in Syrien begann (vgl. Großbongardt 2011: 172f).

Assad besetzte mehrere Posten in der Politik, in der Wirtschaft und im Militär mit Alawiten. Außerdem kontrollierte er staatlich öffentliche Medien wie das Fernsehen, das Radio und Zeitungen, was zeigt, dass er nahezu allmächtig ist und auch nicht jeder von ihm gleich behandelt wird.

Die Bevölkerung setzte enorme Hoffnungen und Erwartungen in den damals 34-jährigen, nachdem sie seit Jahrzehnten der gleichen Macht gefolgt war. Sie wünschte sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Liberalisierung, eine politische Öffnung und bessere Lebensbedingungen. Baschar al-Assad stützte sich so wie sein Vater auf den Geheimdienst, die Armee und die Einheitspartei – die Baath-Partei (vgl. Lüders 2011: 165; vgl. Armbruster 2011: 104).

Anfangs ließ sich diese Öffnung auch gut erkennen: Baschar al-Assad war zu Beginn seiner Amtszeit ein junger Staatschef, der gegenüber dem Westen und den USA „Nein“ sagen konnte, der aussprach, was er dachte, und der den palästinensischen Widerstand gegen Israel unterstützte und zum Frieden mit Israel bereit gewesen wäre, wenn dieser auch gerecht wäre und Syrien die israelisch besetzten Golanhöhen zurückbringen würde. Er ließ mit ausländischer Hilfe große Hotels bauen, trieb den Ausbau des Internets voran, Internetcafés und westliche Bekleidungsgeschäfte entstanden; er ließ die Altstädte sanieren, die Privatinitiative wurde gefördert, und er erteilte die Erlaubnis für Privatbanken und Börsen. Er ermutigte ausländische Investoren, privatisierte Staatsbetriebe, erleichterte den Handel und die Kommunikation mit dem Ausland und ermöglichte den Ausländern das Recht zum Erwerb von Grundbesitz. Für die Bildung setzte er in Schulen und Universitäten Computer ein (vgl. Nordhausen 2011: 117).

Das alles förderte die syrische Wirtschaft in den darauffolgenden Jahren und auch das Durchschnittseinkommen nahm wieder zu. Er sprach während des letzten Jahrzehnts vom Generationenkonflikt in den arabischen Staaten und

gab an, es nicht nötig zu haben, von den Herrschern belehrt zu werden. Er verbannte Mitglieder der „Alten Garde“, die noch seinem Vater gedient hatten, ins Exil und holte sich Leute in das Regime, die mit ihm persönlich verbunden waren. Doch es gab de facto keine politischen Reformen. Einzig während eines knappen Dreivierteljahres gab es den „Damaszener Frühling“, der politische Salons³⁰ zuließ, die aber später wieder verboten wurden und deren Menschenrechtsaktivisten und unabhängige Politiker eingeschüchtert und zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Während die Bevölkerung in dieser Zeit wuchs und die Jugendlichen sehr gut ausgebildet waren, konnten die Landwirtschaft und Industrie diesen Ansturm auf Arbeitssuchende nicht standhalten. Assad kurbelte daher die Wirtschaftreformen an, ließ am Beginn seiner Amtszeit 600 politisch Gefangene in die Freiheit und das Gefängnis schließen. Die Bevölkerung war zufrieden und hatte keine Angst mehr vor einer omnipräsenten Herrschaft (vgl. Nordhausen 2011: 117).

2001 baute Baschar seine Landsleute auf, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Noch im selben Jahr kam dann doch die Wende, als die Redefreiheit in Kaffeehäusern und Teestuben mit dem Ruf nach politischer Öffnung einherging und als Oppositionelle freie Wahlen und die Gründung von Parteien forderten. Bis dato glaubten die Menschen, dass nun alles besser werden und die Demokratie einkehren würde. Doch sie vergaßen, dass Baschar dies niemals ansprach und weder ernsthaft Meinungs- und Parteienvielfalt noch die Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in Erwägung zog. Dabei sollte eines nicht vergessen werden: Er hatte zwar im liberalen Westen gelebt und in Großbritannien sein Studium absolviert, aber er war und ist noch immer der Sohn eines Autokraten und auch so erzogen worden (vgl. Nordhausen 2011: 118).

Er verbot seinem Volk regimekritische Äußerungen. Sollten diese trotzdem auftreten, lässt er die Kritiker gefangen nehmen und foltern. 2002 wurden

³⁰ Politische Salons sind für politische Debatten da. Sie lassen freie Meinungsbildung zustande kommen und sind offen für neue Dialoge und Ideen (vgl. Horst 2012: 38; vgl. <http://politischersalon.com/Vienna/index.html>).

zahlreiche Personen ins Gefängnis geworfen oder zum Schweigen gebracht. Manche Verhöre liefen etwas friedlicher als sonst ab. Man fragte die Angehörigen, ob sie wieder in Freiheit mit ihrer Familie leben wollten oder nicht (vgl. Lüders 2011: 167).

Obwohl die USA im März 2003 in den Irak einmarschierten und Syriens schlimmsten Feind Saddam Hussein stürzten, nahm Syrien über eine Million irakische Flüchtlinge auf. Für Syrien bedeutete dies eine beträchtliche Belastung für die Wirtschaft. Sie halfen auch einen Halbbruder Husseins festzunehmen, doch zog dies keine positive Auswirkung nach sich und die Beziehungen zwischen Syrien und der USA blieben weiterhin gespannt. Baschar al-Assad führte Wirtschaftsreformen durch, indem er das Land mit neuen Technologien unterstützte. Denn bisher war Syrien von Globalisierung und Technologisierung in der Form von Internet und Mobiltelefonie komplett ausgegrenzt und diese Produkte nur für eine privilegierte Minderheit zugänglich. Baschar al-Assad arbeitete an der Beziehung mit der Türkei, er ließ Paläste und Patrizierhäuser der Altstadt von Damaskus restaurieren und in Hotels, Restaurants und Boutiquen umwandeln. Dadurch stieg der Tourismus erneut und Syrien schloss ein Assoziierungsabkommen mit der EU und erhoffte sich die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation. 2005 wurden syrische Besatzer aus dem Libanon genommen, da die USA den Libanon zu einem Modell ihrer Demokratisierungsmission werden ließ und Syrien bezichtigt wurde, Drahtzieher in der Region zu sein, nachdem Premier Rafik Hariri durch eine Autobombe ermordet wurde. Für Baschar war es eine seiner größten politischen Niederlagen, und wirtschaftlich gesehen war es eine Katastrophe, da die Besatzung im Libanon profitabel gewesen war. Tausende Tagelöhner arbeiteten dort, Bankgeschäfte wurden über libanesishe Institute abgewickelt. Durch den Abzug wurde die Kooperation der beiden Länder minimiert. Die Wirtschaftsreformen, die Assad in dieser Zeit anstrebte, sollten helfen, den Schaden zu begrenzen. Es ging aber im marktwirtschaftlichen Sektor nur langsam voran, und dies wirkte sich auf den Arbeitsmarkt und auf die Preise schlecht aus. Rund ein Drittel der Syrer lebte unter der Armutsgrenze, die Landwirtschaft litt unter den Dürren, und die Menschen flohen vom Land in die Städte. Im Jahr 2005 stabilisierte sich die

Beziehung zum Irak, und Syrien wurde wieder ein bedeutender Ansprechpartner. Im Juli 2008 wurde Syrien wieder im Libanon präsent, da Assad vom damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy zum Nationalfeiertag und zur Gründung der Union für das Mittelmeer eingeladen wurde. Danach baute Assad die Beziehungen zu China und Russland aus, gewann auch Partner in Lateinamerika, und das Verhältnis zwischen den USA und Syrien besserte sich. Syrien begann 2008 Subventionen für Grundnahrungsmittel abzubauen, wodurch die Getreide- und Brotpreise stiegen (vgl. Lüders 2011: 167; vgl. Nordhausen 2011: 120f).

Doch auch wenn Assad große Sympathien gewann und immer beliebt bei seinem Volk zu sein schien, gab es in Syrien genauso schlimme Umstände wie etwa in Tunesien, Ägypten und Libyen. Denn hier herrschten bisher die gleichen Missstände, die die hohe Arbeitslosigkeit, die Einkommensungleichheiten und die Korruption betreffen. Im Vergleich zu Tunesien ist Syrien wirtschaftlich weniger erfolgreich und im Vergleich zu Ägypten repressiver.

Hafiz al-Assad selbst stammte aus einer Bauernfamilie und förderte aus diesem Grund in seiner Amtszeit auch die ländlichen Gebiete Syriens, auch um die Landflucht zu reduzieren. Man zählte seine Herkunftsregion Daraa deshalb zu den wohlhabendsten Regionen im Land. Da Assad aber eine kapitalistisch orientierte Ökonomie einführte und Investitionen in die Landwirtschaft stoppte, verarmten die Leute und erhielten auch danach keine staatlichen Hilfen. Während der Assad-Clan, manche Unternehmerfamilien, hohe Militärs und Geheimdienstler sich inzwischen bereicherten, wurde die Bevölkerung auf dem Land das erste Opfer der syrischen Wirtschaftsliberalisierung (vgl. Nordhausen 2011: 122f).

Baschar al-Assad hielt das Land Syrien mit wenig politischen und mehreren wirtschaftlichen Korrekturen aufrecht, was bedeutet, dass das Land einigermaßen stabil blieb. Als im März 2011 Unruhen im Land ausbrachen – meinen internationale Experten – hätte Assad auf die Verhaftung der Jugendlichen reagieren, sich öffentlich mehr präsentieren, Führungsstärke

zeigen und Veränderungen einleiten müssen. Dies nicht zu tun, wird als ein politischer Fehler Assads interpretiert (vgl. Nordhausen 2011: 123).

Darüber hinaus hielt er erst am 30. März seine erste Rede nach den Protesten und sprach über eine ausländische Verschwörung und dass von nun an Stabilität und Einheit zählen sollten. Im April probierte er außerdem durch Reformversprechen wie höhere Sozialleistungen, die Beendigung des Subventionsabbaus, einer Reduktion der Wehrpflicht und die Steuersenkung von Kaffee und Tee eine größere Katastrophe zu verhindern. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes kam zwar zustande, doch das Regime ging mit Scharfschützen und Panzern auf sein Volk los, führte Massenverhaftungen durch und blockierte die Mobilfunknetze. Es ist aber ungewiss, ob Assad selbst oder seine Sicherheitskräfte diese Befehle gaben, da bereits Anzeichen für Spannungen zwischen diesen sichtbar waren. Anfang Mai 2011 wurde beschlossen, dass es ab sofort keine Kompromisse mehr geben sollte und man die Proteste nur mit Gewalt beenden könnte (vgl. Nordhausen 2011: 123-125).

Am 31. Jänner 2011 forderte Assad seine arabischen Amtskollegen zu mehr Freiheit und Liberalität auf. Weil die Zivilgesellschaft in Syrien aber schwach ausgeprägt sei, und die Regierung somit nur ein langsames Tempo einschlagen könne, sei die Umsetzung demokratischer Reformen nicht in kurzer Zeit möglich (vgl. Lüders 2011: 169).

4.2. Der Bürgerkrieg in Syrien

In Syrien begann der Aufstand später als in Tunesien, Ägypten und Libyen. Zwar gab es im Februar schon einige Demonstrationen in Damaskus, jedoch waren damals nicht viele Menschen gekommen, und so wurde die Versammlung rasch wieder von der Polizei aufgelöst. Als aber Mitte März 2011 Jugendliche ihre Meinung mittels Graffiti an Mauern mit dem Slogan „Das Volk will den Sturz des Regimes“ äußerten, wurden sie verhaftet und gefoltert. Die Bevölkerung – vor allem junge Leute mit guter Ausbildung – wurde aufmerksam und konterte mit einer Demonstration. Sie forderten neue Reformen und die Freilassung der Jugendlichen.

Die Menschen protestierten aber nicht nur für die Freilassung der Jugendlichen, sondern auch, weil die Regierung Generäle nach Libyen geschickt hatte, um den Aufstand dort niederzuschlagen. Selbst in Hama fanden Demonstrationen statt, obwohl in der Bevölkerung die Erinnerung an die Geschehnisse von 1982 noch tief verankert ist, als die Regierung 20 000 Menschen tötete und gegen den Aufstand der Muslimbruderschaft vorging (vgl. Gerlach 2011: 121).

In Syrien begann der Aufstand, genau wie in Tunesien, nicht in der Hauptstadt des Landes, sondern in Daraa im Süden des Landes, nicht weit von der jordanischen Grenze entfernt, und verlagerte sich später immer mehr in andere Städte wie Latakia im Nordwesten, Homs in der Mitte des Landes und schließlich auch in die Hauptstadt Damaskus. Es ist nicht ungewöhnlich, dass nicht zuerst die Hauptstadt Syriens mit der Revolution begann, da die Stadt mitten in einer aussichtslosen Lage und von jeder Entwicklung abgeschnitten war. Die Bauern lebten in Not, da ihre Felder aufgrund des Klimawandels vertrockneten und aufgrund der daraus entstehenden Dürre. Somit mussten manche Bauern in Städte auswandern, da ihre Existenz davon abhing und ihnen der Staat keine Unterstützung bot, sondern eher bildlich gesprochen ein Messer in den Rücken stieß und Wasser abpumpte, um den Leuten in der Stadt den Durst zu stillen (vgl. Armbruster 94, 98-100).

Die Demonstrationen verliefen blutig. Die Sicherheitskräfte von Assad schossen in die Menge. Viele Menschen wurden Opfer; es folgten Beerdigungen und wieder neue Demonstrationen. Die Menschen zündeten am 18. März 2011 das Hauptquartier der Baath-Partei und die Residenz des Gouverneurs an. In weiterer Folge wurden auch Polizeiautos in Brand gesetzt. Des Weiteren wurde die Statue vom ehemaligen Präsidenten Hafiz al-Assad vom Sockel gestürzt, womit die Stadt dem Regime den Krieg erklärte. Die Sicherheitskräfte sperrten die Stadt ab und griffen die Demonstranten an, was zu weiteren Toten führte. Dieser Protest löste auch in anderen Teilen des Landes Wut und Trauer aus. Vor allem die Hafenstädte Baniyas, Latakia und die Industriestadt Homs waren sehr betroffen. Aufgrund der steigenden Proteste wurde die Regierung aktiv und unternahm einige Verbesserungen wie die

Verbilligung des Heizöls, eine Steigerung der Gehälter im Staatsdienst und die Freischaltung des sozialen Netzwerks Facebook. Mit diesen Maßnahmen fühlte sich das Regime auf der sicheren Seite (vgl. Armbruster 2011: 100).

Nach einiger Zeit liefen etliche Soldaten zu den Aufständischen über. Infolgedessen gab es zwei Seiten: Zum einen die Aufständischen mit ihren leichten Waffen und zum anderen die Armee in Syrien, die mit schwerem Geschütz vorging. Damals konnte man nicht viel über die Proteste in Erfahrung bringen, da die Journalisten in Syrien nicht gerne gesehen waren und sie sich deshalb nicht frei bewegen konnten. Bisher hatte Russland seine schweren Waffen an das syrische Militär verkauft. Mittlerweile bekamen die Aufständischen aber auch aus manchen Ländern Unterstützung. Die EU, die USA sowie Russland und China unterstützten humanitäre Hilfeleistungen. Außerdem verurteilten im UN-Sicherheitsrat alle gemeinsam die Gewalttaten, die sich in Syrien zugetragen hatten. Während die Weststaaten einen Beschluss für eine militärische Unterstützung der Aufständischen billigten, lehnten Russland und China diese ab. Als der UN-Sondergesandte Kofi Annan zwischen dem syrischen Regime und den Aufständischen zu vermitteln versuchte, wurden Vereinbarungen gebrochen, da Assad nicht von seiner Macht losließ und daran festhielt. Deshalb ist es auch schwer einschätzbar, wie lange dieser Bürgerkrieg noch andauern wird (vgl. Explainity „Syrien-Konflikt einfach erklärt“ vom 6. August 2012).

Einige Beobachter wiederum hatten bei Beginn der Demonstrationen Angst, dass der Sturz Assads in der Bevölkerung und in Syrien Chaos auslösen könnte und es zu konfessionellen Auseinandersetzungen oder zur Machtübernahme radikaler Kräfte kommen könnte. Das Regime setzte alles daran, dass die Leute weiter in Angst lebten. Während zuerst in kleineren Provinzstädten und in Großstädten wie Hama und Homs demonstriert wurde, wartete die Hauptstadt Damaskus erst einmal ab. Es gab jeden Freitag Proteste auf den Straßen, die wiederum zu weiteren zahlreichen Toten führten.

Die Behörden reagierten wie immer mit Gewalt, was die Bewohner anderer Städte auch dazu brachte, auf die Straßen zu gehen und zu protestieren.

Zahlreiche Demonstranten wurden erschossen, und die Regierung schottete ab dem 25. April die Stadt Daraa mit Panzern von der Außenwelt ab, schaltete den Strom ab und beendete die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln. Die Regierung inhaftierte 10 000 Personen und tötete zugleich 1 000 Menschen während der ersten beiden Monate. Assad ernannte im Zuge dessen eine neue Regierung mit neuen Reformen und setzte die Notstandsgesetze außer Kraft (vgl. Gerlach 2011: 122; vgl. Lüders 2011: 163).

Da Damaskus in den letzten Jahren von den wirtschaftlichen Reformen profitiert hatte, war hier nur eine begrenzte Zahl bei Demonstrationen dabei. Die Meinungen gehen hier auseinander: Während die einen gegen ihren Herrscher und dessen Regime demonstrieren gingen, waren die anderen wiederum froh über die strikte Zensur gewesen, die Assad verfolgte, da es seinem Vater nur durch diese gelungen war, die syrische Gesellschaft weitgehend von den Konflikten zwischen Drusen, Muslimen, Schiiten, Sunniten und Christen zu bewahren (vgl. Gerlach 2011: 122).

In Syrien hatte der Aufstand keinen zentralen Schauplatz wie beispielsweise den Tahrir-Platz in Ägypten. Er findet in der Provinz und nicht in den zentralen Städten statt (vgl. Lüders 2011: 174).

In der Provinzstadt Dschisr asch-Schughur in der Nähe der türkischen Grenze wurden Anfang Juni 2011 120 uniformierte Leichen gefunden. Das Regime behauptete, dass es bewaffnete Banden gewesen seien, die das Massaker eingerichtet hätten. Man war der Überzeugung, dass es sich bei den Toten um Soldaten handelte, die sich geweigert hatten, auf die Bevölkerung zu schießen und somit getötet wurden. Im Anschluss daran gingen Elitetruppen gegen die Aufständischen vor, töteten deren Vieh, zerstörten Dörfer und die Ernte. Die Folge war, dass zahlreiche Syrer in die Türkei flohen. Anders als in den anderen arabischen Ländern wie Tunesien und Ägypten verließen gut ausgebildete Syrer ihre Heimat und ließen sich in anderen Ländern nieder (vgl. Lüders 2011: 174).

Im Sommer 2011 gab es auch Demonstrationen in Damaskus, die mittlerweile besser organisiert waren. Daraufhin setzte das Regime zunehmend das Militär

ein, um Stadtviertel oder gegebenenfalls ganze Städte zu belagern, da ihnen klar wurde, dass die Demonstrationen nicht von alleine aufhören würden. Städte wie Daraa, Homs, Rastan, Hama und Idlib wurden mehrere Wochen belagert und angegriffen. Aber nicht nur die Bürger wurden mittlerweile angegriffen, es kam auch zu Übergriffen auf Polizisten oder Soldaten.

Während die Leute den Slogan „Das Volk will Baschar al Assad!“ (sic!) riefen, wandte sich wenige Tage später Assad an die Nation und kündigte an, gegen die ausländische Verschwörung vorzugehen. Louay Hussein, ein bekannter Intellektueller, der auch zur alawitischen Gruppenminderheit wie Assad angehört, bemühte sich, einen Kompromiss zwischen den Lagern zu finden und organisierte eine Versammlung der Opposition, in der die Muslimbrüder ausgeschlossen wurden, da die Regierung das als zu weitgehend empfinden würde. Außerdem kurbelte er den Übergang zur Demokratie an, indem er sagte, dass alle eine Veränderung des Regimes wollten, dieses aber nicht zusammenbrechen sollte. Des Weiteren sollte die Gewalt beendet werden und neue seriöse Reformen umgesetzt werden. Bis Mitte Juli konnte man sich noch auf keine angemessene Lösung beider Seiten einigen, und so setzte Assad seine Regierung mit noch größerer Gewalt nun auch gegen die amerikanische und die französische Botschaft ein (vgl. Gerlach 2011: 124f).

Im Herbst 2011 wurde die „Freie Syrische Armee“ (FSA) gegründet, die die Aufgabe hat, sich in den Dienst der Revolution zu stellen. Sie schützten die Demonstranten und gingen teilweise mit Guerillaaktionen gegen Armeekonvois vor, was zu andauernden Gefechten führte, die meist die Streitkräfte des Regimes für sich entschieden, da sie materiell besser ausgestattet waren. Es kam auch zu Befehlsverweigerungen oder Desertationen gegenüber Präsident Assad. Im ersten Jahr des Aufstandes, im Jahr 2011, trat kein einziger Minister oder Botschafter von sich aus zurück. Ausschließlich Assad entließ Mitglieder seines Kabinetts, wie den Verteidigungsminister im Sommer 2011. Nach diesem Jahr sprach man noch nicht von einem Bürgerkrieg, aber von einer Militarisierung des Aufstandes (vgl. Horst 2012: 39).

Die Auseinandersetzungen im Februar 2012 waren ein Höhepunkt für das offizielle Syrien, da die Regimetruppen Teile der Stadt Homs über mehrere Wochen belagerten und bombardierten, bis sie Anfang März den Stadtteil Bab al-Amr zurückeroberten. Zur selben Zeit wurde ein Verfassungsreferendum arrangiert, das die „führende Rolle“ der Baath-Partei aus der Verfassung nehmen sollte und wonach es in Zukunft eine Begrenzung der Amtsperioden des Präsidenten geben sollte. Die Begrenzung würde allerdings erst ab 2014 geltend gemacht werden, was für Präsident Assad bedeutet hätte, dass er weitere 16 Jahre im Amt bleiben dürfte. Die Türkei öffnete währenddessen ihre Grenzen für die Flüchtlinge aus Syrien und erlaubte der FSA, sich bei ihnen zu organisieren, während Damaskus regional und international immer weiter in die Isolation geriet. Die Arabische Liga, die EU sowie die USA verhängten Sanktionen gegen das Regime. Trotz starker Maßnahmen im UN-Sicherheitsrat kamen diese allerdings wegen der Vetos von Russland und China nicht zustande. Moskau und Peking gingen aber auf Distanz zur Regimespitze in Damaskus³¹ (vgl. Horst 2012: 39).

Die Opposition war sich nicht ganz über ihr weiteres Vorgehen einig, denn viele der lokalen Aktivisten setzten den zivilen Aufstand fort, während andere defensive Waffen für die FSA verlangten (vgl. Horst 2012: 39). Die syrische Bevölkerung richtete ihren Blick auf das repressive System, das es loswerden wollte, während das syrische Regime inzwischen von den anderen Revolutionen gelernt hatte und ins Auge fasste, keine Reporter mehr ins Land zu lassen und das Internet abzuschalten, um ausländische Zeugen wie Journalisten davon abzuhalten, Material über die Revolution zu schreiben oder auch über das Fernsehen zu senden. Trotz dieser Maßnahmen sind immer wieder Bilder und Videos nach außen gekommen. Der Grund dafür sind Exilsyrer, die vor den ersten Demonstrationen Satellitentelefone, Kameras, Lap Tops und Modems nach Syrien geschmuggelt haben, die völlig unabhängig vom staatlichen Internet waren (vgl. Armbruster 2011: 95f).

³¹ Russland und China stimmten am 22. März 2012 im Sicherheitsrat einer gemeinsamen Präsidentiellen Erklärung zu, in der beide zur sofortigen Beendigung der Gewalt aufgefordert wurden (vgl. Horst 2012: 39).

Auch wenn es Internetaktivisten in Syrien gibt – die ihre Namen nicht öffentlich posten –, die Demonstrationen via Facebook, Twitter und Co. den anderen Usern bekannt geben, so ist es in Syrien doch eher so, dass die Informationen zu den Demonstrationen auf traditionelle Weise den Menschen übermittelt werden, da nur knapp ein Fünftel der Syrer Internet zur Verfügung hat und dieses auch noch über keinen schnellen Anschluss verfügt. Dies bedeutet, dass die Menschen sich durch Treffen und Mundpropaganda ihre zukünftigen Demonstrationen ausmachen. Wenn also die Leute ohne Internet durch die Blogger informiert sein wollen, so müssen sie in ein Internet-Café gehen, was aber auch zum Großteil schwierig ist, da sich zu dieser Zeit dort auch gerne die Geheimdienste von Assad befinden. Die Blogger stellten ihre Videos und Berichte über ausländische Handys in das Internet. Mit der Option des Internets gelang es den Usern, dass in- und vor allem ausländische Fernsehsender Berichte zeigten, die in der ganzen Welt gesendet wurden und so die Leute auf die Situation in Syrien aufmerksam gemacht haben, was ansonsten nicht zustande gekommen wäre, da ausländische Journalisten vom Land verbannt wurden und damit die Außenwelt abgeschottet werden sollte (vgl. Armbruster 2011: 96).

Durch die Verbreitung der Mobiltelefone und der Modems sowie der sozialen Netzwerke wurden die Leute auf die Ereignisse aufmerksam. Wichtig war vor allem die Facebook-Seite „Syrian Revolution“, die Aktuelles zeigte und die Außenwelt über die Ereignisse in Kenntnis setzte (vgl. Armbruster 2011: 97).

Baschar al-Assad scheint sich aber sicher, dass es in Syrien keine Militärinterventionen wie in Libyen geben wird, da die Geopolitik dagegen spricht. Russland und China würden eine UN-Resolution nicht akzeptieren, die dann das syrische Regime unter Druck setzen oder einem Militäreinsatz den Weg ebnet würde. Die beiden Länder haben nicht im Sinn, den Nahen und Mittleren Osten dem Westen zu überlassen (vgl. Lüders 2011: 177).

VII. ISRAEL IM „ARABISCHEN FRÜHLING“

Bisher gab es drei große Kriege zwischen Israel und den Arabern. Der erste Krieg fand 1948 statt. Am 15. Mai 1948, einen Tag nach der Ausrufung des Staates Israel, erklärten die Araber den Israelis den Krieg, um Palästina wieder zurückzuerobern. Am 10. März 1949 endete dieser Krieg – er dauerte mehr als neun Monate. Die Araber verloren den Krieg, und tausende Palästinenser wurden zu Flüchtlingen. Die Araber nannten ihn einen katastrophalen Krieg, „Nakbah“. Im Zeitraum von 1949 und 1967 gab es viele Konflikte. Manche davon waren größere Konfrontationen. Der zweite Krieg 1967 dauerte nur sechs Tage. Er wurde von Gamal Abdul Nasser angeführt und führte zu mehreren palästinensischen Flüchtlingen und zum Verlust von palästinensischem Land. Der Krieg wurde als „Naksah“ (Ärger) bezeichnet. Am 6. Oktober 1973 brach der dritte größere Krieg zwischen Israel und den Arabern aus, der 20 Tage andauerte. Die arabischen Staaten vergeudeten mehrere Milliarden Dollar für diese Kriege und verloren gleichzeitig zehntausende Menschen, die gegen Israel gekämpft hatten. Israel war nicht das primäre Ziel auf ihrer Liste ihrer Feinde. Davor kamen noch Korruptionen, Mangel an Freiheit, Respekt, Gesundheitsversorgung, Bildung und ihre Diktatoren, „*die den arabisch-israelischen Konflikt zur Unterdrückung ihrer eigenen Leute nutzten.*“ (vgl. Politically Incorrect „Arabischer Frühling und der israelische Feind“).

Mit dem Arabischen Frühling fanden die Araber nun keine Zeit mehr für die palästinensischen Flüchtlinge, da zahlreiche Araber nun selbst zu Flüchtlingen wurden. Sie wurden von ihren eigenen Leuten angegriffen und von der heimischen Luftwaffe mit Bomben attackiert.

Israel hat heutzutage eine moderne Infrastruktur, die modernsten Forschungseinrichtungen und Top-Universitäten. Die Lebenserwartung der Palästinenser, die in Israel leben, ist viel höher als die jener, die in den arabischen Staaten leben. Außerdem haben sie mehr soziale und politische Freiheit.

Der Arabische Frühling hatte nicht nur innenpolitische Auswirkungen auf die Länder des Maschrek³² und des Maghreb³³. Er führte auch zu Veränderungen des strategischen Umfelds für Israel. Aufgrund der regionalen Tendenzen zu politischer Pluralisierung sieht sich Israel einem sich steigernden ablehnenden Umfeld ausgesetzt. Israel könnte aufgrund der Folgen des Sturzes von Mubarak 2011 und der Instabilität von Syrien folgenschwere Konsequenzen erleiden, die allerdings nicht zu einer fundamentalen Verschiebung der regionalen Kräfteverhältnisse führen müssen (vgl. Mühlberger 2012: 1).

„Den arabischen Transitionsstaaten gemeinsam ist ein Aufstieg von Kräften des politischen Islam, welche Israel prinzipiell feindlich gesinnt sind und Bereitschaft signalisieren, die gestiegene Bedeutung der öffentlichen – pro-palästinensischen – Meinung bewusst zu instrumentalisieren“ (Mühlberger 2012: 1).

Was die länderübergreifenden Tendenzen betrifft, so ist die gestiegene Bedeutung der Meinung der Öffentlichkeit eine der wesentlichen Folgen der Proteste in den arabischen Staaten. Nicht nur die Staaten, in denen bereits ein Sturz des Diktators erfolgte, sind davon betroffen, sondern auch jene – besonders auf der arabischen Halbinsel – die bisher den Frieden durch soziale Zuwendungen an das Volk erkaufen konnten und noch immer die Absicht haben, den Protesten zu entgehen. Für Israel bedeutet dieser Gewinn der öffentlichen Meinung, dass sie sich auf eine noch umstrittenere Umgebung als vor den Aufständen einstellen müssen, was beispielsweise auf die Länder Ägypten und Syrien zutrifft. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat bislang den öffentlichen Diskurs in der arabischen Welt bestimmt, da auch die autoritären Mächte damit die innere Unterdrückung begründeten. Während die Außenpolitik an Bedeutung verliert, stehen nunmehr innenpolitische Themen wie steigende Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit an vorderer Front. Dennoch wird der israelisch-palästinensische Konflikt in Zukunft zur Mobilisierung instrumentalisiert werden (vgl. Mühlberger 2012: 1).

³² Maschrek ist das Gebiet der heutigen Staaten Ägypten, Irak, Israel, Jordanien, Libanon, Palästina und Syrien.

³³ Maghreb ist das Gebiet der nordafrikanischen Staaten Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien.

Israel steht nach dem Sturz von Husni Mubarak vor einer bedeutungsvollen Lageänderung. Mubarak und seine Machtbasis, die Armee, waren in diesen 30 Jahren Garanten für den israelisch-palästinensischen Friedensvertrag von 1979. Obwohl eine Revision des Vertrages momentan unvorstellbar ist, würde sich dies genau laut einer Umfrage im Jahr 2012 der Großteil der Ägypter wünschen. In Zukunft wird Israel enorme militärische und wirtschaftliche Ressourcen zur Sicherung seiner Süd-West-Grenze mobilisieren müssen. Die Sicherheitslage am Sinai hat sich durch den Überfall auf Eilat im August 2011 und die Entführung internationaler Beobachter der Multinational Force of Observers (MFO) Anfang 2012 verschlechtert (vgl. Mühlberger 2012: 2).

Bis zum Mai 2012 importierte Israel aus Ägypten etwa 40%, also knapp die Hälfte, seines Erdgasbedarfs, noch dazu um ca. 50% unter dem Weltmarktpreis. Jedoch wurde diese Pipeline durch häufige Anschläge mehrmals unterbrochen. Ägypten beendete im Mai 2012 den Liefervertrag. Vermutlich steckte hinter dieser Maßnahme eine politische Entscheidung; aus diesem Grund kann Israel auf Ägypten nicht mehr länger zählen. Die anvisierte Ausbeutung der Vorkommen im Mittelmeer wird jetzt für Israel bedeutender als je zuvor, wodurch sich Spannungen mit dem Libanon und der Türkei bilden werden (vgl. Mühlberger 2012: 2).

Die Absperrung des Gazastreifens ist ohne Hilfe von Ägypten nicht aufrechtzuerhalten. Beim Grenzübergang Rafah hat bereits eine Öffnung stattgefunden, da die ägyptische Muslimbruderschaft mit der im Gazastreifen regierenden Hamas ideologisch verbunden ist (vgl. Mühlberger 2012: 2).

Das syrische Regime schickte an den arabischen Gedenktagen von 1948 und 1967 unbewaffnete Palästinenser an die israelische Grenze. Israel wehrte die Unbewaffneten mit ihren Waffen ab und verletzte zahlreiche Männer tödlich. Innenpolitisch war dies als Beweisführung für Syriens pro-palästinensische Haltung gedacht, außenpolitisch als eine Warnung vor Instabilität für den Fall eines Sturzes des syrischen Regimes zu verstehen. Sollte es zum Sturz des Regimes in Syrien kommen, würde das zwar für Israel kurzfristig kaum Veränderungen mit sich bringen, da Syrien weiterhin die annektierten Gebiete am Golan von Israel fordern würde. Jedoch würde sich dies auf die

innenpolitische Lage in den benachbarten Ländern, vor allem im Libanon, auswirken und die Stabilität der Grenze am Golan gefährden. Wenn man es langfristig sieht, würde der Regimewechsel in Syrien für Israel einen Erfolg bedeuten: Die Wirkungsmacht des Irans würde geschwächt werden, und die Golfstaaten würden dadurch der syrischen Opposition helfen (vgl. Mühlberger 2012: 2).

Durch den Arabischen Frühling kam es zu einer Annäherung zwischen den verfeindeten Parteien Hamas und Fatah. Diese Annäherung findet im Kairoer Abkommen vom Mai 2011 ihren Ausdruck, das Ägypten „zur Überwindung der Spaltung und zur Abhaltung von Parlamentswahlen“ vereinbart hat (vgl. Mühlberger 2012: 3).

Die Verwirklichung war jedoch schwieriger als gedacht, denn der Wahltermin verzögerte sich mehrfach. Beide Fraktionen warteten grundsätzlich eher ab. Man vermutete bis dato, dass die Hamas einen Aufschwung des politischen Islams in der Region bewirken würde. Darüber hinaus hielt man es für wahrscheinlich, dass das israelisch-palästinensische Verhältnis eine abwechselnde Verhärtung der Positionen erfahren würde. Während Israel eine eher passiv-defensive Einstellung verfolgt, können die Palästinenser durch die arabischen Revolutionen mit dem Gedanken an vorteilhaftere Verhandlungsbedingungen spielen (vgl. Mühlberger 2012: 3).

Die Proteste in Israel waren im Gegensatz zu den anderen arabischen Ländern hauptsächlich Sozialproteste. Während alle anderen arabischen Staaten engere Beziehungen zu der Türkei pflegen, wird Israel von der Türkei negativ gesehen. Durch den Sturz von Mubarak und die Verschlechterung der türkisch-israelischen Beziehungen ist keine einzige der drei Regionalmächte (Türkei, Iran vor 1979 und Ägypten) als Partner Israels auszumachen. Die vierte Regionalmacht Saudi Arabien empfund sich wiederum von Israel schlecht behandelt. Zu den Stützen Israels zählen ausschließlich die USA und europäische Akteure. Allerdings nimmt der Einfluss durch die Irakinvasion ab (vgl. Mühlberger 2012: 3f).

Im Gegenzug zum Zurücktreten des israelisch-palästinensischen Konflikts im öffentlichen Diskurs wird der Konflikt immer noch – vor allem von den Parteien des politischen Islam – zur öffentlichen Mobilisierung instrumentalisiert. Durch den Sturz des ägyptischen Diktators ist die Sicherheitslage – in erster Linie an der Südwestflanke – gefährdet. Durch den Zusammenbruch des syrischen Regimes könnte sich die Sicherheitslage verschlimmern und die bereits zerbrechliche Stabilität des Libanon ins Wanken geraten, was negative Auswirkungen auf Israel mit sich bringen würde (vgl. Mühlberger 2012: 4).

Der Arabische Frühling hat für Israel aber auch eine Stärkung der Positionen im Friedensprozess mit den Palästinensern bewirkt. Ein essentielles Element der Sicherheitspolitik in Israel wird neben den Konsequenzen der arabischen Revolutionen die israelische Doktrin der nuklearen Abschreckung (Samson-Doktrin) sein (vgl. Mühlberger 2012: 4).

VIII. ARABIEN UND DER WESTEN

Nasser war der bekannteste Führer der panarabistischen Emanzipationsbewegung. Dieser antikoloniale Aufbruch verwandelte sich in eine Autokratenherrschaft, die einer Zivilgesellschaft im Weg stand und Oppositionelle foltern ließ. Regime dieser Art boykottierten die Demokratie und bereicherten sich selbst. Der freie Westen hatte sich mit all diesen Regimen sehr gut arrangiert und versprach Sicherheit und Stabilität. Man arbeitete gemeinsam in Bezug auf die Flüchtlingsabwehr zusammen. Inzwischen wuchsen dort Jugendliche auf, die zwar Potenzial für berufliche Perspektiven hatten, da sie gut ausgebildet waren, jedoch keine Arbeit fanden und somit keine Aussicht hatten, eine Wohnung zu mieten bzw. ein Haus zu bauen und letztendlich eine Familie zu gründen (vgl. Nordhausen 2011: 10).

Der arabische Raum selbst, aber auch der Westen wurde von dieser Revolution überrumpelt. Frankreich und auch die EU im Gesamten haben Ben Ali über Jahrzehnte hofiert und demokratische Alternativen nie in Betracht gezogen. Aber trotzdem hieß man die Jasmin-Revolution in Tunesien natürlich willkommen. In Ägypten, das geopolitisch äußerst relevant ist, war Mubarak der wichtigste Stützpfiler der Nahostpolitik der Vereinigten Staaten. Für den Westen brachte die Stabilität dieser Regime vor allem die Unterdrückung der imaginierten oder auch realen islamistischen Gefahr, auch wenn dies oft gleichbedeutend mit der Unterdrückung jeglicher demokratischer Regierung war. Hinter dieser Politik vieler arabischer Länder steckte ein Mangel an Vertrauen in eine offene Gesellschaft (vgl. Nordhausen 2011: 11f).

Europa sieht die arabische Revolution als Chance und nicht als Gefahr. Wenn die Länder in Richtung Demokratie zusteuern, kann es sein, dass die Mittelmeerregion ein gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum wird und der Frieden wieder hergestellt wird. Wenn sich das Gegenteil beweist und die alten Autokraten nur durch neue ersetzt werden, so wird die junge Generation weiterhin frustriert bleiben, und die ganze Wut könnte auch auf Europa übertragen werden. Sollten die Revolutionen im arabischen Raum

scheitern, so werden die enttäuschten Jugendlichen nach Europa weiterziehen, um hier ihre Zukunft zu beginnen (vgl. Nordhausen 2011: 12f).

In den USA versprach Präsident Barack Obama in einer Rede im Mai 2011, Tunesien und Ägypten zusätzliche Finanzhilfe zu gewähren. Denn die Revolutionen hatten auch ihren Preis: Rückgang von Auslandsinvestitionen, Einbruch des Tourismus, Produktionsausfälle und die Arbeitslosigkeit verzeichnete eine Steigerung. Wenn die Wirtschaft einen Aufschwung erzielen könnte, so könnten auch politische Erfolge gesichert werden (vgl. Nordhausen 2011: 13f).

Wenn man sich an die Zeit vor der Revolution erinnert, dachten die meisten der europäischen Länder hinsichtlich Nordafrika an Länder, in denen Menschen leben, denen man nicht helfen kann, weil sie unterschiedlicher zu Europa nicht sein konnten und einfach anders waren. Sie haben ihre eigene Religion, ihre eigenen Verhältnisse und ihre eigenen Herrscher. Wenn man heute die Menschen befragen würde, ist sich Julia Gerlach sicher, dass die Menschen in vielen Ländern ihre Meinung geändert hätten und sie die Menschen in Nordafrika als Menschen betrachten würden, die gläubige Muslime sind und im Prinzip genau das Gleiche wie alle anderen wollen, nämlich Freiheit und Gerechtigkeit. Diese Meinungsänderung, glauben einige Araber, die in Europa leben, hängt mit den jüngsten Geschehnissen zusammen, da sie ein anderes Bild von der arabischen Welt durch die Revolutionen und den Kampf bekommen haben. Viele Muslime mussten sich bisher quasi für ihren Glauben rechtfertigen, wenn irgendwelche Terroranschläge von ihren Ländern aus verübt und nahezu immer in Verbindung mit dem Islam gebracht wurden (vgl. Gerlach 2011: 189-191).

Der Arabische Frühling hat auch in Europa einige Spuren und Auswirkungen hinterlassen, indem das Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen nachhaltig beeinflusst wurde. Nun werden hoffentlich auch die restlichen Muslime in Europa sowie auf anderen Kontinenten endlich ihre Gleichstellung bekommen und nicht gleich mit dem Terror verbunden werden. Denn für sie beginnt jetzt eine neue Perspektive. Sie wissen zwar, dass in Tunesien sowie Ägypten die Demokratie noch wackelig ist und dass in Libyen und Syrien die

Freiheit einen hohen Preis gekostet hat und noch immer kostet, aber sie wissen auch, dass Tunesien, Ägypten und Libyen es bereits geschafft haben, ihre jahrzehntelangen herrschenden Diktatoren zu stürzen (vgl. Gerlach 2011: 198f).

Bisher ist noch nicht ganz klar, wohin die Bewegungen führen werden, aber eines ist klar: Ohne einen Anfang kann sich auch nichts verändern!

„Das Unmögliche ist möglich, wenn man zusammenhält.“ (Gerlach 2011: 199).

IX. RESÜMEE UND AUSBLICK

Die Araber wurden über Jahrhunderte hinweg von fremden Regimen regiert, von osmanischen Sultanen oder von christlichen Kolonialherren. Insbesondere Frankreich und Großbritannien teilten Arabien unter sich auf. Manche arabische Länder erreichten nach dem Zweiten Weltkrieg die Unabhängigkeit. Doch anscheinend sind ihnen die Chancen eines demokratischen Neuanfangs entgangen. Es entstanden daraufhin autoritäre Regime, die mit ihren Herrschern für Korruption und Unterdrückung sorgten (vgl. Großbongardt 2011: 7).

Jahrzehntelang unterdrückten diese Regime die Entstehung eines bürgerlichen Selbstbewusstseins und einer Zivilgesellschaft. Es war vor allem auch der arabische Polizei- und Folterstaat, der die Bildung einer säkularen Opposition boykottierte und die unzufriedenen Leute zum militanten Islamismus hintrieb (vgl. Großbongardt 2011: 26).

In den letzten Jahrzehnten gab es in den arabischen Staaten viele Gründe für Proteste: Korruption, Arbeitslosigkeit, Armut sowie steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise.

Außerdem herrscht in arabischen Ländern ein anderes System bei den Präsidentschaften verglichen mit Ländern wie beispielsweise den USA, wo der Präsident vom Volk aus freien Stücken gewählt wird, er vier Jahre lang sein Amt vertritt und nachher für weitere vier Jahre gewählt werden kann. In den arabischen Ländern ist es oft so, dass der Präsident nicht sein Amt durch die Entscheidung der Wähler bekommt, sondern mittels der Macht der Sicherheitsorgane³⁴ und deren Talent, Oppositionelle mundtot zu machen. Aus diesem Anlass braucht der Präsident quasi auch keinen Wert daraufzulegen, ob ihn sein Volk mag oder nicht. Er verlässt sich auf seine Sicherheitsorgane, die ihn schützen (vgl. Aswani 2011: 46).

³⁴ Die Sicherheitsorgane sind die sogenannte Autorität, die über viele Entscheidungen wachen: die Ernennung des Bürgermeisters, von Fakultätsdekanen oder Universitätspräsidenten, bis zur Bewilligung von Parteigründungen, der Vergabe von Satelliten- und Zeitungskanälen oder der Besetzung von Ministerposten (vgl. Aswani 2011: 46).

Man kann mit dem Präsidenten nicht um sein Amt konkurrieren, da es das Ziel des Regimes ist, den gegenwärtigen Präsidenten im Amt zu behalten. Des Weiteren kann der Präsident machen, was er will. Er ist niemandem Rechenschaft schuldig, was die Ausgaben des Budgets betrifft. Man weiß auch nicht, wie viel Vermögen er besitzt oder wie viel Geld er und seine Kinder/Verwandten in ausländischen Banken deponiert haben. Außerdem kann der Präsident wichtige Entscheidungen treffen, ohne dass das Volk in Kenntnis gesetzt wird, wie zum Beispiel die Ernennung eines Ministers. Dieser muss nicht wirklich kompetent sein, sondern einfach dem Präsidenten gegenüber loyal sein – somit besitzt er bereits eine gute Voraussetzung (vgl. Aswani 2011: 47f). Wie Michael Lüders schon sagte: „*Die Korruption ist wie ein Elefant, den jeder sieht, über den aber niemand sprechen darf.*“ (Lüders 2011: 47).

In Europa beklagen sich schon zahlreiche Leute über das soziale Netzwerk Facebook, das immer mehr Datenschutzlücken vorzuweisen hat. In den arabischen Ländern hingegen verdanken die Menschen u.a. diesem Medium, dass sie ihre Diktatoren aus dem Amt treiben konnten (vgl. Abdel-Samad 2011: 12). Die arabische Welt wird durch eine Facebook-Revolutionenbewegung angetrieben und verändert durch ihr innovatives Denken nicht nur politische Grundlagen, sondern auch die Gesellschaften. Mit Hilfe von Handyvideos und Blogs über das Internet konnten die ausländischen Journalisten informiert werden, die diese Informationen rasch in der ganzen Welt öffentlich verbreiteten und somit erfolgreich zur arabischen Revolution beitrugen (vgl. El-Gawhary 2011: 204; vgl. Armbruster 2011: 192).

Die Muslimbrüder waren anfangs Sozialrevolutionäre und antikoloniale Agitatoren. Sie verwandelten sich im Laufe der Zeit in eine patriarchale Bruderschaft. Sie wussten selbst in all den Jahrzehnten nicht, ob sie lieber eine religiöse oder politische Bewegung sein wollten. Im Jahr 2000 kam es bei ihnen zu einem Konflikt zwischen Jung und Alt, woraufhin sich der Oberste Führer Mohammed Akif wenige Jahre später verstärkt um die Jungen bemühte und ihnen Führungspositionen anbot. Gleich nach Beginn des Aufstandes forderte die Muslimbruderschaft Mubarak auf, substantielle Reformen

durchzuführen. Auch die Muslimbruderschaft war mit den gesellschaftlichen Umbrüchen Ägyptens konfrontiert. Es entwickelte sich nach und nach in Ägypten eine Muslimschwesternschaft. Während der Revolution half diese den Demonstranten und übernachtete auf dem Tahrir-Platz, was vor der Revolution als unmöglich gegolten hatte (vgl. Lüders 2011: 152-154).

Für die Leute war es nicht leicht, jeden Tag protestieren zu gehen und gegen die Diktatur im eigenen Land zu kämpfen. Tagtäglich setzten sie ihr Leben aufs Spiel und wurden mit Tränengas, Gummigeschossen und scharfer Munition beschossen. Bei der Revolution setzten die Diktatoren jede Möglichkeit ein, darunter ihr gesamtes Waffenarsenal, um die Revolutionen zu unterbinden. Die Scharfschützen schossen, Leute wurden von Panzern überrollt und verbluteten auf der Straße. Viele wurden verhaftet oder sind sogar verschwunden. Man konnte sich eigentlich nie sicher fühlen, ob nicht eines Tages ein Polizist vor der Türe steht und einen verhaftet, einsperrt und foltert. Denn so wie die Regime mit den Demonstranten umgingen, war ihnen jedes Mittel Recht, um die Leute davon abzuhalten, an den Protesten teilzunehmen. In Libyen und Syrien schossen die Machthaber mit Kanonen auf ihre eigene Bevölkerung und warfen auch Bomben aus Kampfflugzeugen ab (vgl. Lüders 2011: 60, vgl. Abdel-Samad 2011: 13; vgl. Armbruster 2011: 191). Jeder Mensch, der auf die Straße ging, um zu demonstrieren, war sich bewusst, dass er vielleicht nicht mehr nach Hause kommen würde. Doch die Menschen bevorzugten es, lieber zu sterben, als weiterhin ohne Würde zu leben (vgl. Großbongardt 2011: 201).

Die Polizei entwickelte Methoden zur Überwachung der Bürger und versperrte somit ihre Kommunikationswege. Die Regime setzten ganz auf ihre Sicherheitsapparate. Wenn diese nicht mehr funktionierten, so funktionierte auch das Regime nicht mehr, was in Ägypten bereits am 28. Jänner passierte, als sich die Polizeieinheiten vom Tahrir-Platz zurückzogen und nicht erst am 11. Februar, als Mubarak zurücktrat (vgl. Abdel-Samad 2011: 77f).

Daraufhin fiel den Diktatoren nichts anderes ein, als die Gefängniszellen zu öffnen und die Gefangenen in die Öffentlichkeit fliehen zu lassen, um Unruhe in den Städten zu verbreiten. Sie brachten auch mit folgenden Maßnahmen

Unruhe in die Bevölkerung: Sie täuschten Engpässe bei den Nahrungsmitteln vor, worauf die Lebensmittelpreise stiegen. Schlägerbanden gingen auf die Leute los, um Angst zu verbreiten (vgl. Abdel-Samad 2011: 194; vgl. Armbruster 2011: 22).

Die Regime mussten sich nach den andauernden Demonstrationen eingestehen, dass die Polizei die Kontrolle verloren hatte und die Situation, trotz Brutalität der Polizei, unterschätzt hatte. An die abendliche Ausgangssperre hielt sich auch kein Einwohner (mehr).

Obwohl in den Ländern Tunesien und Ägypten ein ähnlicher Anlass, nämlich der Tod von Mohamed Bouazizi bzw. der von Khaled Said, Spuren im Land und hinsichtlich der Revolution hinterließ, unterscheiden sich beide Länder doch sehr voneinander: Während Ben Ali in Tunesien auf religiöse Erziehung und religiöse Organisationen eher verzichtete und bei Moscheen veranlasste, diese spätestens 30 Minuten nach Ende des Gebets zu schließen, damit keine Diskussionen entstehen, legte Mubarak auf religiöse Institutionen und religiöse Bildung viel Wert. Im Endeffekt führen uns die Unterschiede aber wieder zu einer Gemeinsamkeit: Die Macht der beiden Diktatoren und die Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen Korruption und Machtmissbrauch. In Tunesien veröffentlichte WikiLeaks knapp drei Monate vor Beginn der Revolution geheime US-Dokumente über den Lebensstil von Ben Ali und seiner Frau. In Ägypten enthüllte und veröffentlichte der Nachrichtensender Al Jazeera Fälle von Machtmissbrauch in der Familie Mubarak. Nach den langen Protesten schafften die Menschen es aber dennoch, dass der tunesische Präsident Ben Ali am 14. Jänner 2011 von seinem Amt zurücktrat und nach Saudi-Arabien ins Exil verschwand bzw. dass Mubarak am 11. Februar 2011 zurücktrat und später verhaftet wurde (vgl. Abdel-Samad 2011: 74f).

Während in Tunesien und in Ägypten die Herrscher schnell ihr Amt niederlegten, sah das Ganze in Libyen und Syrien anders aus: Hier ließen und lassen sich Gaddafi und Assad nicht so schnell vertreiben, da sie von den anderen beiden Ländern gelernt hatten, hart zu bleiben und lieber auf ihr Volk zu schießen als freiwillig aufzugeben (vgl. Abdel-Samad 2011: 192f).

In Libyen kam es dann aber doch zum Sturz von Gaddafi, der am 20. Oktober 2011 nach seiner vermeintlichen Flucht erschossen wurde. Der Staat musste sich nach dem Regime von Gaddafi neu erfinden. *„Die Gefahr besteht, dass sich das Machtzentrum erneut verschiebt, zurück in die Cyrenaika, auf Kosten Tripolitaniens.“* (Lüders 2011: 110). Unter anderem werden auch die Gaddafa, die Magarha und mehrere Warfalla an Einfluss verlieren. Ein Guerillakrieg³⁵ wäre auch nach der Verteilung von Macht und Ressourcen nicht ausgeschlossen. Die Stammesstrukturen in den Städten wie Tripolis, Bengasi, Misrata haben auch an Einfluss verloren (vgl. Lüders 2011: 110f).

Die Muslimbrüder stehen für soziale Gerechtigkeit und repräsentieren einen politischen Islam. Wichtig ist jetzt erstmals, dass das Land Libyen institutionell von der Verfassung bis zum Wahlgesetz aufgebaut wird. Es wird zur Verteilung der Ressourcen kommen, zu Kämpfen um die Einnahmen aus der Erdölförderung, und anschließend wird die Regierung mit den Stämmen Koalitionen bilden. Ein möglicher Staatszerfall ist auszuschließen (vgl. Lüders 2011: 111f). Doch ob hier eine neue Diktatur, ein demokratisches System oder eine Stammeskonföderation entsteht oder ob der Staat in Anarchie zerfällt, wird von den libyschen Konfliktparteien abhängig sein (vgl. Großbongardt 2011: 275).

Syriens Regime setzte bisher vor allem auf Gewalt. Die Experten Heiko Wimmen und Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die sich mit Syrien beschäftigen, meinen daher, dass das Regime Assad nicht reformierbar ist. Assad sei nicht bereit, „mittelfristig das Machtmonopol der Baath-Partei zur Disposition“ zu stellen. In Syrien fürchtet man einen Zerfall des Staates entlang ethnischer und konfessioneller Linien. Wie dieser Staat beschaffen sein wird, weiß man nicht. Im Falle Libyens geht man davon aus, dass die Alternativen zu den vergangenen Systemen nicht demokratisch sein werden (vgl. Armbruster 2011: 223; vgl. Großbongardt 2011: 270f).

³⁵ Ein Guerillakrieg bezeichnet einen Krieg, in dem kleine Gruppen von Kämpfern gegen fremde Soldaten einer Armee in ihrem eigenen Land kämpfen. Die Leute, die den Krieg führen, nennt man die Guerilleros.

Während der Revolution bemühten sich die EU und die USA hilfsbereit auf die arabischen Staaten zuzugehen und ihnen gegenüber mehr Offenheit zu zeigen bzw. auch Angebote zu Ausbildung und Arbeitsmigration anzubieten (vgl. Großbongardt 2011: 276).

Auch wenn die arabische Revolution in manchen Ländern noch nicht abgeschlossen ist, so haben die Menschen schon einen Weg gefunden, wie sie den Prozess in Gang bringen konnten. Sie haben einen großen Schritt in Richtung Freiheit gemacht und einen Teil ihrer Ziele erreicht. Ihre Prinzipien lauten nicht umsonst, für „Gerechtigkeit, Würde und Freiheit“ zu kämpfen.

Manche arabischen Länder konnten sich schon von ihren Diktatoren befreien. Die Revolution war ohne Frage eine Zäsur, obwohl die Sicherheitsapparate und die alten Eliten noch nicht wirklich abgelöst sind. Die neue arabische Welt ist wesentlich pluralistischer und komplexer. Und der arabische Pluralismus braucht Zeit, um sich zu organisieren. In anderen arabischen Ländern wird immer noch darum gekämpft, die alten Herrscher loszuwerden.

Ob es der Tribalismus war, das Erbe der Kolonialzeit, der militante Islam, die machthaberischen und gewalttätigen Diktatoren. Warum auch immer die arabischen Staaten die Moderne versäumt haben, eines steht fest: Ohne die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die um ihre Zukunft zu kämpfen begannen, um die arabische Welt aus dieser Starre der Verzweiflung und Erniedrigungen zu holen, würden die Leute womöglich in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten noch immer auf ein Wunder hoffen. Da es mittlerweile Medien wie Internet gibt, können Jugendliche, ihre Eltern und Großeltern mitverfolgen, wie es in anderen Ländern und auf anderen Kontinenten zugeht. Sie haben daher Einsicht in das politische Leben anderer Staaten. Somit kann man diese Revolutionen in der arabischen Welt als eine soziale Revolution bezeichnen (vgl. Großbongardt 2011: 31).

Die arabische Revolution hat bisher eines auf jeden Fall gezeigt: Eine Kultur, die auf Autorität und Hierarchie setzt, zugleich aber die politische Autorität des Herrschers in Frage stellt (vgl. Abdel-Samad 2011: 160).

Im Moment scheint in den arabischen Staaten eine offenere und freiere Welt zu entstehen. Am wahrscheinlichsten ist in Tunesien und in Ägypten eine demokratische Konsolidierung zu erwarten. Die Armeen haben gezeigt, dass der Staat wichtiger als das Regime ist. Tunesien wird womöglich europäische Unterstützung brauchen, um erfolgreich einen demokratischen Aufbruch zu erzielen. Diese könnte in Form einer Öffnung der europäischen Märkte für tunesische Agrarprodukte ausfallen. In Ägypten steht das Militär vor einer harten Aufgabe: Es muss einen demokratischen Neuanfang schützen und zur selben Zeit den eigenen Rückzug von der Macht verhandeln. Dabei werden Schwächen aufgezeigt, aber möglicherweise entsteht eine Demokratie, die irgendwann funktionieren wird (vgl. Großbongardt 2011: 268f).

Die arabische Welt steht an einem Wendepunkt: Entweder sie entscheidet sich für eine Demokratie mit Gleichberechtigung von Mann und Frau, Christen, Muslimen, Bahai, Alawiten, Kurden und Areligiösen, oder aber die Demokratie scheitert, weil die Länder ihre Vergangenheit nicht hinter sich lassen können. Die Modernisierung in den arabischen Ländern misslang bisher immer an zwei Stellen: an der Stammeskultur und an der Religion. Diese Stellen boten einen guten Schutz für Diktatoren (vgl. Abdel-Samad 2011: 176f).

Was die Zukunft betrifft, so hat die Übergangsregierung in Tunesien Anfang Juli 2011 bezüglich der Polizei einen Schritt in Richtung Modernisierung gemacht. Alazher Alakremi, der frühere Menschenrechtsaktivist, übernahm das Amt des stellvertretenden Innenministers. Die Gründung neuer Schulen und Bildungsstätten und die dazugehörige Ausbildung der Lehrer sollten zur Verbesserung in diesen Bereichen führen. Auch die technische Ausbildung sollte gefördert werden (vgl. Abdel-Samad 2011: 222, 227).

Sowohl Tunesien als auch Ägypten bieten für die Tourismusbranche schöne Strände und wertvolle Baudenkmäler an. Was die Autobranche betrifft, so sind in beiden Ländern Rohstoffe und billige Arbeitskräfte vorhanden. Des Weiteren wäre noch der Suezkanal eine lohnende Investition. Ertragreich wären auch Angebote zur Lagerung von Gütern und zur technischen Wartung der Schiffe. Der in den USA lebende Geologe Farouk El-Baz schlug damals

Mubarak vor, ein blühendes Tal in der Wüste zu erschaffen, um neue urbane als auch Agrarzentren entstehen zu lassen. Das Projekt hätte die Möglichkeit geboten, die Nahrungskrise zu bewältigen (vgl. Abdel-Samad 2011: 228f).

Die Forschung in der arabischen Welt ist sehr zurückgeblieben und auch die Abhängigkeit vom Erdöl als Haupteinkommensquelle hinderte die arabischen Länder daran, die Folgen der Erderwärmung frühzeitig zu erkennen. Der Energiebedarf wächst und die arabischen Länder werden auf dem Weg wirtschaftlicher Umstrukturierung und steigender Industrialisierung doppelt so viel Energie brauchen wie heute. Ägypten, das auf Erdöl, Erdgas und Elektrizität angewiesen ist, will auf Atomenergie umsteigen. Außerdem besitzt Ägypten am Roten Meer windstarke Regionen und am Mittelmeer sonnenstarke Küsten, die zur Nutzung von Wind- und Solar-Energie geeignet sind. Tunesien kann ebenfalls von der neuen Solar-Technik profitieren, da das Land kaum über eigene Energiequellen verfügt (vgl. Abdel-Samad 2011: 229-232).

Die Frage ist, wie es jetzt nach den Revolutionen weitergeht. In Tunesien, Ägypten und Libyen wurden die Diktatoren bereits gestürzt. Es fehlen jedoch Grundlagen, Geld und Rahmenbedingungen, um das Erreichte zu verankern. Die Zeit danach politisch zu gestalten, erweist sich als schwierige Aufgabe. Es geht jetzt um die Rechtsstaatlichkeit, um Menschenrechte und um die Vielfalt der Meinungen jedes einzelnen Menschen. Parteien, die demokratisch sind, müssen geschaffen werden. Dann wäre da noch die Gleichberechtigung der Frauen, die eingeführt werden müsste. Außerdem wäre es sinnvoll zu wissen, wie Staat und Religion zueinander stehen. Die Leute sollen ab jetzt mitreden können und die Hegemonien mit den Forderungen einer Zivilgesellschaft in Übereinstimmung gebracht werden (vgl. Lüders 2011: 78f). Das sind teils noch utopische Forderungen, die hier erhoben wurden. Die Zukunft wird weisen, wie utopisch diese Vorhaben sind.

Voraussagen kann man den (weiteren) Verlauf der arabischen Revolution in den anderen Ländern nicht. Bisher ist die Entwicklung nicht einheitlich verlaufen. Die arabischen Länder stehen am Beginn eines Epochenwandels, der erst in Jahren oder Jahrzehnten endgültig Gestalt annehmen wird und der

sich auch in allen Ländern unterschiedlich entwickeln und auswirken wird. Bisher ist nur eines klar, und zwar, dass die Leute wieder über Politik sprechen und ihre Meinung mitteilen (vgl. Lüders 2011: 201).

Tunesien und Ägypten steuern am meisten in Richtung demokratischer Wandel. Sie hatten beide trotz äußerst umstrittener Machthaber jahrzehntelang funktionierende staatliche Institutionen, eine Jugend mit guter Ausbildung sowie bürgerliche Mittelschichten als gesellschaftliche Träger des Wandels. Sollte dort der wirtschaftliche Aufschwung in Verbund mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gelingen, würden sich weitere Staaten an ihnen orientieren (vgl. Lüders 2011: 202).

Im Mai 2011 wurde beim G8-Gipfel in Deauville eine Art Marshall-Plan für Tunesien und Ägypten beschlossen, der sie mit Milliarden Dollar unterstützen soll. Inwieweit dieses Geld sinnvoll in Arbeitsplätze und rechtsstaatliche Strukturen wie die Ausbildung von Richtern und Polizisten investiert wird, ist unklar. Syrien steht momentan am Rande des Staatsbankrotts (vgl. Lüders 2011: 202).

In den arabischen Ländern wird der Weg der Transformation weiterhin ungewiss verlaufen und wohl auch durch Rückschläge und eine Phase der Instabilität gekennzeichnet sein. Von einem Ende der Autokratien kann man noch lange nicht sprechen. Der Arabische Frühling hat allerdings Hoffnungen geweckt, dass auch in den arabischen Ländern ein Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt wurde, der nicht aufzuhalten ist. Die Augen der Welt sind mit Misstrauen, aber auch mit viel Sympathie auf die Geschehnisse im arabischen Raum gerichtet.

X. BIBLIOGRAFIE

ABDEL-SAMAD, Hamed (2011): Krieg oder Frieden - Die arabische Revolution und die Zukunft des Westens. München: Droemer Verlag.

ARMBRUSTER, Jörg (2011): Der arabische Frühling - Als die islamische Jugend begann, die Welt zu verändern. Frankfurt am Main: Westend Verlag.

ASWANI, Alaa al (2011): Im Land Ägypten - Am Vorabend der Revolution. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

BATATU, Hanna (1999) : Syria's Peasantry: The Descendants of Its Lesser Rural Notables and their Politics, Princeton: Princeton Univ Press.

BEN JELLOUN, Tahar (2011): Arabischer Frühling - Vom Wiedererlangen der arabischen Würde. 3. Auflage. Berlin: Bloomsbury Verlag.

BERNDT, Ernst R. (1982): From Technocracy to net Energy Analysis: Engineers, Economists and recurring Energy Theories of Value. Massachusetts Institute of Technology (MIT): Sloan School of Management.

EISENSTEIN, Herbert (2009): Geschichte Libyens in islamischer Zeit, in: Fritz Edlinger/Erwin M. Ruprechtsberger (Hg.) (2009): Libyen. Geschichte – Landschaft – Gesellschaft – Politik. Wien: Promedia Verlag.

EL-GAWHARY, Karim (2011): Tagebuch der arabischen Revolution. Wien: Kremayr & Scheriau Verlag.

ENDE, Werner und Udo Steinbach (2005): Der Islam in der Gegenwart: Entwicklung und Ausbreitung, Kultur und Religion. Staat, Politik und Recht. 5. Auflage. C.H. Beck Verlag.

ERDLE, Steffen (2001): Tunesien - Autoritarismus versus Modernität, in: Informationen zur politischen Bildung. Heft 272. Bonn.

ERDLE, Steffen (2010): Ben Ali's „New Tunisia“ (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World. Berlin: Klaus Schwarz Verlag, (Islamkundliche Untersuchungen. Bd. 301).

GABRIELI, Francesco (1964): Die arabische Revolution. Köln: DuMont Schauberg.

GERLACH, Julia (2011): Wir wollen Freiheit! Der Aufstand der arabischen Jugend. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

GROSSBONGARDT, Annette und Norbert F. Pötzl (Hg.) (2011): Die neue arabische Welt - Geschichte und politischer Aufbruch. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

HINNEBUSCH, Raymond (2001): Syria - Revolution from above. London: Routledge Chapman & Hall.

HORST, Jakob (Hg.) (2012): Edition Le Monde diplomatique - Arabische Welt: Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder. Berlin: TAZ.

KHOURY, Philip S. (1987): Syria and the French Mandate: The Politics of Arab Nationalism, 1920-1945: Princeton Studies on the Near East. Princeton University Press.

KRAUSHAAR, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten - Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag.

KREITMEYR, Nadine und Oliver Schlumberger (2010): Autoritäre Herrschaft in der arabischen Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 24/2010 (Themenheft: Arabische Welt). Bonn.

LÜDERS, Michael (2011): Tage des Zorns - Die arabische Revolution verändert die Welt. München: C.H.Beck Verlag.

MÜHLBERGER, Wolfgang und Christian Wurzer (2012): Israel im Arabischen Frühling, in: IFK Monitor 14/2012.

NORDHAUSEN, Frank und Thomas Schmid (Hg.) (2011): Die arabische Revolution - Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Christoph Links Verlag.

PERTHES, Volker (2011): Der Aufstand - Die arabische Revolution und ihre Folgen. München: Pantheon Verlag.

PLEINER, Horst (2012): Der Arabische Frühling und seine sicherheitspolitischen Auswirkungen, in: ÖMZ 06/2012.

SCHMAUDER, Katrin (1998): Das Darlehen im Syrischen Kulturraum: Geschichte und Gegenwart: rechtshistorische und rechtsvergleichende Betrachtung. LIT Verlag.

SCHMITZ-KAIRO, Paul (1942): Die arabische Revolution. Leipzig: Wilhelm Goldmann Verlag.

SCHNEIDER, Wieland (2012): Das Ende der Angst? Die Zukunft der arabischen Welt. Wien: Braumüller.

SCHWEIZER, Gerhard (1998): Syrien - Religion und Politik im Nahen Osten. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.

SEALE, Patrick (1990): Asad: The Struggle for the Middle East. Univ of California Press.

TODD, Emmanuel (2011): Frei! Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet. München: Piper Verlag.

WOLFF, Christian (2008): Die ägyptische Muslimbruderschaft - Von der Utopie zur Realpolitik. Diplomica Verlag.

Internetadressen

Alle angegebenen Internetadressen wurden am 15. Juni überprüft.

ARTE Doku

<http://www.arte.tv/de/acc/244,em=045627-000.html>

Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59008/regionale-kooperation?p=all>

Der Standard

<http://derstandard.at/1295571379343/Militaer-Armee-und-Volk-sind-eins>

Explainity

http://www.youtube.com/watch?v=e_n4twVNov0&list=UUYUZr-O3UdDdm_mF4XA_TbA&index=1&feature=plcp?feature=player_embedded

Facebook Gruppe „Jugendbewegung des 6. April“

<https://www.facebook.com/JugendbewegungDes6April>

Global Politician

<http://www.globalpolitician.com/print.asp?id=2923>

News-Nahost Blogspot

<http://news-nahost.blogspot.co.at/2012/08/geschichte-des-arabischen-nationalismus.html>

Politically Incorrect

<http://www.pi-news.net/2012/10/arabischer-fruhling-und-der-israelische-feind/>

Politischer Salon

<http://politischersalon.com/Vienna/index.html>

Spiegel-Online

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/internet-kampagne-web-aktivisten-drohen-aegyptens-regierung-a-741990.html>

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40349285.html>

Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/politik/krise-in-aegypten-die-kinder-des-april-rufen-zum-protest-1.1053426>

Washington Post "Top Six International News Channels Watched by Arab Viewers"

http://hal.archives-ouvertes.fr/docs/00/37/35/60/PDF/Lamloum_Affair_manar.pdf

Wissen.de

<http://www.wissen.de/lexikon/nagib-ali-mohammed>

WKO Länderreport

<http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-aegypten.pdf>

<http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-libyen.pdf>

<http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-syrien.pdf>

<http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-tunesien.pdf>

YouTube

<http://www.youtube.com/watch?v=5zW4AKrOlak>.

XI. ANHANG

Deutsches Abstract

Die Diplomarbeit befasst sich mit der arabischen Revolution, die im Jänner 2011 ihren Höhepunkt erlebte und als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wird. Nach einer Einleitung, in der das Forschungsinteresse und die Vorgehensweise beschrieben werden, folgen die inhaltlichen Kapitel. Dabei wird zunächst der Begriff „arabische Welt“ erörtert, anschließend die Gründerländer der Arabischen Liga, ihre Sprache sowie Religion und die Unterschiede zwischen der Arabischen Liga und der Europäischen Union erläutert.

In weiterer Folge werden die Ursachen für autoritäre Herrschaftsformen in der arabischen Welt und für den Ausbruch der Revolution untersucht. Hierbei lässt sich erkennen, dass eine Vielzahl von Gründen für eine Revolution vorlag. Ihren Anfang nahm die Revolution mit dem Freitod des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi in Tunesien und entwickelte sich zu einer sozialen Revolution. Das Kapitel „Die Rolle der Medien“ zeigt einen entscheidenden Prozess während des Arabischen Frühlings. Insbesondere das neue Medium Internet spielte eine entscheidende Rolle bei den Auseinandersetzungen. Anschließend wird die Rolle der Bewegungen der Muslimbruderschaft, der Jugendbewegung des 6. April und der Kifaya im Kontext der arabischen Länder und des Arabischen Frühlings analysiert.

Der Hauptteil der Diplomarbeit befasst sich mit den vier arabischen Ländern Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien. Dabei wird auf die historische Entwicklung – insbesondere seit der Unabhängigkeit – bis nach der Revolution der einzelnen vier Länder eingegangen. Das Unterkapitel Tunesien setzt sich mit den Regimen von Habib Bourguiba und Ben Ali auseinander. Die Ausführungen zu Ägypten beschäftigen sich mit den Herrschern Ali Muhammad Nagib, Gamal Abdel Nasser, Anwar as-Sadat und Muhammad Husni Mubarak. Das dritte Unterkapitel konzentriert sich auf Libyen und beschreibt zunächst das Königreich Libyen und nachher den Diktator Muammar al-Gaddafi. Syrien schließt die Fallstudien ab, wobei der

Schwerpunkt auf der Baath-Partei und den zwei Präsidenten Hafiz und Baschar al-Assad liegt.

Durch die Kapitel „Israel im Arabischen Frühling“ und „Arabien und der Westen“ sollen Verbindungen außenstehender und doch mit den Geschehnissen eng verbundener Länder zur arabischen Revolution erläutert werden.

Den Abschluss der Arbeit bildet ein Resümee, das die Forschungsfragen der Einleitung beantwortet sowie einen möglichen Ausblick auf die Zukunft der genannten arabischen Länder zu geben versucht.

Englisches Abstract

This thesis is dealing with the Arab revolution, which reached its climax in January 2011 and is named "Arab Spring". After the introduction, which describes the interest of research and how to approach it, the following chapters focus on different aspects. First, the term "Arab world" is described, then the founding countries of the Arab League, their language as well as their religion and eventually the differences between the Arab League and the European Union are displayed.

Consequently, the reasons for authoritarian forms of government in the Arab world and for the outbreak of the revolution are examined. This shows that there were a number of reasons for the revolution. The revolution began with the death of the greengrocer Mohamed Bouazizi in Tunisia and developed into a social revolution. The chapter "The role of media" shows the decisive influence of media during the Arab Spring. Particularly the new medium "internet" played a determining factor in the conflicts. Subsequently, the movements of the Muslim Brotherhood, the Youth Movement of April 6th and the Kifaya around the Arab countries and the Arab Spring are pointed out.

The main part of this thesis deals with the four Arab countries Tunisia, Egypt, Libya and Syria. It takes a look at their historic development, particularly from the independence to the time after the revolution. The subchapter Tunisia deals with the regimes of Habib Bourguiba and Ben Ali. The part about Egypt focuses on the rulers Ali Muhammad Nagib, Gamal Abdel Nasser, Anwar as-Sadat and Muhammad Husni Mubarak. The third subchapter is about Libya and describes the kingdom of Libya and Muammar al-Gaddafi. Syria finishes the case studies, with the focus on the Baath party and the two presidents Hafiz and Baschar al-Assad. The chapters "Israel in the Arab Spring" and "Arabia and the western world" try to look at other countries which do have strong ties to the Arab revolution.

At the end of this thesis there are conclusions which answer the research questions posed and try to give an outlook to the future of the above mentioned Arab countries.

Französisches Abstract

Ce mémoire de master traite de la révolution arabe, qui a connu son apogée en janvier 2011. Après une introduction, dans laquelle les axes de recherche seront décrits, suivront les différents chapitres. Le concept de « monde arabe » sera expliqué, puis les membres fondateurs de la Ligue arabe, leur langue ainsi que leur religion et enfin les différences entre la Ligue arabe et l'Union Européenne.

Ultérieurement, les raisons derrière la prédominance de gouvernements autoritaires dans le monde arabe ainsi que les causes du conflit seront étudiées. A cet égard, il est facilement reconnaissable que les origines de la révolution arabe furent multiples. Elle a débuté suite à la mort du marchand de fruits et légumes Mohamed Bouazizi et s'est ensuite transformée en une révolution sociale. Le chapitre « le rôle des médias » dépeint un processus décisif durant le Printemps arabe. Internet, notamment, a joué un rôle particulièrement important dans le conflit. Les mouvements des Frères musulmans, des Jeunes du 6 avril et de Kifaya seront ensuite approfondis.

Ce mémoire se concentre principalement sur quatre pays: la Tunisie, l'Égypte, la Libye et la Syrie. Il se penche sur leur développement, plus particulièrement depuis leur indépendance, jusqu'à leurs révolutions respectives. Le sous-chapitre sur la Tunisie est consacré au régime de Habib Bourguiba et Ben Ali, tandis que celui sur l'Égypte met l'accent sur Ali Muhammad Nagib, Gamal Abdel Nasser, Anwar as-Sadat et Muhammad Husni Mubarak. Le troisième sous-chapitre est dédié à la Libye et décrit le royaume libyen puis la dictature de Muammar al-Gaddafi. Le quatrième chapitre décrit la dernière étude de cas, la Syrie, et est axé sur le parti Baas et les deux présidents Hafiz et Baschar al-Assad.

Les chapitres «Israël et le Printemps arabe et « le monde arabe et le monde occidental » jettent un regard sur d'autres pays qui ont des liens avec la Révolution arabe.

La conclusion apporte des réponses aux axes de recherche de ce mémoire et tente dans un deuxième temps d'offrir des perspectives sur l'avenir des pays arabes étudiés.

Abkürzungsverzeichnis

AMU	Arabische Maghreb Union
BBC	British Broadcasting Corporation
Bio.	Billionen
bzw.	beziehungsweise
CIA	Central Intelligence Agency
CNN	Cable News Network
Co.	zusammen (mit anderen)
CPR	Congrès pour la République (Kongress für die Republik)
d.h.	das heißt
ebd/ebda	ebenda
et al.	et alii, und andere
etc.	et cetera, und so weiter
EU	Europäische Union
f	folgend (und die folgende Seite)
FDTL.....	Forum démocratique pour le travail et les libertés (Das Demokratische Forum für Arbeit und Freiheit)
ff	folgend (und die folgenden Seiten)
FSA.....	Freie Syrische Armee
Hg.	Herausgeber/in, Herausgeber/innen
ibid.	ibidem, ebenda
Kap.	Kapitel

MDS.....	Mouvement Démocratique et Social
MFO	Multinational Force of Observers
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MTI.....	Mouvement de la Tendance Islamique
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Nationaldemokratische Partei
Nr.	Nummer
PCT	Parti communiste tunisien
PDM.....	Pôle démocratique moderniste
PDP.....	Parti démocrate progressiste
PSD.....	Parti Socialiste Déstourien (Sozialistische Déstour-Partei)
PSL	Parti social-libéral (Sozialliberale Partei)
PUP.....	Parti de l'unité populaire (Partei der Volkseinheit)
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique
RSP	Rassemblement socialiste progressiste
S.	Seite
sic!	tatsächlich so
SMS	Short Message Service
sog.	sogenannt
TV	Television
u.a.	unter anderem
UdSSR.....	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UDU	Union démocratique unioniste (Unionistische Demokratische Union)
UGTT	Union Générale Tunisienne du Travail
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
usw.	und so weiter
VAR	Vereinigte Arabische Republik
vgl.	vergleiche
vs.	versus, gegen
WTO	Welthandelsorganisation
z.B.	zum Beispiel

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga (http://news-nahost.blogspot.co.at/2012/08/geschichte-des-arabischen-nationalismus.html)	14
Tabelle 1: Vergleich Arabische Liga und EU, Stand 2011 (vgl. Großbongardt 2011: 212f).....	16
Tabelle 2: Vergleich Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, China, USA (WKO Länderreport, Stand 2010).....	21
Tabelle 3: Arbeitslosigkeit (WKO Länderreport)	21
Tabelle 4: Tunesien (Großbongardt 2011: 298f).....	42
Tabelle 5: Ägypten (Großbongardt 2011: 283f)	59
Tabelle 6: Libyen (Großbongardt 2011: 291f)	79
Tabelle 7: Syrien (Großbongardt 2011: 297f).....	94

Curriculum Vitae**ANGABEN ZUR PERSON**

Name: Kristina Fennes
Staatsbürgerschaft: Österreich
Geburtsdatum und -ort: 27.11.1987 in Wien

AUSBILDUNG

10/2007 – 06/2013 **Universität Wien**
Lehramtsstudium Französisch und Geschichte

10/2010 – 01/2011 **WU Wien**
Lehrveranstaltungssequenzen aus
Wirtschaftsfranzösisch
„Fremdsprachliche Wirtschaftskommunikation“

09/2002 – 06/2007 **HBLA Bergheidengasse, 1130 Wien**
Schwerpunkt Internationale Kommunikation in der
Wirtschaft

09/1998 – 06/2002 **Gymnasium Theresianische Akademie Wien,
1040 Wien**

09/1994 – 06/1998 **Volksschule Sacré-Cœur, 1030 Wien**

BERUFSERFAHRUNG

seit 09/2012 **Theresianische Akademie Wien, 1040 Wien**
Nachmittagsbetreuung

07/2008 – 06/2012 **Nachhilfe für Einzelunterricht, 1130 Wien**
im Fach Französisch